

Verwaltungsbericht der Polizeidirektion = Rapport de gestion de la Direction de la police

Autor(en): **Widmer, P. / Bärtschi, R.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1990)**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418131>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Polizeidirektion

Direktor: Regierungsrat P. Widmer
Stellvertreter: Regierungsrat R. Bärtschi

Rapport de gestion de la Direction de la police

Directeur: M. P. Widmer, conseiller d'Etat
Suppléant: M. R. Bärtschi, conseiller d'Etat

1. Einleitung

Unter dem Begriff «Polizei» (bzw. dem griechischen Wort «politeia») wurde ursprünglich die gesamte staatliche Verwaltungstätigkeit verstanden; mit dem Wandel des Verhältnisses des Bürgers zum Staat und dem steten Ausbau der von diesem wahrgenommenen Aufgaben bedeutet «Polizei» in unserer Zeit nur noch die staatliche Gefahrenabwehr, wogegen die Leistungsverwaltung Inbegriff staatlicher Tätigkeit schlechthin geworden ist: der Staat als Dienstleistungsbetrieb, der Staat, der möglichst gute Voraussetzungen für das Leben des Einzelnen schaffen soll. Daran haben wir uns gewöhnt, darin sind wir uns einig. Dass notwendigerweise zur Gewährleistung der persönlichen Freiheit immer wieder der ordnende Eingriff unumgänglich ist, wird vielfach verdrängt und, ist er spürbar, stets weniger akzeptiert. Diese gesellschaftliche Entwicklung hat – nebst andern Verwaltungszweigen – im besonderen auch die Arbeit der Polizeidirektion im vergangenen Jahr geprägt. Führen und Verwalten in einem Umfeld voller Widersprüchlichkeiten stellen hohe Anforderungen an alle Beteiligten.

Dass der Dienstleistungsstaat nicht bloss dienen kann, sondern auch auf seinen eigenen Erhalt achten muss, mag eine triviale Feststellung sein. Nur: wie dieser Erhalt gewährleistet werden soll, darin scheiden sich die Geister. Oder anders ausgedrückt: Ist Staatsschutz nötig und wenn ja, wie ist er auszugestalten? Dem Entwurf einer bundesrechtlichen Staatsschutzverordnung konnte nicht zugestimmt werden. Er vermochte weder in bezug auf seine rechtliche Grundlage noch hinsichtlich der Vorstellungen, wie Staatsschutz durch Bund und Kantone durchzuführen sei, zu überzeugen. Eine im eigentlichen Sinne des Wortes positive Umschreibung der Staatsschutzaufgaben fehlte. Die politische Entwicklung nahm auf diese Umstände aber nicht Rücksicht. Die Krise am Golf zwangen Bund und Kantone, die möglich scheinenden Schutzmassnahmen zu prüfen. Dazu forderten auch viele besorgte Bürger und Bürgerinnen auf. Die politisch und für die Ausführung der Tätigkeiten Verantwortlichen haben den Folgerungen aus der Fichenangelegenheit Nachachtung verschafft, was allerdings präventive Massnahmen praktisch vollständig ausschloss. Nur die Geschichte wird weisen können, ob in der Interessenabwägung zwischen Bürger und Staat die Gewichte richtig gesetzt sind. Ist wirklich und vor allem der Bürger oder die Bürgerin vor dem Staat zu schützen oder bedarf die Gemeinschaft nicht auch eines angemessenen Schutzes vor dem einzelnen, der den rechtsstaatlichen Interessen der Mehrheit – aus welchen Gründen auch immer – zuwiderhandelt?

1. Introduction

Par le terme «police» (du grec «politeia»), on entendait à l'origine l'ensemble des activités de gestion de l'Etat; l'évolution des relations du citoyen envers l'Etat et le développement permanent des tâches qu'il est appelé à remplir font que la «police» ne signifie actuellement plus que la défense par l'Etat contre les dangers, tandis que les activités de l'Etat se résument actuellement à l'administration de promotion: l'Etat comme entreprise de services, l'Etat qui doit créer les meilleures conditions de vie possibles pour chacun d'entre nous. Nous nous y sommes habitués, nous sommes unanimes à le reconnaître. Le fait que les interventions ramenant l'ordre, nécessaires à la protection de la liberté individuelle, soient inévitables est souvent refoulé et, s'il est perçu, de plus en plus rejeté. Ce phénomène de société a particulièrement marqué – outre les autres branches de l'administration – les activités de la Direction de la police. La conduite et la gestion dans un environnement plein de contradictions pose des exigences élevées à toutes les personnes concernées.

Que l'Etat ne puisse pas seulement servir le citoyen, mais qu'il doive aussi veiller à son propre maintien semble être une platitude. Mais voilà: comment assurer ce maintien? C'est le point crucial! Ou exprimé d'une autre manière: Est-ce que la protection de l'Etat est nécessaire et si oui, de quelle manière doit-elle être organisée? Le projet d'une ordonnance fédérale pour la protection de l'Etat n'a pas pu être approuvé, car il ne présentait pas les conditions nécessaires quant à sa base légale et ne contenait pas de propositions concernant l'organisation de la protection de l'Etat par la Confédération et les cantons. Il manquait une description positive, au sens propre du mot, des tâches se rapportant à la protection de l'Etat. L'évolution politique n'a cependant pas tenu compte de ces circonstances. La crise du Golfe a obligé la Confédération et les cantons à examiner des mesures de protection possibles. De nombreux citoyens et citoyennes préoccupés par la situation en ont fait la demande. Les responsables politiques et de l'administration ont tiré les conséquences de l'affaire des fiches qui excluent pratiquement toutes mesures préventives. Seule l'Histoire pourra démontrer si les éléments déterminants auront été pris en considération lors de la pesée des intérêts des citoyens et de l'Etat. Est-ce le citoyen ou la citoyenne avant tout qui doit être protégé de l'Etat? Et la communauté, n'a-t-elle pas aussi droit à une protection appropriée lorsqu'un particulier contrevient – pour une raison quelconque – aux intérêts protégés par le droit de la majorité?

Die Frage stellen heisst sie beantworten. Polizeidirektion und Polizeikommando haben in der Frage des Staatsschutzes zu einer klaren, eigenständigen Haltung gegenüber den Bundesbehörden gefunden; die Bundesgesetzgebung ist abzuwarten (nur sie wird die vorderhand als Richtschnur dienende «Negativliste» ablösen können). Die Voraussetzungen für den Erlass neuer kantonalrechtlicher Grundlagen wurden geschaffen. Ein neues Polizeidekret konnte in das Vernehmlassungsverfahren geschickt werden, die Arbeiten an einem neuen Rahmengesetz sind im Gange (es musste aus zwingenden Gründen zeitlich zurückgestaffelt werden).

Der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen erforderte den Einsatz zusätzlicher personeller und betrieblicher Mittel, was angesichts des beschränkten Handlungsspielraumes und der räumlichen Enge grosse Probleme schuf. Schwerwiegender aber erscheint der Umstand, dass eine aktive Minderheit von Bürgerinnen und Bürgern den Vollzug des Asylgesetzes hindert, wenn abgewiesene Gesuchsteller ausgewiesen werden müssten. Trotz eindeutiger gesetzlich geregelter Zuständigkeit der Bundesbehörden wird an die kantonalen Vollzugsbehörden appelliert, in Missachtung des eidgenössischen Entscheides und aufgrund oftmals zweifelhafter persönlicher Nachrichtenquellen sowie unter Berufung auf die Menschlichkeit von Ausschaffungen abzusehen. So einfühlsam dies im Einzelfall auch sein mag, ist es nicht zu vertreten, dass anstelle einer rechtsstaatlich geschaffenen Ordnung eine solche der persönlichen Beurteilung tritt. Die Fälle unrechtmässiger Selbsthilfe haben zugenommen.

Die Herausforderungen an den Strafvollzug sind nach wie vor hoch, wird er doch in entscheidendem Masse vom komplexen Problem der Betäubungsmittel (und deren Folgeprobleme wie Aids) geprägt. Sorgen bereiten auch die baulichen Gegebenheiten, insbesondere auf dem Thorberg und in Hindelbank. Angesichts der Finanzlage des Kantons wurde die an sich unbestrittene notwendige bauliche Gesamtanierung des traditionellen und vorläufig einzigen Frauengefängnisses der Schweiz in Frage gestellt, da die Kostgelder für die Insassinnen aus andern Kantonen in der Vergangenheit nicht kostendeckend gestaltet werden konnten und es nicht länger als Aufgabe des Kantons Bern angesehen wird, die Defizitdeckung für Insassinnen aus dem ganzen Land zu übernehmen.

Die Lösungssuche gestaltet sich schwierig, da uns seitens der übrigen Kantone vorgehalten wird, der Föderalismus fordere von einem jeden Gliedstaat Zugeständnisse an den andern, der schliesslich in irgendeinem Bereich Gegenrecht halte... Eine Lösung muss dringlich gefunden werden, wobei auch die Prüfung unkonventioneller Ideen wie etwa derjenigen einer rechtlichen Verselbständigung (und einer Führung nach kaufmännischen Grundsätzen) nicht vergessen wird.

Ein letzter Gedanke sei – im Rahmen der Polizeidirektion nahe liegend – der Sicherheit gewidmet, genauer gesagt der Sicherheit auf der Strasse. Die Unfälle haben im Berichtsjahr leider drastisch zugenommen. Trotz baulich und betrieblich sehr guten Voraussetzungen auf unserem Strassennetz (wozu die Kantonspolizei und das Strassenverkehrsamt das ihre beitragen), trotz ausgeprägten Anstrengungen für Aufklärung und Unfallverhütung lässt sich der «mündige Bürger» oder die «mündige Bürgerin» offensichtlich nicht eines Besseren belehren – schwierige Strassen- und Sichtverhältnisse, Tempolimiten und Signalisationen, persönliche Hemmnisse (Alkohol, Medikamente) werden immer nur von den andern nicht beachtet – warum sind Sie eines Tages in einen Unfall verwickelt? (Die Provokation sei verziehen, für eine Besserung der Verhältnisse braucht es aber auch Ihre Unterstützung).

En posant la question on y répond. La Direction et le Commandement de la police ont adopté une position claire et indépendante à l'égard des autorités fédérales; il faut attendre la législation fédérale qui est la seule à pouvoir remplacer la liste négative qui sert actuellement de règle de conduite. Les conditions pour la promulgation de nouvelles bases légales cantonales ont été créées. Un nouveau décret sur la police a été envoyé en procédure de consultation; les travaux pour une nouvelle loi-cadre sont en cours (mais ont dû être rééchelonnés pour des raisons impérieuses).

L'afflux ininterrompu de réfugiés a nécessité l'engagement de moyens supplémentaires au niveau du personnel et de l'exploitation et a créé de graves problèmes dus à la marge d'action limitée et aux locaux disponibles exigus. Toutefois, plus grave semble être le fait qu'une minorité active de citoyennes et de citoyens empêche l'application de la loi sur l'asile lorsque des demandeurs d'asile déboutés devraient être expulsés. Bien que la compétence des autorités fédérales ait été clairement définie dans la loi, il est fait appel aux autorités cantonales pour qu'elles renoncent à exécuter l'expulsion en dépit de la décision prise au niveau fédéral, en s'appuyant sur des renseignements douteux provenant de sources personnelles ainsi qu'en invoquant des raisons d'ordre humanitaire. Même si on peut s'identifier avec certains cas, on ne peut pas accepter qu'un jugement personnel de cette portée se substitue à l'ordre établi dans notre Etat de droit. Ces cas contraires au droit sont en augmentation.

L'exécution des peines continue de se voir confrontée à des exigences élevées et ses activités ont été empreintes dans une forte mesure par la complexité des problèmes dus aux stupéfiants et à leurs conséquences telles que le sida. L'état des bâtiments au Thorberg et à Hindelbank sont aussi cause de graves préoccupations. En raison de la situation financière précaire du canton, la rénovation globale et incontestée des établissements de Hindelbank, qui reste pour le moment l'unique prison de femmes en Suisse, a été remise en question puisque les prix de pension des détenues n'ont pas été fixés dans le passé de telle sorte qu'ils couvrent les dépenses et que le canton ne se voit pas obligé de continuer à prendre en charge ce déficit pour les détenues venant de toutes les régions du pays.

La recherche d'une solution est fort difficile, les autres cantons relevant que le fédéralisme exige de chaque Etat membre qu'il fasse des concessions pour pouvoir profiter de celles faites par les autres... Il est urgent de trouver une solution; on ne rejettera pas les idées sortant des chemins battus, sans oublier par exemple une indépendance légale et une conduite tenant compte des principes commerciaux.

Une dernière réflexion, qui touche particulièrement la Direction de la police, est consacrée à la sécurité et précisément à la sécurité sur les routes. Le nombre des accidents a malheureusement fortement augmenté au cours de l'exercice. Malgré les fort bonnes conditions dans lesquelles se trouve notre réseau routier aussi bien dans le domaine de la construction que de l'exploitation qui sont dues également au travail effectué par la police cantonale et l'Office de la circulation routière et malgré les efforts fournis au niveau de l'information et de la prévention des accidents, certains «citoyens et citoyennes majeurs» ne veulent pas entendre raison: ce sont toujours les autres qui ne tiennent pas compte des conditions difficiles sur les routes ou du manque de visibilité, des limites de vitesse et des signalisations ou des indispositions personnelles dues à l'alcool ou aux médicaments – alors pourquoi êtes-vous un beau jour impliqué dans un accident? (Pardonnez cette provocation, mais si nous voulons améliorer la situation, nous avons besoin aussi de votre soutien).

2. **Berichte der einzelnen Ämter und Abteilungen**

2.1 **Direktionssekretariat**

2.1.1 *Sekretariat*

2.1.1.1 Filmwesen

Die Bewilligungsinstanz hat im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages das Zutrittsalter zu 90 Filmen herabgesetzt, bei sechs Filmen musste der Zutritt für unter 16jährige verweigert werden.

Im Berichtsjahr wurde, gestützt auf den Beschwerdeentscheid des Regierungsrates, eine Bewilligung für ein drittes Sexkino in der Stadt Bern erteilt.

2.1.1.2 Aussen- und Strassenreklame

Der Trend zu grossflächigen und aufwendigen Werbeanlagen wirkt sich bereits da und dort auf die Ortsbilder aus. Der Einfluss internationaler Werbekonzepte ist unverkennbar. Die europäische oder gar weltweite Produktevermarktung nimmt kaum Rücksicht auf die örtlichen Gegebenheiten.

Der Gesuchsrückgang war 1990 nur statistisch spürbar, da umfangreiche und aussergewöhnliche Werbebegehren automatisch aufwendigere Prüfungsverfahren nötig machen. Die Abteilung stellte 1867 (2052) Bewilligungen aus, sie musste von 1487 (1876) eingereichten Begehren 54 (71) ablehnen. 87 (163) Entfernungen mussten angeordnet werden. In 304 (310) Fällen führten örtliche Beratungen zum Ziel. Die Reklamekommission behandelte an sechs Sitzungen 79 (53) Geschäfte. Fürsprecher Peter Linder trat auf Ende des Jahres wegen beruflicher Veränderung zurück. Zu seinem Nachfolger wählte der Regierungsrat am 12. Dezember Peter Balz, Hotelier und Präsident des Wirteverbandes.

2.1.1.3 **Gewerbewesen**

2.1.1.3.1 Hausier- und Wandergewerbe

Ausgestellte Patente:

	1990	1989
Hausierpatente	215	209
Kurzfristige Verkaufspatente (Feste, Messen, Ausstellungen usw.)	1355	1482
Ambulanter Ankauf von Waren (Altstoffe, alte Möbel, Antiquitäten)	26	23
Gewerbepatente (Scherenschleifer, Schirmflicker, Pfannenflicker, Korber, ambulante Fotografen sowie das Einsammeln von Reparaturaufträgen)	72	131
In diesen Zahlen sind 16 (14) Gehilfen- und 2 (2) Gratispatente inbegriffen. 3 (2) Bewerber mussten wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen abgewiesen werden.		
Veranstalterpatente (für 289 [304] Schausteller, Artisten, Musiker, Zirkusse, Theater, Theater- und Konzertagenturen)	1048	1066
Wanderlagerpatente (an 25 [27] Firmen oder Einzelpersonen)	53	41

2. **Rapports des offices et sections**

2.1 **Secrétariat de la Direction**

2.1.1 *Secrétariat*

2.1.1.1 Service du film

Dans le cadre de son mandat légal, l'instance délivrant les autorisations a abaissé l'âge d'admission pour 90 films; l'admission pour des adolescents en dessous de 16 ans a été refusée pour six films.

Au cours de l'exercice, une autorisation a été délivrée conformément à une décision sur recours du Conseil-exécutif pour un troisième cinéma pornographique dans la ville de Berne.

2.1.1.2 Réclame extérieure et routière

La tendance à utiliser des réclames à grande surface exigeant beaucoup de travail a déjà des répercussions sur certains sites. L'influence des concepts publicitaires internationaux est manifeste. La commercialisation européenne, voire mondiale des biens de consommation ne tient guère compte des conditions locales.

La diminution des demandes d'autorisation n'a été perceptible qu'au niveau de la statistique étant donné que les demandes pour des réclames volumineuses et sortant de l'ordinaire engagent automatiquement une procédure d'appréciation plus étendue. 1867 (2052) autorisations ont été établies, 54 (71) des 1487 (1876) demandes d'autorisation déposées ont été rejetées. 87 (163) retraits ont été ordonnés. Dans 304 (310) cas, les consultations locales ont été couronnées de succès. La Commission cantonale de la réclame a traité 79 (53) affaires au cours de six séances. M^e Peter Linder a démissionné à la fin de l'année pour cause de changement professionnel. Son successeur a été nommé le 12 décembre par le Conseil-exécutif en la personne de M. Peter Balz, hôtelier et président de la Fédération des cafetiers, restaurateurs et hôteliers.

2.1.1.3 **Industrie**

2.1.1.3.1 Colportage et industries ambulantes

Les patentes suivantes ont été délivrées:

	1990	1989
Patentes de colportage	215	209
Patentes de vente à validité limitée (fêtes, foires, expositions, etc.)	1355	1482
Achats ambulants de marchandises (vieux tissus, vieux meubles, antiquités)	26	23
Patentes d'industrie (rémouleurs, raccommodeurs de parapluies et de casseroles, photographes ambulants et preneurs de commandes de réparations)	72	131
16 (14) patentes d'auxiliaires et 2 (2) patentes gratuites sont comprises dans ces chiffres. 3 (2) requêtes ont été rejetées, les conditions nécessaires à leur délivrance n'étant pas remplies.		
Patentes pour spectacles et exhibitions (pour 289 [304] forains, artistes, musiciens, cirques, théâtres et agences de théâtre et de concert)	1048	1066
Patentes de déballage (à 25 [27] firmes ou personnes isolées)	53	41

	1990	1989
Betriebspatente für Verkaufswagen (auf Gemeinden aufgeteilt)	84	75
Handelsreisenden-Ausweise Die monatlichen Abrechnungen der Regierungsstatthalterämter wiesen die Abgabe von folgenden Handelsreisendenkarten aus:		
Taxkarten für Kleinreisende	642	630
Gewerbelegitimationskarten	1475	1644
Dazu kamen 31 (91) Übertragungen/Nachträge sowie 19 (24) Drucksachen-lieferungen.		

2.1.1.3.2 Privatdetekteien, Bestattungsunternehmen, Ehevermittler

Gestützt auf die entsprechenden Verordnungen vom 5. Januar 1972 wurden zur Ausübung obgenannter Gewerbe folgende Berufsausübungsbewilligungen erteilt bzw. erneuert (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Privatdetekteien und Auskunfteien	2	(1)
Bestattungs- und Leichenbitterunternehmen	66	(13)
Ehevermittlungen	-	(1)

2.1.1.4 Waffen- und Sprengstoffwesen

2.1.1.4.1 Waffenhandel

Gemäss den Vorschriften des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial, der Verordnung vom 10. Januar 1973/8. Februar 1978 über das Kriegsmaterial, des interkantonalen Konkordates vom 27. März 1969 über den Handel mit Waffen und Munition sowie der bernischen Vollziehungsverordnung vom 28. Februar 1961/12. Dezember 1973 wurden erteilt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Waffen- und Munitionshändlerpatente	3	(5)
Bewilligungen zum Erwerb von Seriefeuerwaffen (sog. Sammlerbewilligungen)	309	(194)
Bewilligungen zum Verkauf von Seriefeuerwaffen	32	(21)

2.1.1.4.2 Sprengstoffhandel und pyrotechnische Gegenstände

Gestützt auf das Eidgenössische Sprengstoffgesetz vom 25. März 1977, die Eidgenössische Sprengstoffverordnung vom 26. März 1980 sowie die bernische Verordnung vom 2. September 1980 zum Sprengstoffgesetz wurden im Berichtsjahr erteilt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Bewilligungen für den Verkauf pyrotechnischer Gegenstände zu industriellen, technischen oder landwirtschaftlichen Zwecken	1	(5)
Bewilligungen für den Verkauf pyrotechnischer Gegenstände zu Vergnügungszwecken, wie Feuerwerkskörper (1.-August-Artikel)	60	(67)
Bewilligungen für den Verkauf von Schiesspulver	-	(33)

2.1.1.5 Lotteriewesen

Die Arbeitsgruppe Lotteriegesezt hat im vergangenen Jahr ihre Arbeiten abgeschlossen und den ihr seinerzeit erteilten Auftrag damit erfüllt. Sie hat der Polizeidirektion zuhanden des Regierungsrates die Entwürfe eines Lotteriegeseztztes samt

	1990	1989
Patentes d'exploitation pour camions de vente (1 patente par commune)	84	75
Cartes de légitimation pour voyageurs de commerce Les décomptes mensuels des préfectures font mention des chiffres suivants:		
Cartes d'identité des voyageurs de commerce au détail	642	630
Cartes de légitimation des voyageurs de commerce	1475	1644
31 (91) transcriptions et compléments ainsi que 19 (24) livraisons d'imprimés ont été en outre effectués.		

2.1.1.3.2 Agences privées de détectives, entreprises de pompes funèbres, agences matrimoniales

En vertu des ordonnances correspondantes du 5 janvier 1972, les autorisations suivantes ont été octroyées ou renouvelées pour les professions susmentionnées (chiffres de 1989 entre parenthèses):

Autorisations de gérer une agence privée de détectives et de recherches	2	(1)
Autorisations de gérer une entreprise de pompes funèbres et de veilles des morts	66	(13)
Autorisations de gérer une agence matrimoniale	-	(1)

2.1.1.4 Armes et explosifs

2.1.1.4.1 Commerce d'armes

Conformément aux prescriptions de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre, de l'ordonnance du 10 janvier 1973/8 février 1978 sur le matériel de guerre et du concordat intercantonal du 27 mars 1969 sur le commerce des armes et des munitions ainsi que de l'ordonnance d'exécution du 28 février 1961/12 décembre 1973, il a été octroyé (chiffres de 1989 entre parenthèses):

Patentes d'armurier	3	(5)
Autorisations d'achat d'armes automatiques (autorisations de collectionneurs)	309	(194)
Autorisations de vente d'armes automatiques	32	(21)

2.1.1.4.2 Commerce d'explosifs et d'engins pyrotechniques

En vertu de la loi fédérale du 25 mars 1977 sur les explosifs, de l'ordonnance fédérale du 26 mars 1980 sur les explosifs ainsi que de l'ordonnance bernoise du 2 septembre 1980 relative à la loi fédérale sur les explosifs, il a été octroyé (chiffres de 1989 entre parenthèses):

Autorisations de vendre des engins pyrotechniques destinés à des fins industrielles, techniques ou agricoles	1	(5)
Autorisations de vendre des engins pyrotechniques destinés au divertissement, comme les pièces d'artifice du 1 ^{er} août	60	(67)
Autorisation de vendre de la poudre	-	(33)

2.1.1.5 Loteries

Le groupe de travail chargé d'élaborer la loi sur les loteries a achevé ses travaux l'année passée et a ainsi rempli le mandat qui lui avait été confié. Il a présenté trois projets à la Direction de la police à l'intention du Conseil-exécutif, une loi sur les

Vortrag, einer Lotterieverordnung und einer Sport-Toto-Verordnung vorgelegt. Das neue Gesetz wird zu Beginn des nächsten Jahres in die Vernehmlassung geschickt werden.

loteries accompagnée de son rapport, une ordonnance sur les loteries et une ordonnance sur le Sport-Toto. La nouvelle loi sera soumise à la procédure de consultation au début de l'année prochaine.

2.1.1.5.1 Lotterien, Tombolas und Lottos

2.1.1.5.1 Loteries, tombolas et lotos

Im Berichtsjahr bewilligte die Abteilung Lotteriewesen folgende Lotterien mit einer Emissionssumme von über 50 000 Franken:

Au cours de l'exercice, le Service des loteries a autorisé les loteries suivantes dont la valeur d'émission dépassait 50 000 francs:

	Fr.
Interessengemeinschaft für das Kornhaus-Quartier, Burgdorf	75 000.–
Stiftung OGB Biel, Biel	100 000.–
OK Internationales Dreihörgelfestival 1991 in Thun, Thun	80 000.–
Genossenschaft Vaporama, Thun	100 000.–
Turnverein Steffisburg	70 000.–
Musikgesellschaft Thierachern	70 000.–
OK Dorffest Münchenbuchsee/Einwohnergemeinde M'buchsee	80 000.–
OK Eidg. Pontonierfest 1991 (Pontonierfahrverein) Aarwangen	100 000.–
Theaterverein Biel	120 000.–
Bieler Messe 1990, Biel (1. Tranche)	150 000.–
Bieler Messe 1990, Biel (2. Tranche)	100 000.–
OK Eidg. Jodlerfest 1990 in Solothurn	60 000.–
OK Berner Kantonal-Schützenfest 1991 in Langenthal	200 000.–
Bieler Braderie-Genossenschaft, Biel	250 000.–
Jodlerdoppelquartett Fortuna, Bern	90 000.–
Stiftung Kornhaus Burgdorf	400 000.–
Skiclub Kandersteg/OK Nordische Schweizer Meisterschaft	80 000.–
OK Aktion Begegnung (Seeländischer Musiktag) in Detligen	70 000.–
Schlittschuh-Club Langnau	60 000.–
OK Dorffest Wattenwil	100 000.–
Turnverein Bümpliz, Bern	150 000.–
Musikverein Spiez	100 000.–
Dorffest 91 Ostermundigen	100 000.–
Musikgesellschaft Gals	75 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, 19 Serien A bis V	12 714 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, 2 Serien Tribolo	2 000 000.–

	Fr.
Interessengemeinschaft für das Kornhaus-Quartier, Burgdorf	75 000.–
Stiftung OGB Biel, Biel	100 000.–
OK Internationales Dreihörgelfestival 1991 in Thun, Thun	80 000.–
Genossenschaft Vaporama, Thun	100 000.–
Turnverein Steffisburg	70 000.–
Musikgesellschaft Thierachern	70 000.–
OK Dorffest Münchenbuchsee/Einwohnergemeinde M'buchsee	80 000.–
OK Eidg. Pontonierfest 1991 (Pontonierfahrverein) Aarwangen	100 000.–
Theaterverein Biel	120 000.–
Bieler Messe 1990, Biel (1 ^{re} tranche)	150 000.–
Bieler Messe 1990, Biel (2 ^e tranche)	100 000.–
OK Eidgenössisches Jodlerfest 1990 in Solothurn	60 000.–
OK Berner Kantonal-Schützenfest 1991 in Langenthal	200 000.–
Bieler Braderie-Genossenschaft, Biel	250 000.–
Jodlerdoppelquartett Fortuna, Bern	90 000.–
Stiftung Kornhaus Burgdorf	400 000.–
Skiclub Kandersteg/OK Nordische Schweizer Meisterschaft	80 000.–
OK Aktion Begegnung (Seeländischer Musiktag) in Detligen	70 000.–
Schlittschuh-Club Langnau	60 000.–
OK Dorffest Wattenwil	100 000.–
Turnverein Bümpliz, Bern	150 000.–
Musikverein Spiez	100 000.–
Dorffest 91 Ostermundigen	100 000.–
Musikgesellschaft Gals	75 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, 19 séries A-V	12 714 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, 2 séries Tribolo	2 000 000.–

Sie erteilte zudem drei Tombolabewilligungen mit einer Lossumme von über 50 000 Franken.

Trois tombolas dont la valeur d'émission dépassait 50 000 francs ont été en outre autorisées.

Es wurden überdies bewilligt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Ont en outre été autorisés (chiffres de 1989 entre parenthèses):

	Fr.
229 (226) Kleinlotterien mit einer Emissionssumme bis zu	50 000.–
2454 (2421) Tombolas mit einer Emissionssumme bis zu	50 000.–
1252 (1276) Lottos	

	Fr.
229 (226) petites loteries avec une valeur d'émission ne dépassant pas	50 000.–
2454 (2421) tombolas avec une valeur d'émission ne dépassant pas	50 000.–
1252 (1276) lotos	

2.1.1.5.2 Lotteriefonds

2.1.1.5.2 Fonds de loterie

Der dem Kanton 1990 zur Verfügung stehende Gewinnanteil (pro 1989) betrug 15 721 952.30 Franken¹ (2 643 570 Fr. aus der SEVA-Lotterie und 13 078 382.30 Fr. aus dem Schweizer Zahlenlotto).

La part du bénéficiaire (pour 1989) mise à la disposition du canton pour 1990 s'est élevée à 15 721 952 francs 30¹ (2 643 570 fr. provenant de la loterie SEVA et 3 078 382 fr. 30 de la Loterie suisse à numéros).

Im Berichtsjahr wurden durch den Grossen Rat oder den Regierungsrat für die untenstehenden Zwecke gesamthaft folgende Beiträge bewilligt:

Au cours de l'exercice, le Grand Conseil ou le Conseil-exécutif ont octroyé des subventions pour les buts mentionnés ci-après:

	Fr.
Erhaltung von Kunstaltertümern	7 769 500.–
Kulturbeiträge	1 650 500.–
Heimat-, Natur- sowie See- und Flussuferschutz	2 231 691.80
Erhaltung von Erholungsraum	20 000.–
Verkehrswerbung und Förderung des Fremdenverkehrs	2 160 100.–
Kunst und Wissenschaft	2 355 090.–

	Fr.
Conservation des objets d'art	7 769 500.–
Subventions culturelles	1 650 500.–
Protection du patrimoine, de la nature et des rives	2 231 691.80
Préservation des espaces de détente	20 000.–
Promotion du tourisme et des transports publics	2 160 100.–
Beaux-arts et sciences	2 355 090.–

	Fr.
Förderung der Volksgesundheit	555 500.–
Gemeinnützige und wohltätige Institutionen und Vereine	1 001 325.–
Total	17 743 706.80¹

¹ Der Umstand, dass die «Ausgaben» die «Einnahmen» übersteigen, erklärt sich dadurch, dass im 1990 beschlossene Beiträge aus dem Lotteriefonds, zum Teil auf mehrere Jahre verteilt, gestaffelt zur Auszahlung gelangen.

Die folgenden Geschäfte wurden dabei vom Grossen Rat genehmigt:

	Fr.
Schulhaus Court	65 000.–
Forschungsprojekt «Berner Münz- und Geldgeschichte»	950 000.–
Erlacherhof, Bern	250 000.–
Forschungsausstellung HEUREKA 1991, Zürich	456 115.–
Thunersee-Raddampfer Blümlisalp	2 250 000.–

Die Verwaltung des Lotteriefonds wurde im Berichtsjahr durch einen unerwartet hohen Zuwachs an Gesuchen (rund 23% gegenüber dem Vorjahr) belastet. Ein grosser Teil der neuen Gesuche betrifft Nachtragsbegehren im Bereich der Denkmalpflege: die Kostensteigerung im Bauwesen hat viele laufende Arbeiten entsprechend verteuert. Des weiteren betreut die Polizeidirektion seit 1. Januar 1990 die Beitragsgesuche um Subventionen an SAC-, Skiclub- und Naturfreundehtütten sowie Pfadiheime, Bereiche, die früher über Sport-Toto-Mittel der Erziehungsdirektion abgedeckt worden sind.

2.1.2 Rechtsabteilung

Der bereits in den beiden letzten Jahren erwähnte recht massive Anstieg der Geschäftslast setzte sich im Berichtsjahr gar exponentiell fort. So behandelte die Rechtsabteilung 154 (Vorjahr 80) Beschwerden gegen Entscheide der Regierungsratshalter und der Abteilungen der Polizeidirektion. Neben Rekursen in fremdenpolizeilichen Angelegenheiten, die erneut sehr zahlreich waren, entfiel wiederum ein wesentlicher Teil auf Beschwerden im Bereich des Strassenverkehrs, namentlich was die Erteilung resp. den Entzug von Kollektivfahrzeugausweisen mit Händlerschildern anbetrifft. Aber auch die Veranlagung von Steuern und Gebühren im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsrecht hat immer mehr zu Beschwerdeverfahren Anlass gegeben. Die Rechtsabteilung erliess im weiteren 401 (Vorjahr 341) Verfügungen und Entscheide aller Art. In dieser Zahl sind auch die Verfügungen in gastgewerblichen Angelegenheiten und im Bereich des Spielappartewesens mitenthalten. In diesen Bereichen wurden für das Berichtsjahr wiederum auch noch zahlreiche Bewilligungen ausgestellt. Auf dem Gebiet der motorsportlichen Veranstaltungen wurden erneut bloss bestehende Bewilligungen erneuert. In Anwendung von Artikel 45 des Gemeindegesetzes wurden schliesslich 23 (Vorjahr 33) Gemeindegremien genehmigt, wobei sich gegen das Jahresende hin noch zahlreiche Reglemente im Vorprüfungsverfahren befanden.

Recht intensiv wurde die Rechtsabteilung auch durch gesetzgeberische Arbeiten in Anspruch genommen, wobei materiell vielfach andere Abteilungen und Ämter, insbesondere das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, massgeblich mitbeteiligt waren. So konnten mehrere Ausführungserlasse zum Schifffahrtsgesetz verabschiedet und zum 1. Januar 1991 in Kraft gesetzt werden. Das Dekret über die Beschränkungen in der Schifffahrt konnte Ende 1990 soweit bereinigt werden, dass Anfang 1991 das Vernehmlassungsverfahren wird durch-

	Fr.
Aide à la santé publique	555 500.–
Institutions et associations poursuivant des buts d'utilité publique et de bienfaisance	1 001 325.–
Total	17 743 706.80¹

¹ L'excédent des «dépenses» par rapport aux «recettes» est dû au fait que le versement de certaines subventions peut s'échelonner sur plusieurs années.

A cette occasion, les affaires suivantes ont été approuvées par le Grand Conseil:

	Fr.
Ecole de Court	65 000.–
Projet de recherche «Histoire de la monnaie et de l'argent de Berne»	950 000.–
Erlacherhof, Berne	250 000.–
Exposition de recherche HEUREKA 1991, Zurich	456 115.–
Bateau à vapeur «Blümlisalp» sur le lac de Thoune	2 250 000.–

Au cours de l'exercice, la gestion du Fonds de loterie a demandé un effort accru du fait de l'augmentation inattendue des demandes (23% de plus que l'année précédente). Une grande partie des nouvelles requêtes concernent des demandes de crédit supplémentaire dans le domaine de la conservation des monuments historiques: l'augmentation des coûts de la construction a été la source du renchérissement de beaucoup de travaux en cours. En plus, la Direction de la police traite depuis le 1^{er} janvier 1990 les demandes de subventions destinées aux refuges du CAS, des clubs de ski et des Amis de la nature, tous ces domaines étaient auparavant couverts par les recettes du Sport-Toto de la Direction de l'instruction publique.

2.1.2 Service juridique

La très forte augmentation du travail mentionnée ces deux dernières années déjà a pris des proportions toutes particulières au cours de l'exercice. C'est ainsi que notre service a traité 154 (80) recours contre des décisions prises par des préfets et des services de la Direction. Outre les recours relevant de la police des étrangers, à nouveau fort nombreux, une grande partie des recours concernait, de nouveau, le domaine de la circulation routière, notamment l'octroi ou le retrait de permis de circulation collectifs en relation avec des plaques professionnelles. La perception d'impôts et d'émoluments conformément au droit de la circulation routière et de la navigation a occasionné de plus en plus de procédures de recours. Le Service juridique a rendu 401 (341) décisions de toutes sortes. Ce chiffre comprend également les décisions prises dans le domaine de l'hôtellerie et des appareils de jeu. De nombreuses autorisations ont été également délivrées dans ces branches d'activité. Comme l'année précédente, seules les autorisations de manifestations de sport automobile déjà existantes ont été renouvelées. En application de l'article 45 de la loi sur les communes, 23 (33) règlements communaux ont été approuvés, dont plusieurs se trouvaient encore en procédure d'examen préalable vers la fin de l'année.

Le Service juridique a été fort occupé par l'élaboration de textes législatifs; certains offices et divisions, en particulier l'Office de la circulation routière et de la navigation, ont collaboré étroitement à ces travaux. Plusieurs actes législatifs d'exécution de la loi sur la navigation ont été adoptés et pourront entrer en vigueur le 1^{er} janvier 1991. L'état de l'élaboration du décret sur les restrictions de la navigation à la fin de 1990 va permettre d'ouvrir la procédure de consultation dès le début de 1991. La poursuite du traitement de l'initiative sur l'imposition des véhicules à moteur du Parti des automobilistes et le projet d'une nouvelle loi concernant les redevances de la circulation rou-

geführt werden können. Einen erheblichen Arbeitsaufwand erforderten auch die Weiterbehandlung der Motorfahrzeugsteuer-Initiative der Autopartei und der Entwurf zu einem neuen Verkehrsabgabengesetz. Gegen Jahresschluss hat sich die vorberatende grossrätliche Kommission entgegen dem Regierungsrat dafür ausgesprochen, das Verkehrsabgabengesetz, allerdings modifiziert im Sinne der Energieleitsätze, als Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Ferner konnten mehrere andere Verordnungen erarbeitet bzw. revidiert und verabschiedet werden, so etwa eine neue Spielapparateverordnung. Schliesslich ist im Berichtsjahr die Revision der gesamten Polizeigesetzgebung angelaufen, wobei das Organisationsdekret des Polizeikorps bereits in die Vernehmlassung geschickt werden konnte. Auch im Berichtsjahr rundeten wieder zahlreiche direktionsübergreifende, zum Teil gar Aufgaben im interkantonalen Bereich die Tätigkeit der Rechtsabteilung ab, so etwa im Gebiet der Problematik um den Staatsschutz und der interkantonalen Kommission für den Strassenverkehr. Im Zusammenhang mit Personal- und Dienstwohnungen waren umfassende tatsächliche und rechtliche Abklärungen vorzunehmen sowie einschlägige Berichte abzugeben. Angesichts dieser allmählich ins Unermessliche anwachsenden Geschäftslast war die Durchführung der vorgesehenen französischen Sprachigen Konferenz über allgemeine polizeiliche Belange unmöglich. An dieser Stelle muss im übrigen darauf hingewiesen werden, dass der gewaltige Arbeitsanfall der Rechtsabteilung – Vervielfachung der Geschäftslast innert drei Jahren – mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr bewältigt werden kann. Die Pendenzen, namentlich beim Abteilungssekretariat, haben ein nicht mehr verantwortbares Ausmass erreicht. Auch wenn demnächst zumindest die technische Infrastruktur etwas besser werden dürfte, so wird bei dem zu erwartenden weiteren Anstieg der Geschäftslast eine neue Lösung im personellen Bereich nicht zu umgehen sein, wobei die verwaltungsinternen Möglichkeiten diesbezüglich schon vollumfänglich ausgeschöpft worden sind. Andernfalls dürften Rechtsverzögerungsbeschwerden die unausweichliche Folge sein.

2.1.3 Gefängnisinspektorat

Die interkantonale Zusammenarbeit im Vollzugsbereich

Die Aufgaben des Straf- und Massnahmenvollzuges wurden in den vergangenen Jahren immer komplexer und deren gesetzeskonforme Erfüllung immer schwieriger. Die elf Kantone, die im Konkordat der Nordwest- und Innerschweiz zusammengeschlossen sind, verstärkten deshalb im Berichtsjahr auf allen Ebenen – Konkordatskonferenz, Subkonferenzen, Arbeitsgruppe und Ausschüsse – ihre gemeinsamen Bemühungen. Sie befassten sich erstmals mit den möglichen Folgen eines Abbaus von Grenzkontrollen im europäischen Raum und einer Öffnung der Grenze Russlands zu Europa und der dadurch befürchteten Völkerwanderung von Ost nach West. Im übrigen setzten sie sich mit der Einführung der «Gemeinnützigen Arbeit» als neue Vollzugsform, der Anerkennung privater Institutionen als «Halbfreiheitsheime», der Kostenregelung in den Erwachsenenanstalten, der Weiterführung von Methadonprogrammen im mittel- und längerfristigen Vollzug, der Revision des schweizerischen Strafgesetzbuches (Vollzugshoheit/Vollzugsgrundsätze), der Überstellung von Verurteilten in den Heimatstaat usw. auseinander.

Die Arbeit in den Aufsichtskommissionen

Die vier Delegationen der Aufsichtskommission über die Erwachsenenanstalten liessen sich in je einer Frühjahrs- und einer Herbstsitzung einlässlich über die Geschehnisse und Probleme im Vollzug informieren. Sie diskutierten offene Fragen

tière ont nécessité beaucoup de temps. Vers la fin de l'année, la Commission du Grand Conseil chargée des travaux préparatoires a décidé, contrairement au Conseil-exécutif, de présenter comme contre-projet la loi concernant les redevances de la circulation routière qui aurait été toutefois modifiée d'après les principes directeurs de la politique énergétique. En outre, plusieurs ordonnances ont été élaborées ou révisées et adoptées, telle que la nouvelle ordonnance sur les appareils de jeu. Enfin, la révision de toute la législation sur la police a démarré et le décret sur l'organisation du corps de police a déjà été envoyé en procédure de consultation.

Le domaine d'activité du Service juridique a été à nouveau complété par des tâches dépassant le cadre de la Direction, voire par des activités intercantionales, telles que celles se rapportant aux problèmes de la sûreté de l'Etat et de la Commission intercantonale du trafic routier. Les problèmes liés aux appartements du personnel et de service ont nécessité de nombreuses recherches juridiques et autres, ainsi que l'établissement de rapports en la matière. Vu ce travail immense, la conférence sur les activités de la police en général qu'il avait été prévu de tenir en français n'a pas pu être organisée. Nous tenons à préciser ici que l'immense travail du Service juridique qui s'est multiplié au cours de ces trois dernières années, ne peut plus être liquidé avec les moyens disponibles. Les affaires en suspens, notamment au secrétariat du service, ont pris une ampleur inadmissible. Même si l'infrastructure technique, au moins, va être prochainement améliorée, une nouvelle solution au niveau du personnel est indispensable, compte tenu de l'augmentation des affaires qui ne va pas manquer d'arriver et vu que les possibilités internes de l'administration sont déjà totalement épuisées. Dans le cas contraire, il faudra s'attendre à des recours concernant le retard dans la marche de la justice.

2.1.3 Inspection des prisons

La coopération intercantonale dans l'exécution des peines

Les tâches de l'exécution des peines et des mesures sont devenues de plus en plus complexes et difficiles à remplir au cours de ces dernières années. Les onze cantons qui ont conclu le Concordat sur l'exécution des peines et mesures des cantons du nord-ouest et de Suisse centrale ont, pour cette raison, renforcé leurs efforts communs dans tous les domaines – Conférence concordataire, sous-conférences, groupe de travail et sous-commissions. Ils se sont occupés pour la première fois des conséquences possibles de la suppression des contrôles aux frontières dans l'espace européen, de l'ouverture de la frontière russe vers l'Europe et des migrations de l'est vers l'ouest qu'on est en droit de craindre. En outre, ils ont étudié l'introduction du «travail d'intérêt général» comme nouvelle forme d'exécution, la reconnaissance d'institutions privées comme «établissements de semi-liberté», la réglementation des coûts dans les établissements pour adultes, la poursuite des programmes à la méthadone au cours d'exécutions d'une durée moyenne et longue, la révision du Code pénal suisse (souveraineté de l'exécution/principes de l'exécution), le transfèrement de condamnés dans leur pays d'origine, etc.

Activité des commissions de surveillance

Les quatre délégations de la Commission de surveillance des établissements pour adultes ont été informées en détail des événements et problèmes liés à l'exécution au cours d'une séance organisée au printemps et en automne. Elles ont

und berieten und unterstützten die Anstaltsleitungen und die Polizeidirektion, führten aber auch Gespräche mit Mitarbeitern und Eingewiesenen. Die Gesamtkommission setzte sich in Anwesenheit des Kantonsarztes mit dem Problembereich «Drogen und Freiheitsentzug» auseinander und erörterte dabei vor allem auch die Frage der Weiterführung von Methadonprogrammen in den Anstalten Thorberg, Witzwil und Hindelbank im Sinne eines Versuches mit wissenschaftlicher Begleitung.

Die Aufsichtskommission über das Jugendheim Prêles verfolgte mit Interesse das Heimgeschehen und befasste sich im besondern mit der Anpassung des Betriebs- und Erziehungskonzeptes an veränderte Bedürfnisse, der Bestandesentwicklung und Auslastung des Platzangebotes, der Anerkennung und Subventionierung durch den Bund und dem nach wie vor offenen Ausbau der Anstalt für Nacherziehung (ANE) im Hauptgebäude Châtillon. Sie begleitete und unterstützte weiter den abtretenden und auch den neu eingesetzten Heimleiter in seiner schwierigen Führungs- und Erziehungsaufgabe.

Die Aufsichtskommission über das Jugendheim Lory in Münsingen trat zu drei halbtägigen Sitzungen zusammen, diskutierte die Berichterstattung der Heimleitung und setzte sich mit der Bestandesentwicklung/-situation sowie der Anerkennung und Subventionierung durch den Bund auseinander. Sie erfüllte auch ihre zusätzliche Aufgabe als Schulkommission der Hauptschule.

Die personelle Situation im Vollzugsbereich

Die überdurchschnittlich hohe Fluktuation beim Vollzugspersonal hielt auch 1990 in den meisten Vollzugseinrichtungen an; bei einem Bestand von 450 Mitarbeitern waren insgesamt 65 Aus- und ebenso viele Eintritte zu verzeichnen. In den wenigsten Fällen brachten die neuen Mitarbeiter die für die Erfüllung der Vollzugsarbeit mehr denn je notwendige Spezialausbildung mit. Das Bedürfnis an einer berufs begleitenden, internen oder externen Weiterbildung blieb deshalb weiterhin recht hoch. Die Ausbildungen am Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Vollzugspersonal, an Erzieher- und Sozialarbeiterschulen usw. mit weitgehender Anrechnung an die Arbeitszeit brachte für die Vollzugsbetriebe aber grosse personelle Engpässe und für die Arbeitskolleginnen und -kollegen eine vielfach kaum zu verantwortende Mehrbelastung. Immer stärker wurde deshalb von den Heim- und Anstaltsleitungen die Forderung nach zusätzlichen «Ausbildungsstellen» formuliert, die jedoch angesichts des bisherigen Personalstopps nicht erfüllt werden konnte und wegen des beabsichtigten Stellenabbaus auch in Zukunft kaum Aussicht auf Erfolg haben wird. Damit aber ist die Fortführung eines zeitgemässen und sinnvollen Straf- und Massnahmenvollzuges ernsthaft in Frage gestellt.

Die Seelsorge im Freiheitsentzug

Im Berichtsjahr wurden in enger Zusammenarbeit mit den drei bernischen Landeskirchen neue «Richtlinien über den Dienst der Kirchen in den Heimen und Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzuges sowie den Regional- und Bezirksgefängnissen des Kantons Bern» erlassen. Diese brachten erstmals einen Kurzbeschrieb der Aufgaben der Seelsorge im Freiheitsentzug, aber auch eine differenziertere Lösung in der Zusammenarbeit von Kirche und Vollzug. Vor allen Dingen wurde jedoch eine vollzugsabhängigere Stellung der Seelsorger dadurch erzielt, dass die Seelsorger und Seelsorgerinnen nicht mehr auf eine Amtsperiode als nebenamtliche Beamte gewählt, sondern – wie die Heim- und Anstaltsärzte – in einem Auftragsverhältnis eingesetzt werden. Neben den Richtlinien der Polizeidirektion wurde von den drei bernischen Landeskirchen eine «Wegleitung für den Dienst der Kirche im Freiheitsentzug» erarbeitet.

débatu les questions en suspens, ont conseillé et apporté leur soutien aux directions des établissements et à la Direction de la police tout en ayant aussi des entretiens avec les collaborateurs et les détenus. L'ensemble de la commission a traité les problèmes liés à la toxicomanie et à l'incarcération en présence du médecin cantonal et a discuté en détail la question touchant à la poursuite des programmes à la méthadone dans les établissements de Thorberg, Witzwil et Hindelbank comme expérience soutenue scientifiquement.

La commission de surveillance du foyer pour jeunes de Prêles a examiné les activités du foyer et s'est occupée en particulier de l'adaptation du concept d'exploitation et d'éducation aux nouvelles exigences, de l'évolution de l'effectif, de l'occupation des places disponibles, de la reconnaissance du foyer par la Confédération et de l'octroi de subventions ainsi que de l'agrandissement toujours en suspens de la Maison de rééducation dans l'immeuble principal du Châtillon. Elle a également soutenu le nouveau directeur du foyer dans sa tâche difficile à remplir en qualité de directeur et d'éducateur.

La commission de surveillance du foyer pour jeunes «Lory» a siégé pendant trois demi-journées au cours desquelles elle a discuté le rapport de la direction du foyer, s'est occupée de l'évolution et de la situation de l'effectif, de la reconnaissance du foyer par la Confédération et de l'octroi de subventions. Elle a également rempli sa tâche supplémentaire en qualité de commission scolaire de l'école ménagère.

La situation au niveau du personnel dans le domaine de l'exécution

La fluctuation dépassant la normale dans le secteur du personnel s'est maintenue dans la plupart des établissements d'exécution; pour un effectif de 450 collaborateurs, 65 démissions et autant d'entrées en service ont été enregistrées. Ce n'est que dans très peu de cas, que les nouveaux collaborateurs étaient au bénéfice de la formation spéciale qui devient de plus en plus nécessaire pour accomplir les tâches de l'exécution. C'est la raison pour laquelle le perfectionnement professionnel interne et externe est resté une véritable nécessité. Les cours de formation au Centre suisse de formation du personnel pénitentiaire, aux écoles pour éducateurs et assistants sociaux et autres institutions qui étaient suivis en grande partie pendant les heures de travail ont toutefois provoqué des impasses graves au niveau du personnel et une surcharge de travail frisant l'irresponsabilité pour les collègues de travail. Cette situation a amené les directions des foyers et établissements à réclamer d'une manière toujours plus véhémement la création de postes supplémentaires qui serviraient à combler ces déficits de temps de travail. Il faut toutefois relever que ces exigences n'ont pas pu être satisfaites vu le blocage des effectifs du personnel et qu'elles n'ont guère de chance de l'être à l'avenir, compte tenu de la réduction prévue des postes.

L'aumônerie dans le cadre de la privation de liberté

Les nouvelles «directives relatives au ministère des Eglises dans les foyers et établissements d'exécution des peines et mesures ainsi que dans les prisons régionales et de district du canton de Berne» ont été édictées en étroite collaboration avec les trois Eglises nationales. Pour la première fois, elles définissent brièvement non seulement le ministère de l'Eglise dans le cadre de la privation de liberté, mais présentent également une solution pour une collaboration équilibrée entre les organes d'exécution et l'Eglise. Mais avant tout, les aumôniers ne sont plus nommés comme fonctionnaires auxiliaires pour une période de fonction, mais sont mandatés – comme les médecins des foyers et établissements – ce qui a ainsi permis de les placer dans une position indépendante de l'exécution. En plus de ces directives, les trois Eglises nationales ont élaboré les «instructions pour le ministère de l'Eglise dans le cadre de la privation de liberté».

Drogen/Methadon, Aids

Die Vollzugsverantwortlichen setzten sich auch 1990 intensiv mit den Problembereichen Drogen/Methadon und Aids auseinander. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Tatsache geschenkt, dass angesichts der über 1000 bewilligten Methadonprogramme immer mehr «Methadonpatienten» in Untersuchungshaft genommen bzw. in den Vollzug überführt werden müssen. Grosse Schwierigkeiten bot – vor allem im Regionalgefängnis Bern mit seinem bescheidenen personellen Angebot – der monatelange Entzug des Methadons bei mittel- und längerfristigen Freiheitsentzügen. Die Vollzugsverantwortlichen entschieden sich deshalb im Einverständnis mit der Konkordatskonferenz der Nordwest- und Innerschweiz für eine versuchsweise Weiterführung von Methadonprogrammen im mittel- und längerfristigen Vollzug. Von ärztlicher Seite erwuchs dieser Absicht aber Opposition, so dass der Kantonsarzt eingeschaltet und der Start des Versuches auf Frühjahr 1991 verschoben werden musste. Die Situation bezüglich der Immunschwäche Aids änderte sich im Berichtsjahr nicht; der Anteil an HIV-Virusträgern blieb bei rund 10 Prozent, und die Zahl der manifest Erkrankten bewegte sich bei 8 bis 10. Die Aufklärung von Personal und Eingewiesenen wurde unter Verwendung neuer Informationspapiere fortgesetzt, der Tausch gebrauchter Spritzen oder die Spritzenabgabe aber weiterhin abgelehnt. Der Beweis der Infizierung mit Aids im Freiheitsentzug durch Verwendung illegal eingeschleuster, unsauberer Spritzen wurde bis anhin nicht erbracht.

2.1.4 *Anstalten und Jugendheime**Strafanstalt Thorberg**Personal*

Auf 1. Januar 1990 wählte der Regierungsrat Herrn Urs Clavadetscher zum Anstaltsdirektor. Amtsantritt und -übergabe erfolgten am 1. Februar 1990. Im Berichtsjahr waren 4 (1 vorzeitig) Pensionierungen von Mitarbeitern zu verzeichnen. Zudem kündigten 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wobei einzelne davon dem Staat Bern in anderer Funktion weiterhin dienen. Rund die Hälfte des Personalkörpers nahm an Weiterbildungs-, Zivilschutz- und Betriebsschutzkursen teil. Eine Mitarbeiterin und vier Mitarbeiter schlossen den Diplomkurs des Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal mit Erfolg ab. Wegen Krankheit, Unfall und Weiterbildung ergaben sich insgesamt 1088 Absenztage. Die vakanten Stellen im Betreuungs- und Arbeitsbereich konnten in der Regel sofort wieder besetzt werden. Im Sozialdienst und in der Administration wurden vermehrt Teilzeitbeschäftigte eingesetzt.

Eingewiesene

224 Eintritten standen im Berichtsjahr 214 Austritte gegenüber. Insgesamt verzeichnete die Strafanstalt Thorberg 59 221 (Vorjahr 59 455) Verpflegungstage. Ende Jahr beherbergte der Thorberg 174 Eingewiesene, worunter 117 Ausländer (67%) aus 32 Staaten. Namentlich in der zweiten Jahreshälfte nahmen die Einweisungen stetig zu. In die Halbfreiheit wurden 20 Männer versetzt, deren 5 mussten in den Strafvollzug zurückgeführt werden. Von 609 Urlauben scheiterten 3,6 Prozent wegen Flucht oder massiv verspäteter Rückkehr. 14 ab Landwirtschaft Entwichene konnten grösstenteils innert kurzer Frist wieder angehalten werden.

Stupéfiants/méthadone, sida

Les responsables de l'exécution ont continué de s'occuper sérieusement des problèmes liés aux stupéfiants, aux programmes à la méthadone et au sida. Une attention toute particulière a été vouée au fait que toujours plus de patients soignés à la méthadone ont été mis en détention préventive et ensuite en milieu carcéral, compte tenu des programmes à la méthadone autorisés qui dépassent les mille. La suppression de méthadone pendant plusieurs mois au cours de privations de liberté de moyenne et longue durée a occasionné de grandes difficultés, en particulier à la prison régionale de Berne qui ne dispose que d'un effectif de personnel restreint. C'est la raison pour laquelle les responsables de l'exécution, d'entente avec la Conférence concordataire du nord-ouest et de Suisse centrale, ont décidé de poursuivre à titre d'essai les programmes à la méthadone pour l'exécution de moyenne et longue durée. Ce projet a cependant soulevé l'opposition du corps médical, ce qui a nécessité l'intervention du médecin cantonal et reporté le début de cet essai au printemps 1991. La situation dans le domaine du sida n'a pas changé au cours de l'exercice; le pourcentage des personnes séropositives est resté autour des 10 pour cent et celui des sidéens se situait vers les 8 à 10 pour cent. Le personnel et les détenus ont continué d'être tenus au courant par le biais d'informations écrites, mais l'échange de seringues usagées ou la remise de seringues a encore été rejeté. Une infection du sida en milieu carcéral par l'utilisation de seringues souillées qui auraient été introduites illégalement n'a pas été prouvée jusqu'à maintenant.

2.1.4 *Etablissements et foyers de jeunes**Etablissements pénitentiaires de Thorberg**Personnel*

Le 1^{er} janvier 1990, le Conseil-exécutif a nommé M. Urs Clavadetscher directeur des établissements. Son entrée en fonction a eu lieu le 1^{er} février 1990. Au cours de l'exercice, 4 mises à la retraite, dont une prématurée, ont été enregistrées. 11 collaboratrices et collaborateurs ont résilié leur contrat, certains d'entre eux sont restés au service de l'Etat de Berne tout en remplissant d'autres fonctions. Environ la moitié des fonctionnaires des établissements ont suivi des cours de perfectionnement, de protection civile et de protection des établissements. Une collaboratrice et quatre collaborateurs ont passé avec succès l'examen pour l'obtention du diplôme d'employé d'établissement pénitentiaire du Centre suisse de formation du personnel pénitentiaire. 1088 jours d'absence ont été enregistrés pour cause de maladie, d'accident et de cours de perfectionnement. Les postes vacants dans le domaine de l'assistance et du travail ont été, en général, repourvus immédiatement. Un nombre plus important de personnes travaillant à temps partiel a été engagé pour le service social et l'administration.

Détenus

224 entrées et 214 sorties ont été enregistrées au cours de l'exercice. Le total des jours de pension s'est élevé à 59 221 (59 455). 174 détenus se trouvaient à Thorberg à la fin de l'année, dont 117 étrangers (67%) provenant de 32 pays. Le nombre des placements a été en constante augmentation notamment au cours du second semestre. 20 hommes ont été placés en semi-liberté, 5 d'entre eux ont dû réintégrer le milieu pénitentiaire. 3,6 pour cent des 609 congés ont échoué pour cause de fuite ou de rentrée fort tardive. 14 détenus travaillant au domaine agricole se sont évadés mais ont pu être arrêtés en peu de temps.

Das Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Freizeitangebot wurde recht rege benützt, und die Zusammenarbeit mit freiwilligen Betreuern, staatlichen und privaten Institutionen ist intensiviert worden.

Betrieb

Die Auftragslage war während des Berichtsjahres befriedigend. Vor allem im Kartonagebereich konnten wiederum gute Grossaufträge erledigt werden. Nebst den fehlenden Lagermöglichkeiten bereitete die Einrichtung von neuen Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit den steigenden Einweisungszahlen Schwierigkeiten. Landwirtschaftlich gesehen fiel das Produktionsjahr 1990 mittelmässig aus. Mit der teilweisen Umstellung von der intensiven Milchviehhaltung auf eine extensive natürliche Mutterkuhhaltung wurde begonnen. Diese soll 1991/92 weitergeführt und abgeschlossen werden.

Die Gesamtanierung der Anstalt blieb ein weiteres Jahr zurückgestellt. Die planerischen Vorarbeiten für bauliche Sofortmassnahmen im Zellenbau wurden hingegen abgeschlossen. Dasselbe gilt für dringend notwendige Anschaffungen im Sicherheitsbereich.

Anstalten Witzwil

Vollzug

Im abgelaufenen Jahr verzeichneten die Anstalten Witzwil 305 Eintritte (Vorjahr 292) und 312 Austritte (Vorjahr 277). Der Ausländeranteil betrug wie im Vorjahr 16 Prozent. 38 Insassen traten wiederum ihre Strafe vorzeitig an (13% aller Insassen). Da diese weder urlaubs- noch ausgangsberechtigt waren und eine sehr ungewisse Zukunft vor sich hatten, beanspruchten diese Insassen in hohem Masse das Betreuungsangebot.

Der durchschnittliche Insassenbestand ging erneut stark zurück. Im Juni erreichte dieser einen Tiefststand von 143 Insassen (Vorjahr 169). Die durchschnittliche Aufenthaltszeit der Insassen in Witzwil betrug ca. 4 Monate (Vorjahr ca. 6 Monate); 46 Prozent aller 1990 eingewiesenen Insassen verbüssten eine Strafe von weniger als 4 Monaten. Bei über 2000 gewährten Urlauben kam es in 36 Fällen zu Flucht oder massiv verspäteter Rückkehr, was einer Missbrauchsquote von 1,77 Prozent (Vorjahr 1,68%) entspricht.

Neun Lehrlinge befanden sich in einer Berufsausbildung und erbrachten gute bis sehr gute Leistungen; eine Lehre musste infolge Drogenkonsums abgebrochen werden. Erneut stellten die Insassen, die wegen Drogendelikten eingewiesen wurden, mit knapp 55 Prozent (Vorjahr knapp 60%) die grösste Deliktgruppe dar.

Betrieb

Die geringeren Insassenzuweisungen und die dadurch offenen Arbeitsplätze wirkten sich negativ auf die Produktion und auf die Betriebsrechnung aus. Gegenüber dem Voranschlag wurden beträchtliche Mindereinnahmen bei den Kostgeldern für Insassen ausgewiesen. Da die Fixkosten, unabhängig von der Insassenzahl, praktisch gleich hoch blieben, konnte auf der Ausgangsseite nicht entsprechend reagiert werden. Die budgetierten Verkaufserträge konnten nicht erreicht werden. Einige Fremdaufträge mussten als Folge des tiefen Insassenbestandes abgelehnt werden. Der Hauptbestandteil der Gewerbeaufträge bestand wiederum aus Unterhalts-Reparaturarbeiten an Gebäuden, Anlagen und Maschinen.

Sowohl der Ausbildungsstand als auch der Gesundheitszustand der Eingewiesenen wurde leider nochmals schlechter. Aus Mangel an qualifizierten Insassen musste das Atelier für Reparaturen an ferngesteuerten Spielzeugautos auf Ende Oktober geschlossen werden.

Les détenus n'ont pas manqué de faire usage des possibilités qui leur étaient offertes dans le domaine de la formation de base et du perfectionnement et dans celui de l'organisation de leurs loisirs. La collaboration avec les assistants bénévoles, les institutions privées et celles de l'Etat a été intensifiée.

Exploitation

Le volume des commandes a été suffisant au cours de l'exercice. De grosses commandes ont été à nouveau exécutées avant tout dans le département du cartonnage. Outre le manque de possibilités d'entreposage, l'aménagement de places de travail a provoqué des difficultés dues au nombre croissant de placements. Les récoltes ont été moyennes. La reconversion partielle de la garde intensive de petit bétail en garde naturelle et extensive de vaches allaitantes a commencé; elle sera poursuivie et terminée en 1991/92.

L'assainissement global des établissements a été reporté une nouvelle fois. Par contre, les travaux préparatoires de planification ont été achevés pour la réalisation de mesures immédiates dans la construction des cellules. Il en va de même pour certaines acquisitions extrêmement urgentes dans le domaine de la sécurité.

Etablissements de Witzwil

Exécution

305 (292) entrées et 312 (277) sorties ont été enregistrées. Comme l'année passée, 16 pour cent des détenus étaient des étrangers. 38 détenus ont commencé prématurément l'exécution de leur peine (13% de tous les détenus). Etant donné qu'ils n'ont pas droit à des congés ni à des sorties et qu'ils se trouvent devant un futur très incertain, ils ont nécessité une assistance particulièrement poussée.

L'effectif moyen des détenus a à nouveau fortement diminué. En juin, il n'était plus que de 143 (169). La durée de séjour moyenne des détenus a été de 4 mois environ (env. 6 mois); 46 pour cent de tous les détenus placés en 1990 ont exécuté une peine de moins de 4 mois. Pour plus de 2000 congés, 36 cas de fuite ou de rentrées fort tardives ont été dénombrés, ce qui représente un taux d'abus de 1,77 pour cent (1,68%).

Neuf apprentis se trouvaient en apprentissage et leurs prestations ont été bonnes à très bonnes; un apprentissage a dû être interrompu pour cause de consommation de stupéfiants. Le groupe des détenus placés pour des délits liés à la drogue était à nouveau le plus fort, environ 55 pour cent (60%).

Exploitation

Le nombre plus faible de placements de détenus et les postes devenus ainsi vacants ont eu une répercussion négative sur la production et le compte d'exploitation. Par rapport au budget, un déficit important a été enregistré pour les recettes de pension des détenus. Les frais fixes restant pratiquement les mêmes, indépendamment du nombre de détenus, il n'a donc pas été possible de diminuer les coûts en conséquence. Les recettes provenant des ventes portées au budget n'ont pas été réalisées. Certaines commandes extérieures ont dû être refusées par suite de l'effectif réduit de détenus. La plus grande partie des commandes concernait à nouveau les travaux d'entretien et de réparation effectués aux bâtiments, aux installations et aux machines.

Aussi bien le degré de formation que l'état de santé des détenus se sont malheureusement à nouveau détériorés. Vu le manque de détenus possédant les qualifications nécessaires, l'atelier de réparation de jouets automobiles télécommandés a dû être fermé à fin octobre.

Landwirtschaft

Wie schon die Vorjahre, war 1990 gekennzeichnet durch eine markante Winter- und Sommertrockenheit. Diese Wetterlage erlaubte einen ausgesprochen frühen Anbau der verschiedenen Kulturen. Der frühe Vegetationsbeginn zahlte sich vor allem dadurch aus, dass die Kulturen noch von der spärlichen Winterfeuchtigkeit profitieren konnten. Die verschiedenen Kulturen erbrachten auch in diesem Jahr wieder sehr hohe Erträge. Vorab bei den Futter- und Zuckerrüben wurde ein bisher nie erreichtes Ertragsniveau erzielt. Aufgrund der Herbstniederschläge konnten die Winterfrüchte nicht alle termingerecht ausgesät werden, so dass teilweise auf Sommerfrüchte ausgewichen werden musste.

Ab Mai 1990 wurden alle neugeborenen Kälber in sogenannten Iglus unter freiem Himmel gehalten. Seither mussten keine gesundheitlichen Probleme mehr beklagt werden. Im Birkenhof begannen Ende Jahr die Bauarbeiten für die neue Mutterkuhscheune, die im Laufe des Jahres 1991 beendet sein werden, so dass für den Winter 1991/92 die Scheune wird bezogen werden können.

Auf dem Agrarmarkt stellte sich ein markanter Preisdruck ein. Für viele Produkte konnten die Preise des Vorjahres nicht realisiert werden. Besonders unter Druck stand die Futtergerste.

*Anstalten St. Johannsen**Eingewiesene*

Der Durchschnittsbestand belief sich auf 77 Insassen. Die mittlere Auslastung betrug 88 Prozent. Der Anteil an reinen Massnahmen erhöhte sich im Vergleich zu früheren Jahren in beträchtlichem Ausmass. Währenddem die Abteilung E – Massnahmen an Drogenabhängigen nach Artikel 44.6 StGB – seit Monaten dem Aufnahmepressure nicht mehr nachkommen konnte, wies die Abteilung C – Massnahmen für Alkoholabhängige nach Artikel 44.1 StGB – einen Bestandesrückgang auf. Durch das Fehlen eines neuzeitlichen kantonalen Gesamtkonzeptes für Alkoholranke wurden in St. Johannsen nur noch besonders schwere Fälle eingewiesen. In den meisten Fällen fanden Institutionen Berücksichtigung, die kürzere Behandlungsdauern anbieten.

Das Therapieangebot durch die beiden internen Psychologinnen konnte 1990 auf alle fünf Abteilungen ausgedehnt werden. Dadurch wurde es für sämtliche Insassen möglich, von diesem Angebot zu profitieren. Im Hinblick auf ein reibungsfreies, koordiniertes Zusammenwirken der internen und externen Fachkräfte im Gesundheitswesen der Anstalt (Forensik, Anstaltsärzte, Zahnarzt, Psychologinnen, Gesundheitsdienst) wurden entsprechende Regelungen erstellt und eingeführt.

Im Herbst konnte der Insassenkiosk eröffnet werden. An zwei Wochentagen haben die Eingewiesenen nun Gelegenheit, bargeldlos Waren des täglichen Bedarfs zu beziehen. Erzieherisches Ziel: Lernen, mit den erarbeiteten Mitteln haushälterisch umzugehen.

Personelles

Im Jahresdurchschnitt wurden 70 Stellen belegt. Dabei entfielen auf den Betreuungsbereich 43 Prozent, auf den Arbeitsbereich 25 Prozent; Verwaltung und Versorgung belegten 18 Prozent und der Sicherheitsdienst 14 Prozent. Im Hinblick auf eine Optimierung der Zusammenarbeit und des vernetzten Denkens wurden erstmals Netztag eingeführt. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter hatte pro Semester einen Tag in einem andern als dem angestammten Bereich Dienst zu leisten. Die Neuerung fand ein positives Echo und soll auch künftighin beibehalten werden. Die Personalfluktuation betrug trotz der hohen psychischen Beanspruchung lediglich 10 Prozent.

Agriculture

Comme ce fut le cas les années précédentes, l'hiver et l'été 1990 ont été marqués par un temps sec qui a favorisé une plantation nettement précoce des cultures. La végétation avancée a ainsi permis aux cultures de profiter encore de l'humidité relative de l'hiver. Les récoltes ont été à nouveau abondantes. Les betteraves sucrières et fourragères ont donné des résultats jamais atteints jusqu'à maintenant. Par suite des précipitations d'automne, les fruits d'hiver n'ont pas pu être tous semés en temps voulu, de sorte qu'il a fallu se reporter en partie sur les fruits d'été.

A partir de mai 1990, tous les veaux nouveaux nés ont été tenus en plein air dans des igloos. Depuis lors, leur santé n'a plus posé de problèmes. Les travaux de construction de la grange pour les vaches mères au Birkenhof ont commencé à la fin de l'année; ils seront achevés dans le courant de 1991 et la grange sera disponible en hiver 1991/92.

Les prix des produits agricoles ont subi une forte pression. Les prix de l'année précédente n'ont pas été réalisés pour plusieurs produits. Ceci a été particulièrement le cas pour l'orge fourragère.

*Etablissements de Saint-Jean**Détenus*

L'effectif moyen était de 77 détenus. Le taux moyen d'occupation s'est élevé à 88 pour cent. La part des mesures à proprement parler a fortement augmenté en comparaison des années précédentes. Tandis que la section E – mesures prises à l'égard des toxicomanes conformément à l'article 44.6 CP – ne pouvait plus satisfaire depuis des mois aux demandes de placement, la section C – mesures prises à l'égard des alcooliques conformément à l'article 44.1 CP – enregistrait un recul de l'effectif. Par suite de l'absence d'un concept global adapté aux besoins actuels au niveau cantonal pour les alcooliques, seuls des cas particulièrement graves ont encore été placés à Saint-Jean. Dans la plupart des cas, ce sont les institutions offrant des durées de traitement plus courtes qui ont été prises en considération.

En 1990, l'offre de thérapie des deux psychologues internes a pu être étendue aux cinq sections. Tous les détenus ont ainsi pu en profiter. Les règlements nécessaires ont été élaborés et introduits permettant une collaboration positive et coordonnée du personnel qualifié interne et externe du service sanitaire des établissements (médico-légal, médecins des établissements, dentiste, psychologues, service médical).

Le kiosque pour les détenus a été mis en exploitation en automne. Les détenus ont maintenant la possibilité de se procurer, sans argent, des articles de consommation courante pendant deux jours par semaine. Le but pédagogique poursuivi: apprendre aux détenus à utiliser avec économie l'argent qu'ils ont gagné.

Personnel

La moyenne annuelle d'occupation des postes a été de 70. 43 pour cent concernaient le domaine de l'assistance, 25 pour cent celui du travail, 18 pour cent la gestion et le ravitaillement et 14 pour cent le service de sécurité. Des journées d'interaction ont été organisées pour la première fois dans le but d'intensifier la collaboration et de favoriser l'esprit d'interdépendance. Chaque collaboratrice et collaborateur a dû travailler un jour par semestre dans un autre domaine que le sien. Cette innovation a eu un écho positif et sera poursuivie à l'avenir. Malgré l'engagement psychique élevé demandé au personnel, la fluctuation dans ce domaine n'a atteint que 10 pour cent.

Betrieb

Aufgrund von Realloohnerhöhung und Teuerungsausgleich stiegen die Personalkosten um ca. 850 000 Franken an. Dank guter Kreditbewirtschaftung und hoher Insassenbelegung konnte das zusätzliche Defizit mit ca. 630 000 Franken im Rahmen gehalten werden.

Der Landwirtschafts- und Gartenbetrieb konnte erneut mit einem guten Ergebnis aufwarten. Beim Gewerbe verbesserte sich die Bruttomarge im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent.

Dank der Mitarbeit der Agromechanik und der Unterstützung durch Angestellte in ihrer Freizeit konnte aus einem Occasion-Feuerwehrfahrzeug ein funktionstüchtiges Tanklöschfahrzeug gebaut und in Betrieb genommen werden.

*Anstalten Hindelbank**Personelles*

Gemäss gültigem Anstaltskonzept (betreuungsorientierter Gruppenvollzug inkl. Führung des Übergangsheimes Steinhof in Burgdorf) wurden ca. 85 Stellen (110 Plätze) benötigt; bewilligt waren aber nur 78,6 Stellen, in welche sich total 108 MitarbeiterInnen teilten, d. h. 41 MitarbeiterInnen wiesen ein Anstellungsverhältnis von 80 Prozent und weniger (ohne ca. 12 freie MitarbeiterInnen) aus. Austritte waren 20, Eintritte 27 (Voll-, Teilzeitarbeit und Praktikantinnen) zu verzeichnen. Probleme boten vor allem die hohe physische und psychische Belastung wegen markanter Zunahme der Suchtprobleme (harte Drogen, Politoxikomanie, Aids) sowie des Ausländerinnenbestandes. Die Personalförderung (Aus- und Weiterbildung) erwies sich als immer dringlicher. Ihr Ausbau verlangt die Durchführung von internen und externen Seminarien und den vermehrten Besuch externer Kurse bzw. fachspezifischer Ausbildungen, was indessen die Schaffung zusätzlicher Stellen bedingt.

Betrieb/Gesamtsanierung

Die fehlende Gesamtsanierung zwang das Personal zu laufenden Improvisationen; es mussten hohe Anstrengungen zur Aufrechterhaltung vernünftiger Betriebsabläufe sowie des Vollzugskonzeptes und der hierfür notwendigen Sicherheit getätigt werden. Die relative «Zufriedenheit» der eingewiesenen Frauen bestätigte den Erfolg der grossen Anstrengungen des Personals in allen Bereichen. Laufende Arbeiten waren: Qualifizierung der Vollzugsplanung unter Einbezug der Insassinnen, Umsetzung eines neuen «Drogenkonzeptes», Ausbau der beruflichen Lehr- und Anlehrangebote, Einführung einer speziellen Abteilung für süchtige, betreuungs- und behandlungswillige Frauen, Ausbau des Absatzmarktes für die Produkte der Ateliers und Gewerbebetriebe, Erweiterung der EDV-Unterstützung, Umsetzung des Entsorgungskonzeptes usw. Das Projekt zur Gesamtsanierung konnte im Sommer 1990 abgeschlossen werden, die Geschäftsprüfungskommission und die Finanzkommission des Grossen Rates prüften die Vorlage. Das dringende Bedürfnis nach einer Sanierung wurde anerkannt, hingegen blieben noch diverse Finanzierungsfragen offen: Finanzierung der Gesamtsanierung unter Einbezug der über 80 Prozent ausserkantonalen Einweiser, allgemein verstärkte Mitbeteiligung anderer Kantone bei der Finanzierung des allgemeinen Betriebsausgabenüberschusses. Eine Vorlage wurde für 1991 in Aussicht genommen.

Die Sanierung des Landwirtschaftsbetriebes konnte weitgehend abgeschlossen werden. Die Verpachtung wurde für Frühjahr 1991 beschlossen und der Pächter gewählt. Die Planung des Umbaus der Dependence des Übergangsheimes in

Exploitation

En raison de l'augmentation des salaires réels et de la compensation du renchérissement, les coûts du personnel se sont accrus de 850 000 francs. Grâce à la bonne gestion des crédits et au taux élevé d'occupation, ce déficit supplémentaire a pu être maintenu dans un cadre d'environ 630 000 francs.

L'exploitation agricole et horticole a à nouveau donné de bons résultats. En comparaison de l'année passée, la marge brute de la branche artisanale s'est améliorée de 2,5 pour cent.

Un véhicule des services du feu acheté d'occasion a été aménagé et mis en exploitation comme fourgon tonne-pompe en état de marche grâce à la collaboration de la mécanique agricole et aux collaborateurs qui se sont mis à disposition pendant leurs loisirs.

*Etablissements de Hindelbank**Personnel*

Environ 85 (110) postes étaient nécessaires pour répondre au concept des établissements en vigueur comprenant l'exécution en groupes, l'assistance aux détenues, y compris la conduite de l'établissement de semi-liberté «Steinhof» à Berthoud; 78,6 seulement ont été autorisés et répartis entre 108 collaboratrices et collaborateurs au total, c'est-à-dire que 41 collaboratrices et collaborateurs ont travaillé à 80 pour cent et moins (sans compter environ 12 collaboratrices et collaborateurs bénévoles). 20 démissions et 27 entrées en fonction ont été enregistrées (occupation à plein temps, à temps partiel et stagiaires). La forte augmentation des cas liés aux drogues dures, à la politoxicomanie et au sida ainsi que le taux élevé de détenues étrangères ont été la cause des problèmes qui ont exigé un fort engagement au niveau physique et psychique. La formation de base et de perfectionnement du personnel s'est révélée de plus en plus nécessaire. La mise sur pied de ces programmes exige d'une part l'organisation de séminaires internes et externes et la fréquentation accrue de cours et de formations spécialisées et d'autre part la création de postes supplémentaires.

Exploitation/assainissement global

L'assainissement global n'ayant pas encore été réalisé, les collaborateurs ont utilisé leur don d'improvisation et ont dû faire de gros efforts pour assurer le déroulement raisonnable de l'exploitation et la sécurité nécessaire au maintien du concept d'exécution. La «satisfaction» relative des détenues confirme le succès des efforts du personnel dans tous les domaines. Les travaux courants ont été les suivants: qualification du plan d'exécution compte tenu des détenues, réalisation d'un nouveau concept sur la drogue, développement des offres d'apprentissages et de formations professionnelles élémentaires, introduction d'une section spéciale pour les femmes toxicomanes désireuses de se faire assister et traiter, développement des possibilités d'écoulement des produits fabriqués dans les ateliers et les différentes branches d'exploitation, extension de l'infrastructure électronique, réalisation du concept sur l'élimination des ordures, etc. Le projet de l'assainissement global a été achevé en été 1990; la Commission de gestion et la Commission des finances du Grand Conseil l'ont examiné. L'urgent besoin de cet assainissement a été reconnu mais diverses questions concernant le financement sont restées ouvertes: le financement de l'assainissement global compte tenu des 80 pour cent et plus de détenues venant d'autres cantons, la participation plus forte des autres cantons au financement de l'excédent des dépenses d'exploitation commun. Un projet est prévu pour 1991.

L'assainissement du domaine agricole a été achevé dans une large mesure. L'affermage a été décidé pour le printemps 1991 et le fermier a déjà été nommé. La planification de la recons-

Burgdorf, verbunden mit der Schaffung von zusätzlichen Plätzen für die Halfreiheit, wurde in Angriff genommen.

Eingewiesene

Seit Februar 1990 stieg der für einige Monate etwas reduzierte Bestand an Frauen wieder wesentlich und zwar bis zur Vollbelegung mit einer kleineren Warteliste. Der Insassinnenbestand betrug Ende 1990 84 Frauen (Vorjahr 70). Aus dem Konkordat der Nordwest-/Innerschweiz stammten 18 (Vorjahr 18), der Ostschweiz 46 (Vorjahr 25) und dem Concordat Romand 20 Frauen (Vorjahr 27). Kostgeldtage waren 29001 (Vorjahr 28901) zu verzeichnen. 39 Frauen waren Schweizerinnen (Vorjahr 38), 45 Ausländerinnen (Vorjahr 32). Die Hauptprobleme lagen in der Zunahme der quantitativen und qualitativen Suchtprobleme sowie des Ausländerinnenbestandes. Die Betreuung und Behandlung von stark süchtigen Frauen stellte für alle Beteiligten eine permanente Überforderung dar. Es zeigte sich immer deutlicher, dass eine echte Lösung der anstehenden, grossen Drogenprobleme, verbunden mit einer sinnvollen und wirksamen Aids-Prävention, im Strafvollzug unter den heutigen, gesetzlichen und vollzugstechnischen Bestimmungen eine nicht lösbare Aufgabe bleibt.

Jugendheim Prêles

Personelles

Das Betriebsjahr zeichnete sich vor allem durch den Wechsel in der Heimleitung und durch die Pensionierung langjähriger Mitarbeiter aus. Direktor Kurt Gutknecht wurde auf den 1. Oktober 1990, nach 28 Dienstjahren, pensioniert. Als neuen Leiter wählte der Regierungsrat Claude Neuhaus, ehemals Adjunkt Erziehung.

30 Mitarbeiter besuchten externe Fort- und Weiterbildungskurse: Erzieherkursen, Einführungskurse PD, Diplom- und Praktikumsanleiterkurse SAZ, Methodikkurse SIPB, Computerkurse, Energiekurse, diverse Fachkurse, Feuerwehr- und Zivilschutzkurse. Ferner nahmen verschiedene Mitarbeiter an Fachtagungen teil. Das heiminterne Angebot umfasste: Praxisberatung, Computerkurse, Weiterbildungsexkursionen, Vorträge, Personalzusammenkünfte.

Der Staatspersonalverband, Untergruppe Tessenberg, führte verschiedene gesellige Anlässe durch.

Betrieb

Nachdem das Erziehungsheim zuerst durch den Bund nicht mehr subventioniert werden sollte, konnte nach diversen Verhandlungen die Anerkennung als Justizheim doch noch verlangt werden.

Der Anschluss an das Kabelfernsehen wurde beendet und der Telefax eingerichtet. Die seit 1983 hängige bauliche Sanierung der Anstalt für Nacherziehung (ANE) konnte hingegen noch nicht verwirklicht werden.

Ein neuer Heimprospekt wurde ausgearbeitet und in Druck gegeben. Die Heimleitung gewährte verschiedene Interviews für Zeitungen. 98 Gruppen mit insgesamt 682 Personen besuchten den Heimbetrieb. Dies tat auch das Grossratsrevisorat.

Das Heim stellte seine Anlagen für verschiedene Anlässe zur Verfügung: Übung Drogenhunde, Tagungen durch Erzieher-schul- und Sozialschulklassen, Kurs Personalamt.

truction de la dépendance de l'établissement de semi-liberté à Berthoud, comprenant également la création de places supplémentaires pour l'exécution sous forme de semi-liberté, a été entreprise.

Détenues

Depuis février 1990, l'effectif des détenues qui était réduit pendant quelques mois a fortement augmenté, de sorte que toutes les places ont été occupées et qu'une petite liste d'attente a été établie. L'effectif des détenues était de 84 (70) à la fin de l'année et provenait des concordats suivants: Concordat du nord-ouest et de Suisse centrale 18 (18), Concordat de la Suisse orientale 46 (25), Concordat romand 20 (27). Le nombre des jours de pension s'est élevé à 29001 (28901). 39 (38) détenues étaient Suissesses et 45 (32) étaient étrangères. Les difficultés les plus importantes étaient dues à l'augmentation aussi bien du nombre de cas de toxicomanie que de leur nature ainsi qu'au taux d'étrangères. L'assistance et le traitement des détenues fortement toxicomanes sont sources de surmenage pour toutes les personnes concernées. Il est manifeste que les prescriptions légales et pratiques actuellement en vigueur ne permettent pas d'apporter une solution viable au grave problème de la drogue, solution qui passe par une prévention efficace du sida.

Foyer pour jeunes de Prêles

Personnel

Cette année a été avant tout marquée par le changement dans la direction et la mise à la retraite de collaborateurs de longue date. Monsieur Kurt Gutknecht, directeur du foyer, a pris sa retraite le 1^{er} octobre 1990, après 28 ans de service. Le Conseil-exécutif a nommé Monsieur Claude Neuhaus, ancien adjoint du service de l'éducation, comme nouveau directeur du foyer.

30 collaborateurs ont suivi des cours externes de formation permanente et de perfectionnement: écoles pour éducateurs, cours d'introduction organisés par la Direction de la police, cours de diplôme et d'encadrement des stagiaires du Centre suisse de formation du personnel pénitentiaire, cours de méthodologie, cours d'ordinateurs, cours sur l'utilisation sensée de l'énergie, divers cours spécialisés, cours pour la lutte contre le feu et de protection civile. En outre, divers collaborateurs ont pris part à des réunions de spécialistes. Les cours internes portaient sur les domaines suivants: conseils relatifs à la pratique, cours d'ordinateurs, excursions liées au perfectionnement, conférences, réunions du personnel.

L'Association du personnel de l'Etat, section Montagne de Diesse, a organisé plusieurs réunions amicales.

Exploitation

Le foyer d'éducation ne pouvant plus être subventionné par la Confédération, sa reconnaissance en tant que foyer d'exécution a pu être cependant demandée à la suite de différentes négociations.

Le raccordement à la télévision par câble a été achevé et le téléfax installé. La transformation des bâtiments de la Maison de rééducation qui est en suspens depuis 1983 n'a toujours pas pu être réalisée.

Un nouveau dépliant sur le foyer a été élaboré et imprimé. La direction du foyer a accordé plusieurs interviews pour des journaux. 682 personnes réparties en 98 groupes ont visité le foyer, de même que le Service parlementaire de révision.

Jugendliche

Folgende Lehren wurden erfolgreich abgeschlossen: drei Schmiede, zwei Maler, zwei Maurer, zwei Gärtner, ein Koch, ein Bürolist und ein Verkäufer. Je ein Jugendlicher absolvierte mit Erfolg eine Malerlehre und eine Landschaftsgärtnerlehre. Verschiedene Jugendliche nahmen an Lehrlingswettbewerben teil. Für die Jugendlichen wurden ein Skilager in der Lenk, ein Wanderlager in Scuol sowie ein Sporttag im Heim durchgeführt. Zudem hatten sie Gelegenheit, an verschiedenen Sportanlässen teilzunehmen. Aus den fünf grossen Urlaubsaktionen mit ungefähr 150 Jugendlichen kehrten nur drei nicht zurück. Drei Protestanten wurden konfirmiert, ein Katholik gefirmt. Als Versuch fanden zwei «drogenfrei-Aktionen» statt. Beiden war ein Erfolg beschieden. Mit den Hausärzten konnte eine freiwillige Aids-Reihenuntersuchung durchgeführt werden. Abgeschlossen wurde ein Nothelferkurs mit neun Jugendlichen.

*Jugendheim Lory in Münsingen**Personal*

Ende Januar 1990 trat Herr Jakob Peter Uetz nach 16jähriger Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig von der Leitung des Jugendheimes Lory zurück. An seine Stelle wählte der Regierungsrat Frau Katharina Hiltbrunner. Auf 1. März 1990 wurde im Hinblick auf eine weitere Verbesserung des Gesundheitsdienstes eine Psychiatrisschwester eingestellt, die der Arbeit mit den Jugendlichen aus ihrer persönlichen Problematik heraus aber nicht gewachsen war und den Heimbetrieb im Herbst 1990 wieder verliess. Im Mai 1990 nahm ein Uhrmacher/Erzieher die Tätigkeit im Heim auf und brachte die gut eingerichtete Antik-Uhrmacherei bereits nach wenigen Monaten neu in Schwung. Aufgrund vermehrter Aufnahmen von Jugendlichen in der zweiten Jahreshälfte mussten alle vakanten Stellen wieder besetzt werden.

Jugendliche

Vermehrt wurden im Berichtsjahr sehr junge Drogenabhängige zur Aufnahme angemeldet, um sie im Sinne einer Schutzmassnahme vor ihrem Ruin auf der Gasse zu bewahren. Diese zeigten sich zu keiner Therapie bereit, waren aber auch nicht willens, etwas an ihrer Lebensweise zu ändern. Es handelte sich um junge Frauen, die voller Ablehnung ins Heim eintraten, in jeder Hinsicht uneinsichtig und zudem in schlechter körperlicher Verfassung waren (Gelbsucht/Aids). Der Gesundheitsdienst war deshalb mehr und mehr gefragt. Sieben Jugendliche schlossen die Lehre als Hauswirtschaftliche Angestellte erfolgreich ab. Vom Übergangsheim (Stöckli) aus absolvierte eine Jugendliche in Bern die Lehre als Bijouterieverkäuferin.

Betrieb

Die im Bürobereich realisierten Verbesserungen – bauliche Anpassung, neue Möblierung, Einrichtung einer PC-Anlage – brachten einerseits Erleichterungen, andererseits hemmten sie über längere Zeit ein effizientes Arbeiten. Die Schaffung der Krankenabteilung wurde bewilligt und die Bauplanung in Angriff genommen. Künstlerisches Schaffen wurde als weiteres Angebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Jugendliche ins Programm aufgenommen: im Frühling 1990 eine Woche Edelsteinschleifen mit einem Fachmann von aussen, im Sommer 1990 eine Woche Gestalten mit Schwemmholz, das aus dem Brienersee gefischt wurde, unter Anleitung von Herrn Max Roth, Bildhauer.

Adolescents

Trois forgerons, deux peintres, deux maçons, deux jardiniers, un cuisinier, un employé de bureau et un vendeur ont réussi leur examen de fin d'apprentissage. Un adolescent a terminé avec succès sa formation élémentaire de maçon et un autre celle de jardinier paysagiste. Plusieurs adolescents ont participé à des concours organisés pour les apprentis. Un camp de ski à la Lenk, un camp de randonnée à Scuol et une journée sportive à Prêles ont été organisés pour les jeunes. Ils ont eu en outre la possibilité de participer à plusieurs manifestations sportives. Seuls trois des 150 adolescents ayant profité des cinq campagnes de congé ne sont pas revenus.

Trois protestants ont été confirmés et un catholique communié. Deux opérations «sans drogue» ont été organisées à titre d'essai et se sont soldées par un succès. Une série d'exams facultatifs de dépistage du sida a été organisée avec la collaboration des médecins du foyer. Un cours de premier secours a été organisé avec neuf adolescents.

*Foyer pour jeunes «Lory» à Münsingen**Personnel*

Pour des raisons de santé, Monsieur Jakob Peter Uetz a démissionné prématurément de son poste de directeur du foyer, après 16 ans de service. Le Conseil-exécutif a nommé Madame Katharina Hiltbrunner comme nouvelle directrice. Dans le but d'améliorer le service sanitaire, une infirmière en psychiatrie a été engagée pour le 1^{er} mars 1990; elle a cependant quitté le foyer en automne 1990, car elle n'a pas été à la hauteur de sa tâche étant donné les difficultés qu'elle a eues avec les adolescentes. En mai 1990, un horloger/éducateur est entré en fonction et, au bout de quelques mois seulement, il a réussi à redonner un nouvel essor à l'atelier d'horlogerie antique qui est bien équipé. Compte tenu du nombre accru d'entrées d'adolescentes, il a fallu à nouveau occuper tous les postes vacants.

Adolescentes

Au cours de l'exercice, un nombre croissant de jeunes toxicomanes ont été placées dans le foyer, à titre de mesure de protection afin de les préserver de la déchéance qui les menace si elles restent dans la rue. Elles n'étaient pas disposées à suivre un traitement thérapeutique et ne voulaient pas non plus changer quoi que ce soit à leur mode de vie. Ces jeunes femmes entraînaient pleines d'aversion contre le foyer, incompréhensives sous tous les rapports et en plus en mauvaise condition physique (jaunisse/sida). Le service sanitaire a été mis de plus en plus à contribution. Sept adolescentes ont réussi l'examen d'employée de maison. Une adolescente se trouvant au foyer de semi-liberté (Stockli) a terminé son apprentissage de vendeuse en bijouterie.

Exploitation

Les améliorations apportées dans le domaine du bureau – adaptation au niveau de la construction, nouveau mobilier, installation d'un ordinateur personnel – ont apporté d'une part des allègements mais ont entravé d'autre part pendant un laps de temps assez long le déroulement efficace des travaux. La création d'un service pour les malades a été autorisée et la planification de la construction a débuté. La création artistique pour les collaboratrices, les collaborateurs et les adolescentes a été mise à notre programme: une semaine consacrée à la taille de pierres précieuses a été organisée au printemps 1990 avec un spécialiste externe et une semaine en été 1990 pour le façonnage des bois charriés repêchés dans le lac de Brienz sous la direction du sculpteur Max Roth.

2.2 Abteilung Vollzug von Strafen und Massnahmen

2.2.1 Personal

Am 1. April 1990 ist Herr Christian Margot als neuer Adjunkt zu uns gestossen. Im Mai hat unsere Abteilung eine neue Aufgabe übernommen, nämlich die Behandlung der Begnadigungsgesuche. Dafür wurde uns eine halbe Sekretärinnenstelle zugeteilt, weshalb der Personalbestand nun 16½ Stellen beträgt, davon 10 Männer und 7 Frauen. Mehrere unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben vom kantonalen Personalamt organisierte Weiterbildungskurse besucht. Die Einführung der GLAZ am 1. Januar 1990 ist von allen sehr begrüsst worden. Diese Art der Zeiterfassung entspricht den heutigen Anforderungen.

2.2.2 Überstellung von Verurteilten

Die Vereinbarung betreffend die Überstellung von Verurteilten, die von der Schweiz am 1. Mai 1988 ratifiziert worden ist, hat bis heute noch nicht die erwarteten Auswirkungen gezeigt. Obschon das Hauptziel dieser Vereinbarung die Vereinfachung der Rückführung der verurteilten Ausländer in ihr Heimatland ist, damit sie dort ihre Strafen verbüssen können und zudem im eigenen Milieu die günstigsten Voraussetzungen zur Wiedereingliederung haben, wurden nur wenige Gesuche gestellt. Andererseits haben mehrere Verfahren aus verschiedenen Gründen nicht zum Ziel geführt. Man beachte, dass diese Situation für alle Kantone die gleiche ist.

	1990	1989
Überstellungsgesuche von im Ausland verurteilten schweizerischen Staatsbürgern (Kanton Bern)	-	2
Überstellungsgesuche von in der Schweiz verurteilten ausländischen Staatsbürgern (Kanton Bern)	3	4

2.2.3 Kurzstrafen, die unter den Regimes des Normalvollzugs, der Halbgefängenschaft und des tageweisen Vollzugs verbüsst worden sind

Gemäss Wortlaut der Verordnungen zum Schweizerischen Strafgesetzbuch (VStGB) 1 und 3 sind Kurzstrafen diejenigen Freiheitsstrafen, deren Dauer sechs Monate nicht übersteigt. Wenn überdies auch noch die bedingte Entlassung (Art. 38 StGB) einbezogen wird, ist die effektive Dauer der Kurzstrafe im allgemeinen nicht länger als vier Monate. Die grosse Mehrzahl der Kurzstrafen werden in einer der Erleichterungsformen, d. h. unter dem Regime der Halbgefängenschaft oder des tageweisen Vollzugs verbüsst.

Seit der Einführung vor fast 20 Jahren hat die Anwendung dieser Vollzugsformen an Zahl immer mehr zugenommen, so dass sich die Fälle von Halbgefängenschaft im Verlauf der letzten Jahre praktisch verdoppelt haben.

Am 1. Mai 1990 ist die Änderung der VStGB 3 in Kraft getreten, die vorsieht, dass die Kantone unter bestimmten Voraussetzungen die Gemeinnützige Arbeit (GA) einführen können. Die GA ist eine Arbeitsleistung zugunsten der Allgemeinheit und soll als Alternative zur Verbüsung von Freiheitsstrafen bis zu einer Dauer von höchstens 30 Tagen gelten. Diese neue Vollzugsform geht direkt auf Vorstösse des Kantons Bern in den Jahren 1983/1985 zurück. Die Polizeidirektion hat unter Mitwirkung der Vereinigung der Regierungsstatthalter schon die nötigen Schritte zur Einführung der GA eingeleitet. Aufgrund der fortgeschrittenen Vorbereitungsarbeiten konnte sie dem Bundesamt für Justiz bereits im November 1990 das formelle Gesuch zur Einführung der Gemeinnützigen Arbeit als neue

2.2. Service de l'exécution des peines et mesures (SEPEM)

2.2.1 Personnel

Le 1^{er} avril 1990, M. Christian Margot est entré en fonction en tant qu'adjoint. Appelé à assumer une nouvelle tâche depuis le mois de mai, à savoir le traitement des recours en grâce, le Service s'est vu attribuer un demi-poste de secrétaire supplémentaire, ce qui porte l'effectif du personnel à 16½, dont 10 hommes et 7 femmes. Plusieurs d'entre eux ont suivi des cours de perfectionnement professionnels organisés par l'Office cantonal du personnel. L'instauration, le 1^{er} janvier 1990, de l'horaire de travail mobile a été très appréciée de chacun. Ce mode d'enregistrement et de contrôle satisfait pleinement les exigences de notre temps.

2.2.2 Transfèrement des personnes condamnées

La Convention sur le transfèrement des personnes condamnées, ratifiée par la Suisse le 1^{er} mai 1988, n'a, jusqu'à présent, pas déployé les effets qu'on en attendait. Quand bien même l'objectif principal de ladite convention est celui de faciliter le rapatriement des condamnés étrangers dans leur pays d'origine afin d'y subir leurs peines et, ainsi, de favoriser les meilleures chances de réinsertion dans un milieu qui est le leur, rares ont été ceux qui en ont formulé la demande. D'autre part, plusieurs procédures, pour des raisons diverses, n'ont pas abouti. On observe que cette situation est la même pour l'ensemble des cantons.

	1990	1989
Demande de transfèrement de personnes de nationalité suisse condamnées à l'étranger (canton de Berne)	-	2
Demande de transfèrement de personnes de nationalité étrangère condamnées en Suisse (canton de Berne)	3	4

2.2.3 Courtes peines exécutées en régime normal, en régime de semi-détention et par journées séparées

A teneur notamment des ordonnances 1 et 3 relatives au Code pénal suisse (OCP), la définition de courtes peines privatives de liberté s'étend à celles dont la durée ne dépasse pas six mois. Compte tenu cependant de la libération conditionnelle (art. 38 CPS), la durée effective d'une courte peine n'est généralement pas supérieure à quatre mois. Dans leur grande majorité, les courtes peines sont exécutées en régime de semi-détention ou par journées séparées, appelés communément «régimes d'exécution facilités».

Depuis leur introduction il y a près de 20 ans, ces formes d'exécution ont subi une évolution de plus en plus croissante. C'est ainsi qu'au cours de ces dernières années, l'application de la semi-détention a pratiquement doublé.

Entrée en vigueur le 1^{er} mai 1990, l'OCP 3 modifiée prévoit notamment que les cantons peuvent, à certaines conditions, envisager le travail d'intérêt général, c'est-à-dire un travail en faveur de la collectivité comme méthode d'exécution alternative à des peines privatives de liberté d'une durée de 30 jours au plus. Ces nouvelles dispositions allant directement dans le sens d'initiatives développées il y a un certain temps déjà au plan cantonal bernois, la Direction de la police, avec le concours de l'Association des préfets, a aussitôt entrepris les travaux préparatoires nécessaires à l'introduction, dans le canton de Berne, du travail d'intérêt général. C'est ainsi qu'en novembre 1990, la Direction de la police a saisi la Division fédérale de la justice d'une demande formelle d'autorisation ainsi

Vollzugsform im Kanton Bern einreichen. Die Antwort der Bundesbehörde sollte demnächst eintreffen. Der ausgearbeitete Entwurf einer Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen in der Form der Gemeinnützigen Arbeit wird alsdann einem Vernehmlassungsverfahren unterzogen und anschliessend dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet. Die Einführung dieser neuen Vollzugsform ist im Verlauf des Sommers 1991 vorgesehen.

Die *Zahl der Personen*, die eine oder mehrere kurze Freiheitsstrafen in den Regional- bzw. Bezirksgefängnissen verbüsst haben, beläuft sich auf 1189 (1481).

¹ Diese letztjährigen Zahlen beinhalten nicht diejenigen Kurzstrafen, die unter dem Regime des Normalvollzugs verbüsst worden sind.

<i>Normalvollzug</i>	437	(666)
<i>Halbgefängenschaft</i>		
Strafen bis zu 1 Monat	447	(499)
Strafen von 1 bis 3 Monaten	244	(256)
Strafen von 3 bis 6 Monaten	51	(46)
Aufhebung wegen Verstössen oder Missbrauchs	15	(17)
Bedingte Entlassung bei Strafen über 3 Monate	32	(28)

Der *tageweise Vollzug* wurde in 10 (14) Fällen angewandt
Alle Regimes von Kurzstrafen zusammengefasst
 wurden 1990 33 867 (36 493) Tage Freiheitsentzug verbüsst.

2.2.4 Straf- und Massnahmenvollzug

Im Verlauf des vergangenen Jahres ist die durchschnittliche Belegung sowohl in den bernischen Straf- und Massnahmenvollzugsanstalten als auch in denjenigen der übrigen Kantone des Konkordats für das Strafvollzugswesen der Nordwest- und Innerschweiz im allgemeinen stabil geblieben. Im Mittel niedriger waren nur die Belegungen der halboffenen Anstalten, die grundsätzlich für die erstmals Verurteilten reserviert sind. Deshalb bot die Plazierung von Verurteilten oder Personen, die ein Urteil erwarteten (vorzeitiger Straf- oder Massnahmenantritt) keine besonderen Schwierigkeiten. Dagegen ergaben sich bei den zahlenmässig im Zunehmen begriffenen Verurteilten, die zur Verbüsung einer Strafe im Normalvollzug oder einer stationären Massnahme aufgeboden waren und die sich – während sie noch in Freiheit weilten oder zur Zeit ihrer Verhaftung – im Rahmen einer Methadonkur (Methadon ist ein Drogenersatzmittel) in ärztlicher Behandlung befanden, für die Vollzugsorgane fortwährend ernsthafte Probleme. Bis heute hat man sich in den Regional- und Bezirksgefängnissen um diese Kategorie von Verurteilten gekümmert, sei es über ein Methadonentzugsprogramm von mehr oder weniger langer Dauer oder über eine weitere Methadonbehandlung. Es darf aber nicht verkannt werden, dass sowohl Struktur als auch Aufnahmekapazität dieser Gefängnisse anderen Zwecken zugedacht sind, nämlich der Unterbringung von Untersuchungshäftlingen und dem Vollzug von Kurzstrafen im Normalvollzug oder in der Form der Halbgefängenschaft. Zudem kennen die 27 Regionalgefängnisse bereits seit einiger Zeit so hohe durchschnittliche Belegungszahlen, dass man sich in naher Zukunft entschliessen muss, in den Strafanstalten selbst ein klares Konzept einzuführen, das es erlaubt, sich dort um diese Kategorie von Verurteilten zu kümmern.

Strafen

Vorzeitiger Strafantritt	84	(100)
Anordnung der Halfreiheit	52 ¹	(48) ¹
Aufhebung der Halfreiheit wegen Verstössen oder Missbrauchs	11	(8)
Durchschnittliche Vollzugsdauer der Halfreiheit (in Monaten)	4,3	(5)

que d'un projet d'ordonnance en vue de l'application, dans les meilleurs délais, de cette nouvelle forme d'exécution. Une réponse à cette demande devrait intervenir incessamment. Le projet d'ordonnance sera ensuite soumis à une procédure de consultation puis à l'approbation du Conseil-exécutif. L'application de cette nouvelle forme d'exécution de peine est envisagée dans le courant de l'été 1991.

Au cours de l'année écoulée, le nombre *des personnes* ayant exécuté une ou plusieurs courtes peines privatives de liberté dans les Prisons régionales resp. de district s'élève à 1189 (1481¹).

¹ Les précédentes données ne comprenaient pas les courtes peines subies en régime ordinaire.

<i>Régime ordinaire</i>	437	(666)
<i>Semi-détention</i>		
Peines jusqu'à 1 mois	447	(499)
Peines de 1 à 3 mois	244	(256)
Peines de 3 à 6 mois	51	(46)
Suppression du régime à la suite de manquements ou d'abus	15	(17)
Libération conditionnelle pour des peines de plus de 3 mois	32	(28)

L'exécution *par journées séparées* a été appliquée dans 10 (14) cas.
 L'ensemble des *courtes peines* subies en 1990, tous régimes confondus, correspond à 33 867 (36 493) journées de détention.

2.2.4 Exécution des peines et mesures

Au cours de l'année écoulée, le taux d'occupation des établissements de peines et mesures bernois ainsi que ceux que comptent les autres cantons du Concordat du Nord-ouest et de la Suisse centrale est généralement demeuré stable, voire inférieur à la moyenne en ce qui concerne les établissements semi-ouverts réservés en principe aux condamnés primaires. Aussi le placement des personnes condamnées ou celles qui sont dans l'attente d'un jugement (début anticipé de peines et mesures) n'a-t-il pas posé de problèmes particuliers. Par contre, les condamnés, en nombre de plus en plus croissant, appelés à subir une peine en régime ordinaire ou une mesure stationnaire qui – alors qu'ils sont encore en liberté ou lors de leur arrestation – se trouvent être en traitement dans le cadre d'un programme de Méthadone (produit de substitution de la drogue) continuent à poser de sérieux problèmes aux organes d'exécution. Jusqu'à présent, les prisons régionales et de district ont assumé la prise en charge de cette catégorie de condamnés, soit par la mise en œuvre d'un programme de sevrage de plus ou moins longue durée ou celui consistant à poursuivre le traitement. Au demeurant, les structures et la capacité d'accueil des prisons sont avant tout réservées à d'autres fins (détention préventive, exécution des courtes peines en régime ordinaire ou sous forme de semi-détention). D'autre part, les 27 prisons régionales et de district bernoises connaissent, depuis un certain temps déjà, un taux d'occupation tel qu'il faudra bien se résoudre, à plus ou moins brève échéance, à instaurer dans les établissements pénitentiaires mêmes un concept bien défini permettant la prise en charge de cette catégorie de condamnés.

Peines

Début anticipé de peine	84	(100)
Application du régime de semi-liberté	52 ¹	(48) ¹
Suppression du régime de semi-liberté à la suite de manquements ou d'abus	11	(8)
Moyenne de la durée de l'application du régime de semi-liberté (en mois)	4,3	(5)

¹ Aus anderen Kantonen übernommene Inhaftierte sind nicht berücksichtigt.

Aufgrund von Artikel 38 StGB erlassene Verfügungen	Total 370	(296)
Bedingte Entlassung; Normalvollzug	163	(145)
Bedingte Entlassung; Halbgefängenschaft	32	(28)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer Massnahme der ambulanten Behandlung	22	(26)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer vollzogenen Massnahme der Landesverweisung	32	(27)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer Aufschiebung der Landesverweisung	1	(2)
Rückversetzung nach bedingter Entlassung	42	(39)
Verzicht auf Widerruf der bedingten Entlassung	51 ¹	(28)
Rückversetzung nach bedingter Entlassung, begleitet von einer Aufschiebung des Strafvollzugs	11	(15)
Andere Verfügungen Art. 38 StGB (Einsprache, Ablehnung, Änderung, Wiedererwägung, Verzicht, Verlängerung der Probezeit, Ablehnung/Vollzug der gerichtlich ausgesprochenen Landesverweisung)	16	(14)

¹ Bezieht sich auf die drei Monate nicht übersteigenden Freiheitsstrafen, die für während der Probezeit begangene Delikte ausgesprochen wurden (Art. 38 Ziff. 4 StGB). In etlichen Fällen wurde eine «förmliche Mahnung» erteilt.

Massnahmen

Im vergangenen Jahr wurden gestützt auf Artikel 43 und 44 StGB 347 (341) Verfügungen im Bereich stationärer und ambulanter Massnahmen erlassen.

Massnahmen der stationären Behandlung

Vorzeitiger Antritt der Massnahme (Art. 123/2 StGB)	38	(42)
Einweisungen in psychiatrische Kliniken (Art. 43 StGB)	4	(7)
Einweisungen in die Verwahranstalt Thorberg (Art. 43 StGB)	2	(2)
Einweisungen in Massnahmenvollzugsanstalt St. Johannsen Art. 43 StGB	12	(5)
Art. 44/1 StGB	2	(7)
Art. 44/6 StGB	18	(12)
Einweisungen in die Anstalten in Hindelbank Art. 44/1 StGB	–	(1)
Art. 44/6 StGB	4	(1)
Einweisungen in 2 Trinkerheilstalten (privatrechtliche Institutionen) (Art. 44/1 StGB)	6	(5)
Einweisungen in 16 Behandlungszentren für Rauschgiftsüchtige (privatrechtliche Institutionen) (Art. 44/6 StGB)	58	(55)
Wohn- und Arbeitsexternat (Art. 3 VStGB 3)	7	(15)
Wohn- und Arbeitsexternat	1	(6)
Bedingte Entlassungen Art. 44/1 StGB	10	(9)
Art. 44/6 StGB	18	(13)
Rückversetzung nach bedingter Entlassung (Art. 44 StGB)	2	(3)
Probeweise Entlassung	5	(4)
Rückversetzung nach probeweiser Entlassung	–	(1)
Abbruch der Massnahme (Art. 44 StGB)	14	(16)
Einspruch gegen den Abbruch der Massnahme	–	(1)
Aufhebung der Massnahme (Art. 43 StGB)	7	(2)

Massnahmen der ambulanten Behandlung

Anordnung der Behandlung	128	(129)
Definitive Aufhebung der Massnahme	43	(52)
Abbruch der Massnahme	9	(7)
Andere Verfügungen	1	(4)

Verwahrungsmassnahmen (Art. 42/100^{bis} StGB)

Die Berner Gerichte haben 1990 3 (4) Verwahrungsmassnahmen gegen Gewohnheitsverbrecher (Art. 42 StGB) und 3 (4) Massnahmen gegen junge Erwachsene (Arbeitserziehungsanstalt (100^{bis} StGB) angeordnet.

¹ Les condamnés «pensionnaires» d'autres cantons ne sont pas pris en compte.

Décisions prononcées en vertu de l'article 38 CPS	Total 370	(296)
Libération conditionnelle; exécution normale	163	(145)
Libération conditionnelle; semi-détention	32	(28)
Libération conditionnelle; assortie d'une mesure de traitement ambulatoire	22	(26)
Libération conditionnelle; assortie d'une mesure d'expulsion mise à exécution	32	(27)
Libération conditionnelle; assortie d'une suspension de l'expulsion	1	(2)
Révocation de la libération conditionnelle	42	(39)
Renoncement à la révocation de la libération conditionnelle	51 ¹	(28)
Révocation de la libération conditionnelle assortie d'une suspension de l'exécution de la peine	11	(15)
Autres décisions article 38 CPS (opposition, refus, modification, report, levée, reprise en considération, renoncement, prolongation du délai d'épreuve, refus/exécution de la mesure d'expulsion judiciaire)	16	(14)

¹ La peine privative de liberté prononcée pour des infractions commises pendant le délai d'épreuve n'excédait pas trois mois (art. 38, ch. 4 CPS). A plusieurs reprises, un avertissement formel a été donné.

Mesures

Durant l'année écoulée, ce sont 347 (341) ordonnances et décisions qui ont été rendues en matière d'application des mesures stationnaires et ambulatoires prononcées en vertu des articles 43 et 44 CPS.

Mesures de traitements stationnaires

Début anticipé de la mesure (art. 123/2 CPP)	38	(42)
Placement en milieu psychiatrique (art. 43 CPS)	4	(7)
Placement aux Etablissements d'internement de Thorberg (art. 43 CPS)	2	(2)
Placement aux Etablissements de mesures de Saint-Jean article 43 CPS	12	(5)
article 44/1 CPS	2	(7)
article 44/6 CPS	18	(12)
Placement aux Etablissements de Hindelbank article 44/1 CPS	–	(1)
article 44/6 CPS	4	(1)
Placement dans 2 maisons de cure pour alcooliques (institutions de droit privé) (article 44/1 CPS)	6	(5)
Placement dans 16 centres de traitement pour toxicomanes (institutions de droit privé) (article 44/6 CPS)	58	(55)
Logement et travail externes (art. 3 OCP 3)	7	(15)
Logement et travail externes suppression	1	(6)
Libération conditionnelle article 44/1 CPS	10	(9)
article 44/6 CPS	18	(13)
Réintégration libération conditionnelle (art. 44 CPS)	2	(3)
Libération à l'essai	5	(4)
Réintégration libération à l'essai	–	(1)
Suppression de la mesure (art. 44 CPS)	14	(16)
Opposition à suppression de la mesure	–	(1)
Levée de mesures (art. 43 CPS)	7	(2)

Mesures de traitements ambulatoires

Application d'un traitement	128	(129)
Levée définitive de la mesure	43	(52)
Suppression de la mesure	9	(7)
Autres décisions	1	(4)

Mesures d'internement (art. 42/100^{bis} CPS)

En 1990, les tribunaux bernois ont prononcé 3 (4) mesures d'internement à l'égard de délinquants d'habitude (art. 42 CPS) et 3 mesures (4) concernant des jeunes adultes (maison d'éducation au travail 100^{bis} CPS).

Im Zusammenhang mit diesen beiden letzten Massnahmenkategorien erlassene Verfügungen:

Art. 42 StGB		
Bedingte Entlassung	–	(4)
Rückversetzung	4	(6)
Art. 100 ^{bis} StGB		
Bedingte Entlassung	4	(1)
Verzicht auf Rückversetzung	–	(1)
Prüfung der probeweisen Entlassung von Amtes wegen (Art. 38, 43/45 StGB)	61	(40)
Unterbrechung des Vollzugs von Strafen und Massnahmen (Art. 40 StGB/Art. 17 StVVO)		
– aus medizinischen Gründen	5	
– aus anderen Gründen	2	

Im gesamten gesehen zeigen die obigen Zahlen im Vergleich zum Vorjahr eine gewisse Stabilität im Straf- und Massnahmenvollzugswesen.

2.2.5 *Strafvollzug an militärgerichtlich Verurteilten*

Vollzug in Halbgefängenschaft		
– Strafen bis 1 Monat	6	(9)
– Strafen bis 6 Monate	38	(36)
Normalvollzug		
– St. Johannsen	11	(9)
– Witzwil	10	(9)
Bedingte Entlassung		
– Halbgefängenschaft	16	(27)
– Normalvollzug	18	(9)

2.2.6 *Bewachungsstation Inselspital*

Diese Institution, die aus zwei verschiedenen Sektoren zusammengesetzt ist – Medizin und Bewachung –, welche eng zusammenarbeiten, hat für die Organe des Straf- und Massnahmenvollzugs nach wie vor wertvolle Dienste geleistet; dies nicht nur für den eigenen Kanton, sondern für die Gesamtheit der drei Konkordate.

Vollzug von Kurzstrafen	–	(1)
Hospitalisation (einschliesslich Untersuchungshäftlinge)	230	(245)
Behandlungen		
– hospitalisierte Inhaftierte	654	(639)
– Untersuchungen/ambulante Behandlungen	979	(859)

2.2.7 *Interkantonales Konkordat vom 23. Juni 1944 über die Kosten des Strafvollzugs*

1990 wurden 23 (40) Fälle mit 10 (13) Kantonen behandelt. Das Prinzip der Aufteilung der Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs zwischen den Urteilkantonen, den Wohnsitz- sowie Heimatkantonen nach einem klar definierten Schlüssel besteht bereits seit rund einem halben Jahrhundert und ist nach den verschiedenen Entwicklungen auf diesem Gebiet dem heutigen Stand ganz offensichtlich nicht mehr angepasst; dies um so mehr, als auch in der Gesetzgebung der Kantone und des Bundes Änderungen eingetreten sind. Nachdem die Revision dieses Konkordats ebenfalls zu nichts geführt hat, ist der Kanton Bern dem Beispiel mehrerer anderer Kantone gefolgt und hat mit Wirkung ab 1. Januar 1992 den Austritt aus dem Konkordat erklärt (Entscheid des Grossen Rates vom 13. 6. 1990). Die Polizeidirektion bzw. das zuständige fürsorgepflichtige bernische Gemeinwesen wird daher ab diesem Datum gemäss Artikel 83 Ziffer 1 und 2 der Strafvollzugsverord-

Les décisions prises en rapport avec ces deux dernières catégories de mesures ont été les suivantes:

Article 42 CPS		
Libération conditionnelle	–	(4)
Réintégration	4	(6)
Article 100 ^{bis} CPS		
Libération conditionnelle	4	(1)
Renoncement à réintégration	–	(1)
Examen d'office de la libération conditionnelle et à l'essai (art. 38, 43/45 CPS)	61	(40)
Interruption de peines et mesures (art. 40 CPS/17 OEP)		
– pour des motifs d'ordre médical	5	
– divers	2	

Les données statistiques qui précèdent montrent, dans leur ensemble, comparativement à l'année précédente, une certaine stabilité du domaine de l'exécution des peines et mesures, notamment du point de vue quantitatif.

2.2.5 *Exécution des peines prononcées par les tribunaux militaires*

Exécution semi-détention		
– peines allant jusqu'à 1 mois	6	(9)
– peines allant jusqu'à 6 mois	38	(36)
Exécution normale		
– Saint-Jean	11	(9)
– Witzwil	10	(9)
Libération conditionnelle		
– semi-détention	16	(27)
– exécution normale	18	(9)

2.2.6 *Division cellulaire de l'Hôpital de l'Ile*

Cette division, qui se compose de deux secteurs distincts – médecine et surveillance – travaillant en étroite collaboration, continue à rendre de précieux services aux organes d'exécution des peines et mesures, non seulement au plan cantonal mais à l'ensemble des trois concordats.

Exécution de peines de courte durée	–	(1)
Hospitalisation (y compris les personnes détenues en préventive)	230	(245)
Consultations		
– détenus hospitalisés	654	(639)
– examens/soins ambulatoires	979	(859)

2.2.7 *Concordat intercantonal du 23 juin 1944 concernant les frais d'exécution des peines et mesures*

En 1990, ce sont 23 (40) cas qui ont été traités avec 10 (13) cantons.

Le principe de la répartition des frais d'exécution de peines et mesures entre les cantons de jugement, de domicile et d'origine selon une clé définie il y a plus d'un demi-siècle n'est manifestement plus adapté aux divers développements intervenus dans ce domaine, notamment en ce qui concerne plusieurs modifications en matière de législation cantonale et fédérale. Aussi, la révision dudit concordat n'ayant pas abouti, le canton de Berne, à l'instar de plusieurs autres cantons concordataires, a dénoncé son adhésion au concordat avec effet au 1^{er} janvier 1992 (décision prise le 13 juin 1990 par le Grand Conseil bernois). Ainsi, à compter de cette date, la Direction de la police resp. l'autorité d'assistance bernoise compétente prendra en charge les frais d'exécution des peines et mesures prononcées exclusivement par des tribunaux bernois, ceci à teneur des dis-

nung vom 28. Mai 1986 nur noch die Kosten der von bernischen Gerichten ausgesprochenen Freiheitsstrafen und strafrechtlichen Massnahmen tragen müssen.

positions de l'article 83, chiffres 1 et 2, de l'Ordonnance sur l'exécution des peines du 28 mai 1986.

2.2.8 *Begnädigungsgesuche*

Am 15. Mai 1990 übernahm die Abteilung Vollzug von Strafen und Massnahmen die Begnadigungsgeschäfte zur Vorbereitung und zur Antragstellung an den Grosse Rat. Bis Ende des Jahres war es möglich, die 40 hängigen und einige neueingetroffene Gesuche zur Antragsreife zu bringen. Diese werden nun dem Grosse Rat in Zehnerpaketen unterbreitet.

2.2.8 *Recours en grâce*

Le 15 mai 1990, le Service de l'exécution des peines et mesures a repris les affaires de recours en grâce (élaboration des rapports et propositions destinés au Grand Conseil). 40 recours en suspens ainsi que quelques nouvelles demandes ont été traités. Ceux-ci sont soumis au Grand Conseil par tranches de 10.

<i>Eingereichte Begnadigungsgesuche</i>	33	(73)
<i>Erledigte Begnadigungsgesuche</i>		
– durch den Grosse Rat behandelt	24	(45)
– durch den Regierungsrat behandelt	1	(–)
– zurückgezogen	3	(2)
– zurückgestellt	1	(24)
– Tod	1	(–)
– abgeschrieben	6	(2)
<i>Der Grosse Rat behandelte:</i>		
– Bussenerlassgesuche	3	(3)
entsprochen	3	(1)
abgewiesen	–	(2)
– Straferlassgesuche	21	(42)
entsprochen	–	(2)
bedingt/teilweise entsprochen	5	(5)
abgewiesen	16	(35)
– Widerruf der bedingten Begnadigung	–	(2)
– Nicht-Widerruf der bedingten Begnadigung	1	(1)
<i>Der Regierungsrat behandelte:</i>		
– Bussenerlassgesuch	1	(–)
entsprochen	1	(–)

<i>Recours en grâce présentés par des condamnés ou leurs mandataires</i>	33	(73)
<i>Recours en grâce traités</i>		
– soumis au Grand Conseil	24	(45)
– soumis au Conseil-exécutif	1	(–)
– retirés	3	(2)
– reportés	1	(24)
– liquidés à la suite de décès du recourant	1	(–)
– éliminés	6	(2)
<i>Le Grand Conseil a statué sur:</i>		
– demandes de remise d'amendes	3	(3)
accordées	3	(1)
rejetées	–	(2)
– demande de remise de peines	21	(42)
accordées	–	(2)
partiellement accordées/sursis	5	(5)
rejetées	16	(35)
– révocation de la grâce conditionnelle	–	(2)
– non-révocation de la grâce conditionnelle	1	(1)
<i>Le Conseil-exécutif a statué sur:</i>		
– Demande de remise d'amende	1	(–)
accordée	1	(–)

2.2.9 *Strafregister*

<i>Eintragungen ins Strafregister</i>		
– auf Bundesebene	28 823	(29 410)
– kantonal	53 289	(53 484)
– Straf- und Massnahmenvollzugaufträge	1 379	(1 384)
– andere Eintragungen technischer Art, die sich auf den Straf- und Massnahmenvollzug beziehen	16 396	(15 740)
Total	98 508	(100 018)
<i>Auszüge aus dem Strafregister für:</i>		
– Gerichtsbehörden oder kantonale Verwaltungen	39 592	(38 017)
– die Ausstellung von Lehrfahrausweisen	31 199	(32 349)
– Führerausweisentzugsverfahren	8 675	(9 255)
– Privatpersonen	593	(536)
Total	80 059	(80 157)

2.2.9 *Casier judiciaire*

<i>Inscriptions au casier judiciaire</i>		
– fédérales	28 823	(29 410)
– cantonales	53 289	(53 484)
– ordres d'exécution de peines et mesures	1 379	(1 384)
– autres inscriptions d'ordre technique se rapportant à l'exécution de peines et mesures	16 396	(15 740)
Total	98 508	(100 018)
<i>Extraits de casier judiciaire destinés à:</i>		
– des autorités judiciaires ou administrations cantonales	39 592	(38 017)
– l'octroi du permis d'élèves conducteurs	31 199	(32 349)
– des procédures de retraits de permis	8 675	(9 255)
– des personnes privées	593	(536)
Total	80 059	(80 157)

2.3 *Fremdenpolizei*

Entwicklung des Ausländerbestandes von 1986 bis 1990 (Erhebung per Ende Dezember ohne Saisonarbeitskräfte und Grenzgänger):

1986	70 059
1987	72 168
1988	74 904
1989	78 061
1990	84 987

2.3 *Police des étrangers*

Evolution de l'effectif des étrangers de 1986 à 1990. (Recensement de fin décembre sans les travailleurs saisonniers ni les frontaliers.)

1986	70 059
1987	72 168
1988	74 904
1989	78 061
1990	84 987

Zahlen im Vergleich Dezember 1989/1990

	Nichterwerbstätige			Erwerbstätige		
	1989	1990	%	1989	1990	%
Jahresaufenthalter Niederlasser	21 473	23 412	+9,0	14 977	16 046	+7,1
	56 588	61 575	+8,8	35 954	39 110	+8,8
Total	78 061	84 987	+8,9	50 931	55 156	+8,3
Erteilte Bewilligungen (inkl. Verlängerungen)						
				1989	1990	
- Zusicherungen und Einreisebewilligungen				19 427	24 434	
- Aufenthaltsbewilligungen				40 959	45 919	
- Niederlassungsbewilligungen				19 927	28 037	
- Stellenantritts- und Stellenwechselbewilligungen				3 942	4 304	
- Provisorische Stellenantrittsbewilligungen für Asylbewerber				4 289	6 449	
- Grenzgängerbewilligungen				1 632	1 650	
Total				90 176	110 793	
1989 1990						
<i>Umwandlung von Saison- und Ganzjahresbewilligungen</i>				1223	1598	
<i>Anträge auf Einreisebewilligungen an das Bundesamt für Ausländerfragen (BfA)</i>				594	745	
<i>Ablehnungen</i>				1407	1820	
- Ablehnungen durch den Kanton						
- Ablehnungsanträge an das Bundesamt für Ausländerfragen				15	34	
<i>Entfernungsmassnahmen</i>						
- Ausweisungen				3	1	
- Wegweisungen				170	205	
- Kurzfristige Wegweisungen und Ausschaffungen				327	554	
- Anträge auf Einreisesperre an das Bundesamt für Ausländerfragen für ausgereiste Personen				1094	796	
- Ausschaffungsaufträge nach Missachtung der Ausreisefrist				nicht erfasst	138	
<i>Androhungen einer Massnahme</i>						
- Androhung der Ausweisung				10	6	
<i>Behandelte Einsprachen</i>				149	51	

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch eine beträchtliche Zunahme der zu behandelnden Fälle. Die Zahl der erteilten Bewilligungen erhöhte sich gegenüber 1989 um 23 Prozent, jene der Ablehnungen und Entfernungsmassnahmen um 35 Prozent. Die Wohnsitzbevölkerung im Kanton nahm 1990 um 8,9 Prozent zu. Wegen des ausgetrockneten Arbeitsmarktes erhielten zahlreiche Arbeitskräfte Kurzaufenthaltsbewilligungen für maximal vier Monate.

Jedoch keine Entspannung zeichnet sich im Asylsektor ab. Die in unserem letzten Bericht in Aussicht gestellte Entwicklung hat sich eingestellt. 1990 wurden dem Kanton 4819 neue Asylbewerber zugewiesen, was einer Zunahme um 46 Prozent entspricht. Trotz eines dringlichen Bundesbeschlusses über das Asylverfahren hat sich bis heute noch keine Erleichterung abgezeichnet. Die Aufgaben des Kantons werden immer grösser und sind bezüglich Infrastruktur und Personal ausserordentlich problematisch. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat Ende 1989 beschlossen, alte noch hängige Asylfälle nach genau umschriebenen Kriterien fremdenpolizeilich und ausserhalb des Kontingentes als Härtefälle zu regeln. Von dieser Aktion haben 1990 1234 Personen profitiert. Die Fremdenpolizei konnte im Berichtsjahr 2734 Fälle nach Abschluss des Asylverfahrens erledigen. Hier musste in 1337 Fällen die durch das Bundesamt für Flüchtlinge verfügte Wegweisung überwacht oder sichergestellt werden.

Tableau comparatif des chiffres de décembre 1989/1990

	Population résidante			Population active		
	1989	1990	%	1989	1990	%
Etrangers à l'année sous contrôle	21 473	23 412	+9,0	14 977	16 046	+7,1
Etrangers établis	56 588	61 575	+8,8	35 954	39 110	+8,8
Total	78 061	84 987	+8,9	50 931	55 156	+8,3
Autorisations délivrées (prolongations comprises)						
				1989	1990	
- Assurances de permis de séjour et autorisations d'entrée				19 427	24 434	
- Permis de séjour				40 959	45 919	
- Permis d'établissement				19 927	28 037	
- Autorisations de prise d'emploi et de changement de place				3 942	4 304	
- Autorisations de prise d'emploi provisoire pour demandeurs d'asile				4 289	6 449	
- Permis frontaliers				1 632	1 650	
Total				90 176	110 793	
1989 1990						
<i>Transformation de permis saisonniers en permis à l'année</i>				1223	1598	
<i>Propositions d'autorisations d'entrée adressées à l'Office fédéral des étrangers (OFE)</i>				594	745	
<i>Rejets de requêtes</i>				1407	1820	
- Rejets décidés par le canton						
- Propositions de refus d'entrée adressées à l'OFE				15	34	
<i>Mesures d'éloignement</i>						
- Décisions d'expulsion				3	1	
- Décisions de renvoi				170	205	
- Décisions de départ ou refoulement à bref délai				327	554	
- Interdictions d'entrée proposées à l'OFE contre des étrangers ayant déjà quitté la Suisse				1094	796	
- Ordres de refoulement à la suite d'insoumission à une décision de renvoi				non recensé	138	
<i>Menaces de mesures d'éloignement</i>						
- Menaces d'expulsion				10	6	
<i>Oppositions traitées</i>				149	51	

L'exercice écoulé a été caractérisé par un accroissement considérable des affaires à traiter. Le total des autorisations délivrées a augmenté de 23 pour cent par rapport à 1989, celui des décisions négatives et des mesures d'éloignement de 35 pour cent. En 1990, la population étrangère résidente du canton a augmenté de 8,9 pour cent. En raison de la situation tendue sur le marché de l'emploi, un grand nombre de travailleurs ont obtenu une autorisation de courte durée limitée à quatre mois.

Mais c'est dans le domaine de l'asile que la situation ne cesse de s'aggraver. La tendance présagée dans notre dernier rapport de gestion s'est vérifiée. 4819 nouveaux requérants d'asile ont été attribués au canton en 1990, ce qui représente une augmentation de 46 pour cent. Malgré l'adoption par les Chambres d'un arrêté fédéral urgent, aucun signe à la baisse n'est pour l'instant perceptible. Les tâches du canton deviennent de plus en plus écrasantes et posent de très sérieux problèmes en infrastructures et en personnel. A fin 1989, le Département fédéral de justice et police a décidé, selon des critères et des délais bien définis, de régler les anciens cas d'asile en suspens par un règlement de police des étrangers à titre humanitaire hors contingent. 1234 personnes ont profité de cette action en 1990. Au cours de l'exercice écoulé, la police des étrangers a pu classer les dossiers de 2734 personnes après liquidation de la procédure d'asile; pour 1337 d'entre elles, elle a dû vérifier ou assurer l'exécution des décisions de renvoi prononcées par l'Office fédéral des réfugiés.

2.4 Amt für den Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

2.4.1 Zivilstandsdienst

Allgemeines

Rechtsauskünfte und die Überprüfung vorgelegter Fälle im Hinblick auf die Registrierung in den Zivilstandsregistern nehmen immer breiteren Raum ein. Bei der Behandlung von Zivilstandsfällen mit Auslandsberührung, deren Zahl ständig zunimmt, steht die Frage nach dem anwendbaren Recht und die Zulässigkeit von Optionserklärungen im Vordergrund (Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht [IPRG]). Der Ausbildungsstand der Zivilstandsbeamtinnen und der Zivilstandsbeamten gewinnt deshalb stark an Bedeutung. Die Anforderungen in Zivilstandskreisen mit einem geringen Arbeitsanfall unterscheiden sich grundsätzlich nicht von denjenigen in grösseren Ämtern.

Zivilstandsfälle im Ausland

Im Hinblick auf die Anerkennung für den schweizerischen Rechtsbereich und die Eintragung im Familienregister (Art. 32 IPRG) wurden im Berichtsjahr 5475 (6897) ausländische Entscheidungen oder Urkunden über den Zivilstand übermittelt. Bei der Prüfung im Hinblick auf die Anerkennbarkeit und der Feststellung der bürgerrechtlichen und der namensrechtlichen Wirkungen ist u. a. auch die Frage des massgeblichen Rechtes von Bedeutung. Weil ausländische Zivilstandsfälle oft erst nach Jahren oder gar Jahrzehnten gemeldet werden, sind zudem unter dem Einfluss der zurückliegenden Gesetzesänderungen im In- und Ausland verschiedene Rechtsschichten zu beachten. Detaillierte Weisungen an die Zivilstandsämter anlässlich der Eintragungsverfügung sind unumgänglich. Diese Tatsache hat in letzter Zeit zu einer spürbar stärkeren Belastung geführt.

Zivilstandsfälle in der Schweiz

Wenn für die Beurkundung ausländisches Recht anwendbar ist oder sein könnte, ist der Fall der Aufsichtsbehörde zur Kontrolle zu unterbreiten. Die Aktenprüfungen und Weisungserteilung ist heute ein wesentlicher Teil des Tätigkeitsbereiches. Allein in internationalen Eheschlussfällen waren 1790 (1826) Verkündgesuche zu überprüfen. Stark zugenommen haben die Aktenprüfungen bei Kindesanerkennungen. Einzig das Zivilstandsamt Bern konnte aufgrund seiner Leistungsfähigkeit von der Pflicht, ausnahmslos sämtliche Fälle mit Auslandsberührung vorzulegen, befreit werden.

Adoptionen dürfen nur auf Weisung der Aufsichtsbehörde in die Zivilstandsregister eingetragen werden; im Berichtsjahr wurden total 483 (438) Adoptionsfälle gemeldet. In jedem Fall sind in der Regel mehrere Zivilstandsämter betroffen.

Eheschlussbewilligungen

Seit dem 1. Januar 1989 benötigen Ausländer und Ausländerinnen nur noch in speziellen Fällen eine Bewilligung für die Eheschliessung in der Schweiz. In 45 (30) Fällen war eine Bewilligung zu erteilen, weil keines der beiden Brautleute in der Schweiz wohnhaft war (Art. 43 Abs. 2 IPRG), und in 5 (6) Fällen wurde die Eheschliessung nach den (günstigeren) Voraussetzungen des ausländischen Heimatrechtes bewilligt (Art. 44 Abs. 2 IPRG).

Namensänderungen

Es wurden 270 (303) Gesuche bewilligt und 43 (24) abgewiesen. In 16 (19) Fällen war die Verfügung ausführlich zu begründen. 8 (7) Brautleuten wurde gestattet, von der Trauung an den

2.4 Service de l'état civil et de l'indigénat

2.4.1 Service de l'état civil

Généralités

Les consultations juridiques et l'examen des affaires concernant l'enregistrement dans les registres d'état civil sont de plus en plus absorbants. Lors du traitement de cas se caractérisant par un élément d'extranéité, dont le nombre va en augmentant, la question primordiale est celle du droit applicable et de l'admissibilité de déclarations d'option (Loi fédérale sur le droit international privé [LDIP]). C'est la raison pour laquelle le niveau de formation des officiers d'état civil prend une grande importance. Les exigences auxquelles doivent faire face les arrondissements de l'état civil de moindre importance ne se différencient en principe pas de celles posées aux offices plus grands.

Faits d'état civil survenus à l'étranger

5475 (6897) décisions ou actes étrangers ont été transmis en vue d'une reconnaissance d'après le droit suisse et d'une transcription dans le registre de l'état civil (art. 32 LDIP). La question du droit applicable prend toute son importance lors de l'examen en vue de la reconnaissance et de la constatation des effets sur le droit de cité et le nom. Vu que les faits d'état civil étrangers ne sont souvent annoncés qu'après des années, voire des décennies, l'effet d'anciennes modifications de lois en Suisse et à l'étranger dans différents domaines du droit doit en plus être pris en considération. La communication d'instructions détaillées aux offices d'état civil à l'occasion de la décision de transcription est par conséquent indispensable. Ceci a occasionné une augmentation sensible de la masse de travail ces derniers temps.

Faits d'état civil survenus en Suisse

Le fait d'état civil doit être soumis à l'autorité de surveillance lorsque le droit étranger est ou pourrait être applicable pour son authentification. L'examen des dossiers et la communication d'instructions représentent une part importante de l'activité dans ce domaine. 1790 (1826) demandes de publication ont été examinées uniquement dans les cas de célébrations de mariages internationaux. Le nombre des dossiers examinés concernant les reconnaissances d'enfant a fortement augmenté. Compte tenu de sa grande capacité dans ce domaine, seul l'Office de l'état civil de Berne a pu être dispensé de soumettre à l'autorité cantonale de surveillance les cas d'état civil se caractérisant par un élément d'extranéité.

Les adoptions ne peuvent être transcrites sur les registres de l'état civil que sur instruction de l'autorité de surveillance; 483 (438) adoptions ont été annoncées au cours de l'exercice. En règle générale, plusieurs offices d'état civil ont été concernés par chaque cas.

Autorisations de célébration de mariage

Depuis le 1^{er} janvier 1989, les étrangers et étrangères n'ont besoin d'une autorisation pour célébrer leur mariage en Suisse que dans des cas spéciaux. Dans 45 (30) cas, une autorisation a dû être délivrée, parce qu'aucun des deux fiancés n'était domicilié en Suisse (art. 43, 2^e al. LDIP) et dans 5 (6) cas, le mariage a été autorisé à être conclu d'après les dispositions du droit matrimonial (le plus favorable) du pays d'origine (art. 44, 2^e al. LDIP).

Changement de nom

270 (303) changements de nom ont été accordés et 43 (24) ont été refusés. Dans 16 (19) cas, la décision a dû être motivée en détail. 8 (7) fiancés ont été autorisés à porter le nom de la

Namen der Frau als Familiennamen zu führen. Insgesamt 53 (27) Begehren wurden zurückgestellt, zurückgezogen oder abgeschrieben.

Zivilstandsämter

Im Zwischenwahlverfahren für die Ende 1990 auslaufende Amtsperiode und im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode 1991 bis 1994 wurden 16 Zivilstandsbeamtinnen und 11 Zivilstandsbeamte neu gewählt. Neu gewählt wurden auch 28 Stellvertreterinnen und 23 Stellvertreter. Bei drei Zivilstandsämtern sind Vakanzen zu verzeichnen; alle übrigen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber stellten sich zur Wiederwahl. Die Zivilstandsämter sind zu 35 Prozent (Leitung) bzw. zu 57 Prozent (Stellvertretung) von Frauen besetzt.

Bis jetzt haben mehr als zwei Drittel aller Zivilstandsämter ihre alten, bis 1875 durch die Kirche geführten Zivilstandsregister dem Staatsarchiv zur Aufbewahrung im Kulturgüterschutzraum übergeben.

Ausbildungswesen

Nach Artikel 7 des Dekretes über den Zivilstandsdienst vom 17. Februar 1960 haben neugewählte Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte ihre Befähigung anlässlich einer Prüfung zu belegen. Erstmals wurde die Grundausbildung in Zusammenarbeit mit der Berufsschule für Verwaltung in Bern und den Kantonen der Nordwestschweiz durchgeführt. Eine professionelle Ausbildung erweist sich als unumgänglich für diese zunehmend anspruchsvollere Tätigkeit. Deshalb soll die interkantonale Zusammenarbeit weitergeführt und nach den positiven Erfahrungen auf den Berner Jura ausgedehnt werden, wo die Aus- und Weiterbildung im Einvernehmen mit den Betroffenen noch nach dem bisherigem Konzept erfolgte.

In sieben Regionalkursen, wovon einer im Berner Jura, wurden die rechtlichen Auswirkungen der letzten Gesetzesänderungen (Eherecht und IPRG) repetiert. Diese Weiterbildungskurse wurden von 251 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

2.4.2 Bürgerrechtsdienst

Einbürgerungen

Im *ordentlichen Einbürgerungsverfahren* hat der Grosse Rat 318 (296) Bewerberinnen und Bewerber das bernische Kantonsbürgerrecht und das Bürgerrecht einer bernischen Gemeinde erteilt.

Die Eingebürgerten stammen aus folgenden Staaten:

Staat	Zahl der Bewerber	Zahl der eingebürgerten Personen
Schweiz (Bürger anderer Kantone)	28	45
Deutschland	38	55
Frankreich	7	14
Iran	6	9
Italien	41	50
Jugoslawien	19	34
Kambodscha	10	10
Niederlande	6	6
Österreich	12	16
Polen	6	7
Spanien	5	6
Tschechoslowakei	25	38
Türkei	14	32
Ungarn	21	33
USA	5	8
Vietnam	43	44
Verschiedene (alle weniger als 5 Bewerber, aus 20 verschiedenen Staaten)	32	51
Total	318 (296)	458 (455)

femme comme nom de famille dès le mariage. 53 (27) demandes ont été ajournées, retirées ou classées.

Offices de l'état civil

27 officiers de l'état civil, dont 16 femmes, ont été élus en procédure intermédiaire pour la période de fonction se terminant à fin 1990 et à l'occasion du renouvellement intégral pour la période de fonction 1991 à 1994. 28 suppléantes et 23 suppléants ont été également élus. Trois offices d'état civil ont encore des postes vacants; tous les autres titulaires de postes se sont représentés. 35 pour cent des postes titulaires et 57 pour cent des postes de suppléants sont occupés par des femmes.

Plus des deux tiers des offices de l'état civil ont remis les anciens registres d'état civil tenus par l'Eglise jusqu'en 1875 aux archives de l'Etat pour qu'ils soient gardés dans les locaux de protection des biens culturels.

Formation

Conformément à l'article 7 du décret du 17 février 1960 sur le service de l'état civil, les officiers de l'état civil nouvellement élus doivent justifier, au cours d'un examen, des aptitudes exigées en vue de l'exercice de leurs fonctions. La formation de base a été dispensée pour la première fois en collaboration avec l'Ecole professionnelle d'administration à Berne et les cantons du Nord et de l'Ouest de la Suisse. Une formation professionnelle devient indispensable pour remplir cette fonction posant des exigences de plus en plus élevées. C'est la raison pour laquelle la coopération intercantonale doit être poursuivie et, au vu des résultats positifs, étendue au Jura bernois qui, en accord avec les intéressés, a continué de donner ses cours de formation de base et de perfectionnement d'après le concept en vigueur jusqu'à maintenant.

Les effets juridiques des modifications des lois (droit matrimonial et LDIP) ont été revus à l'occasion de sept cours régionaux, dont un a été organisé dans le Jura bernois. 251 participantes et participants ont suivi ces cours de perfectionnement.

2.4.2 Service de l'indigénat

Naturalisations

Le Grand Conseil a octroyé à 318 (296) requérantes et requérants le droit de cité du canton de Berne ainsi que celui d'une commune bernoise en procédure de *naturalisation ordinaire*.

Les personnes naturalisées sont originaires des Etats suivants:

Etat	Nombre de requérants	Nombre de personnes naturalisées
Suisse (ressortissants d'autres cantons)	28	45
Allemagne	38	55
France	7	14
Iran	6	9
Italie	41	50
Yougoslavie	19	34
Cambodge	10	10
Pays-Bas	6	6
Autriche	12	16
Pologne	6	7
Espagne	5	6
Tchécoslovaquie	25	38
Turquie	14	32
Hongrie	21	33
Etats-Unis	5	8
Vietnam	43	44
Divers (tous avec moins de 5 requérants de 20 Etats différents)	32	51
Total	318 (296)	458 (455)

Anträge an den Bund

Im eidgenössischen Verfahren um die *Einbürgerungsbewilligung* wurden 294 (343) neue Gesuche zur Stellungnahme überwiesen. 281 (263) Gesuche konnten empfohlen werden, und in 16 (36) Fällen wurde Antrag auf Abweisung gestellt. 27 (43) Gesuche wurden zurückgezogen. Ferner wurden 100 (182) Gesuche um *Wiedereinbürgerung* und 90 (29) Gesuche um *erleichterte Einbürgerung* empfohlen.

Bürgerrechtsfeststellungen

Die Behandlung der, gestützt auf das vom 1. Juli 1985 bis 30. Juni 1988 geltende Übergangsrecht, gestellten Gesuche – die letzten noch fristgerecht eingereichten Begehren wurden erst im Berichtsjahr aus dem Ausland übermittelt – konnte weitgehend abgeschlossen werden. Es betraf dies nach dem 31. Dezember 1952 geborene Kinder einer gebürtigen Schweizerin und ihres ausländischen Ehemannes. Auf diese Weise erhielten nunmehr insgesamt rund 13 500 ausländische Personen das Schweizer Bürgerrecht und das Bürgerrecht einer bernischen Gemeinde. Diese Zahl schliesst minderjährige Kinder der Bewerber und Bewerberinnen sowie Ehefrauen von Bewerbern ein.

Bürgerrechtsentlassungen

Gestützt auf entsprechende Begehren oder Verzichtserklärungen wurden 4 (6) Personen aus dem Schweizer Bürgerrecht und 62 (50) nach erfolgter Einbürgerung in einem anderen Kanton aus dem bernischen Kantonsbürgerrecht entlassen. Sodann wurde in 10 (6) Fällen die Entlassung aus einem zweiten bernischen Gemeindebürgerrecht verfügt.

2.5 Schutzaufsichtsamt des Kantons Bern**Planung 1990, Resultate**

Das hauptamtliche Personal (23 Etatstellen) wurde von 419 (427) *freien Mitarbeiter(-innen)* unterstützt. Für die Betreuung psychisch kranker oder suchtabhängiger Klienten(-innen) wurde es schwieriger, bereitwillige und geeignete Privatpersonen zu finden und vor allzu rascher Resignation zu bewahren. Trotz dieser Tatsache konnten 68 (48) Personen in fünf Einführungskursen (ein Kurs für französischsprachige Teilnehmer(-innen) auf ihren Einsatz vorbereitet werden. In 11 Begleitgruppen zusammengefasst wurden 195 (160) Personen. Damit wurde die Anzahl sachkundiger freier Mitarbeiter(-innen) erhöht.

Zur Prüfung des Versicherungsschutzes für freie Mitarbeiter(-innen) während ihrer Betreuer Tätigkeit wurde bei der vorgeetzten Stelle ein Gesuch eingereicht.

Der Einsatz freier Mitarbeiter(-innen) in der Vollzugsanstalt Thorberg wurde mit dem anstaltsinternen Sozialdienst neu geordnet.

Die Überprüfung der Organisation der *durchgehenden Betreuung* in den Regional- und Bezirksgefängnissen wurde abgeschlossen. Gemeinsam mit der Leitung des Regionalgefängnisses in Bern und unter Einbezug der Erfahrungen und Erwartungen der Gerichte wurde ein Betreuungsmodell erarbeitet und im II. Geschworenenbezirk (Mittelland) sowie im Regionalgefängnis Biel eingeführt. Über den STEBE-Reserve-Pool der Polizeidirektion konnten die hierfür notwendigen zwei Sozialarbeiterstellen mit einem Beschäftigungsgrad von je 80 Prozent bereitgestellt werden.

Aufgrund des Zusammenarbeitsvertrags von 1989 stellte der Verein Wohnbrügg einen Wohnungsbetreuer an (Beschäftigungsgrad 50%). Der *Notwohnungsbestand* erreicht nach Zusammenlegung der Unterkünfte des Schutzaufsichtsamtes und des Vereins Wohnbrügg 43 Studios und Wohnungen.

Propositions déposées à la Confédération

Dans le cadre de la procédure de *naturalisation*, 294 (343) nouvelles demandes ont été transmises pour prise de position, 281 (263) demandes ont pu être préavisées favorablement alors que le rejet a été proposé dans 16 (36) cas. 27 (43) demandes ont été retirées. Par ailleurs, 100 (182) demandes de *réintégration de la nationalité suisse* et 90 (29) demandes de *naturalisation facilitée* ont été préavisées favorablement.

Constatation du droit de cité suisse

Le traitement des demandes déposées conformément au droit transitoire en vigueur du 1^{er} juillet 1985 au 30 juin 1988 a été achevé en bonne partie; ce n'est que dans le courant de l'exercice que les dernières demandes déposées dans les délais nous ont été transmises. Elles concernaient les enfants d'une mère suisse et de son époux étranger nés après le 31 décembre 1952. C'est ainsi que 13 500 personnes étrangères au total ont obtenu le droit de cité suisse et le droit de cité d'une commune bernoise. Ce nombre comprend les enfants mineurs des requérants et requérantes ainsi que les épouses des requérants.

Libération du droit de cité

A la suite des requêtes ou des déclarations de renonciation déposées, 4 (6) personnes ont été libérées de la nationalité suisse et 62 (50) ont été libérées du droit de cité cantonal après avoir été naturalisées dans un autre canton. La libération du second droit de cité communal bernois a été décidée dans 10 (6) cas.

2.5 Office du patronage**Planification 1990, résultats**

Le personnel fixe (23 postes) a été soutenu par 419 (427) *collaborateurs bénévoles*. Il devient de plus en plus difficile de trouver des particuliers qui soient disposés et capables de s'occuper de nos clients toxicomanes ou atteints de maladies psychiques, et de leur apporter le soutien nécessaire afin qu'ils ne se résignent pas trop rapidement. Malgré tout, 68 (48) personnes ont été préparées à leur tâche en suivant cinq cours d'introduction, dont un en français. 195 (160) personnes, réparties en 11 groupes, ont eu la possibilité d'accompagner le personnel, ceci permettant d'augmenter le nombre des collaborateurs bénévoles compétents.

Une demande concernant l'examen de la couverture d'assurance pour les collaborateur/s bénévoles a été déposée auprès du service compétent.

Les modalités d'engagement de collaborateurs bénévoles dans les établissements de Thorberg ont été redéfinies avec le service social interne.

L'examen de l'organisation de l'*assistance continue* dans les prisons régionales et de district a été achevé. D'entente avec la direction de la prison régionale de Berne et compte tenu des expériences faites et de l'attente des tribunaux, un modèle d'assistance a été élaboré et introduit auprès du II^e ressort d'assises (Mittelland) ainsi qu'à la prison régionale de Bière. Les deux places d'assistants sociaux, avec un degré d'occupation de 80 pour cent chacune, nécessaires à cette réalisation ont été mises à disposition par la réserve de points STEBE de la Direction de la police.

Conformément au contrat de collaboration établi en 1989, l'association «Wohnbrügg» a engagé un surveillant travaillant à mi-temps pour les appartements. Si l'on ajoute les locaux de l'Office du patronage et ceux de l'association «Wohnbrügg», on obtient un total de 43 studios et appartements pour l'héber-

Trotz des recht ansehnlichen Hilfsangebotes blieben 88 Klienten(-innen) längere oder kürzere Zeit ohne Obdach.

Auf 1. Januar 1990 nahm die «Felber-Stiftung für soziale Eingliederung» ihre Tätigkeit auf. Das Stiftungskapital, eine Dreizimmerwohnung, dient der «Förderung der sozialen Eingliederung von Straffälligen und Drogenabhängigen, die vom Schutz- und Aufsichtsamt des Kantons Bern betreut werden».

Mit der Bearbeitung offener Fragen bei der Beschaffung von *Arbeitsplätzen* mit Schonraum bei öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern wurden Studierende der Schule für Sozialarbeit Solothurn beauftragt. Ihr «Modell zur Arbeitsplatzentwicklung beim Schutz- und Aufsichtsamt des Kantons Bern» dient als Arbeitsgrundlage für die Beschaffung von Arbeitsplätzen für Straffällige und den Aufbau des Ressorts «Arbeit».

Statistische Zahlen

	Männer	Frauen
<i>Klientenbestand</i> (ohne Regionalgefängnis Bern)	944 (1004)	145 (151)
Betreuungen im Regionalgefängnis Bern	412 (430) Personen	

	Männer	Frauen
<i>Altersstruktur</i>		
19–28 Jahre	46,4% (45,1%)	57,4 % (56,7%)
29–38 Jahre	35,7% (34,9%)	35 % (31,4%)
39–48 Jahre	11,2% (12 %)	4,9 % (10 %)
49–58 Jahre	5 % (6 %)	1,35% (0,6%)
59–71 Jahre	1,7% (2 %)	1,35% (1,3%)

	Männer	Frauen
<i>Rückfälle</i>		
Urteile mit weniger als drei Monate Freiheitsentzug	84 (72)	6 (7)
Urteile mit mehr als drei Monate Freiheitsentzug	65 (89)	7 (6)

	Männer	Frauen
<i>Betreuerische Massnahmen</i>		
Beschaffung von Unterkunft		245 (253)
Beschaffung von Arbeitseinsätzen		237 (242)
Errichtung und Begleitung ambulanter Therapien		434 (434)
Vermittlung stationärer Therapien		62 (39)
Begleitung von Methadonprogrammen		132 (135)
Durchführung regelmässiger Urinproben		42 (50)
Schuldensanierungen		63 (76)
Finanzielle Unterstützungen		286 (182)
Anträge auf fürsorgliche Freiheitsentziehung		8 (14)
Anträge auf Vormund-, Beistand-, Beiratschaft		11 (14)

Kommentar

Der Rückgang der Klientenzahl steht im Zusammenhang mit einer geänderten Unterstellungspraxis. Unterstellt werden Personen, die in besonderer Weise sozialarbeiterischer Hilfen bedürfen, bei denen Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen fehlen. Doppelbetreuungen werden nach Möglichkeit vermieden. Mit der Reduktion der Klientenzahl auf 60 bis 70 pro Sozialarbeiter(-in) wird die Bewährungschance vieler Klienten (-innen) erhöht. Erschwert wird die Betreuungsarbeit durch die Vielzahl Suchtabhängiger. In ihrer persönlichen und sozialen Selbstständigkeit sind aufgrund ihres Suchtmittelkonsums (legalen/illegalen) 73 Prozent der Klienten(-innen) beeinträchtigt. Die Altersstruktur sowie die zahlreichen Massnahmen im therapeutischen Bereich weisen darauf hin. Auch die Zunahme der finanziellen Unterstützungen und die Abnahme der Schuldensanierungen sind Zeichen eines grossen persönlichen und sozialen Unvermögens. Ebenso sind die meisten Rückfälle durch den Suchtmittelkonsum mitbedingt. Die Betreuung Suchtmittelabhängiger verlangt von der Schutz- und Aufsicht neue

gement provisoire. Malgré un soutien respectable, 88 clients sont restés sans abri plus ou moins longtemps.

La Fondation Felber pour la réinsertion sociale a commencé son activité le 1^{er} janvier 1990. Le capital de la fondation, un appartement de trois pièces, sert à soutenir la réinsertion sociale de détenus et de toxicomanes qui sont assistés par l'Office du patronage.

Des étudiants de l'Ecole de formation sociale de Soleure ont été chargés des questions se rapportant à la recherche, auprès d'employeurs de droit public, d'emplois protégés pour la clientèle de l'Office du patronage. Ce «modèle destiné à développer le marché de l'emploi de l'Office du patronage du canton de Berne» sert de base de travail pour trouver des postes pour les condamnés et pour mettre en place le secteur «Emplois» de l'Office.

Statistiques

	Hommes	Femmes
<i>Effectif des personnes placées sous patronage</i> (sans la prison régionale de Berne)	944 (1004)	145 (151)
Cas d'assistance à la prison régionale de Berne	412 (430) personnes	

	Hommes	Femmes
<i>Age</i>		
19–28 ans	46,4% (45,1%)	57,4 % (56,7%)
29–38 ans	35,7% (34,9%)	35 % (31,4%)
39–48 ans	11,2% (12 %)	4,9 % (10 %)
49–58 ans	5 % (6 %)	1,35% (0,6%)
59–71 ans	1,7% (2 %)	1,35% (1,3%)

	Hommes	Femmes
<i>Récidive</i>		
Jugements avec privation de liberté inférieure à 3 mois	84 (72)	6 (7)
Jugements avec privation de liberté supérieure à 3 mois	65 (89)	7 (6)

	Hommes	Femmes
<i>Mesures d'assistance</i>		
Recherche de logement		245 (253)
Recherche de travail		237 (242)
Préparation et suivi de thérapies ambulatoires		434 (434)
Recherche d'établissements spécialisés		62 (39)
Suivi de traitement à la méthadone		132 (135)
Analyse d'urine périodique		42 (50)
Plan de remboursement des dettes		63 (76)
Soutien financier		286 (182)
Demande de privation de liberté à des fins d'assistance		8 (14)
Demande de tutelle, d'assistance, de conseil consultatif		11 (14)

Commentaire

La diminution du nombre de clients est due à la modification de la pratique en matière de mise sous patronage: sont concernées les personnes ayant particulièrement besoin d'assistance sociale étant donné le manque de liens avec la famille et la parenté. On évite dans la mesure du possible de fournir une assistance à ceux qui sont déjà au bénéfice d'un soutien. La réduction du nombre de clients (60 à 70) pour chaque assistant social augmente les chances de nombre d'entre eux de faire leurs preuves. Le grand nombre de toxicomanes rendent le travail d'assistance difficile à remplir. 73 pour cent des clients sont perturbés dans leur autonomie personnelle et sociale par la consommation de drogues (légal et illégal). Les classes d'âge et les nombreuses mesures de thérapies en témoignent. L'augmentation des secours financiers et la réduction des plans de remboursement de dettes sont aussi le signe d'une grande incapacité au niveau personnel et social. Les récidives sont également le fait de la toxicomanie. L'Office du patronage doit trouver de nouvelles méthodes de travail dans le domaine

Arbeitsweisen, will sie für alle Betroffenen, den Staat und die Gesellschaft, nützlich bleiben.

Die Vermittlungen im Wohn- und im Arbeitsbereich sind trotz erschwelter Voraussetzung zahlreich; eine Leistung der Betreuer(-innen), die besondere Anerkennung verdient.

Finanzielle Hilfen

Klientengelder wurden im Gesamtbetrag von 983 494 Franken (1005 885 Fr.) treuhänderisch verwaltet: Lohneingänge 777 328 Franken (754 509 Fr.), Pekulien 206 166 Franken (251 376 Fr.). Als Spenden gingen 95 507 Franken (79 137 Fr.) ein. Im Rahmen der 63 (76) Schuldensanierungen wurde eine Gesamtschuld von 2,16 Mio. Franken (3,564 Mio. Fr.) erhoben. Die durchschnittliche Verschuldung eines Klienten oder einer Klientin betrug 34 275 Franken (46 895 Fr.). An 286 (182) unterstützungsbedürftige Klienten(-innen) wurden im Auftrag fürsorgepflichtiger Gemeinwesen für Miete, Unterhalt und Krankenkassenbeiträge durchschnittlich 2647 Franken (2461 Fr.) bezahlt.

de l'assistance aux toxicomanes afin que celle-ci reste profitable aussi bien à l'Etat qu'à la communauté.

La recherche d'appartements et d'emplois a été fructueuse malgré toutes les difficultés auxquelles il a fallu faire face, grâce à l'engagement des assistants sociaux qui ont droit à un éloge tout particulier.

Aides financières

Les fonds que nous avons gérés pour le compte des personnes astreintes au patronage totalisent 983 494 francs (1005 885 fr.): salaires 777 328 francs (754 509 fr.), pécules 206 166 francs (251 376 fr.). Les dons se sont montés à 95 507 francs (79 137 fr.). Le total des dettes relevé à l'occasion des 63 (76) plans de remboursement de dettes s'est élevé à 2,16 millions de francs (3,564 millions fr.) ce qui représente une dette moyenne de 34 275 francs (46 895 fr.) par client. Sur mandat de la communauté tenue à l'assistance, 2647 francs (2461 fr.) ont été en moyenne versés à chacune des 286 (182) personnes nécessiteuses pour le loyer, l'entretien et les cotisations de la caisse maladie.

2.6 **Strassenverkehrs- und Schiffsamt**

Der Bestand an Motorfahrzeugen und Anhängern erhöhte sich 1990 um 20 000 auf total 530 000 Einheiten (Bestand 1989: 510 000 Einheiten). Die Zunahme bei den Motorrädern hält weiter an. Mit 12,8 Prozent fiel sie zwar weniger stark aus als im Vorjahr (14,7%), der Bestand erhöhte sich dennoch auf 35 000 Einheiten (1989: 31 200 Motorräder). Nach wie vor ansteigend ist die Zahl der Personen- und Lastwagen. Der Bestand an Personenwagen erhöhte sich um 11 000 Einheiten auf total 381 000 Fahrzeuge (Bestand 1989: 370 000 Fahrzeuge). Bei den Lastwagen ist wie im Vorjahr eine Zunahme von 200 Einheiten zu verzeichnen (Bestand 1990: 6100 Fahrzeuge, 1989: 5900 Lastwagen). Bei den übrigen Fahrzeugarten sind die bekannten unwesentlichen Schwankungen festzustellen.

Abgenommen hat erneut die Zahl der in Verkehr stehenden Motorfahräder. Sie beträgt im Berichtsjahr noch rund 99 000 Einheiten (ca. 3000 Mofas weniger als im Vorjahr). Über die Zahl der Fahräder wird kein Verzeichnis mehr geführt.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Zahl erteilter Tagesausweise wesentlich zugenommen (1990: 4300 Ausweise, 1989: 3800 Ausweise). Diese Zunahme ist in erster Linie auf die Exportfahrten mit Gebrauchtfahrzeugen in die Ostblockländer zurückzuführen.

Die Zahl erteilter neuer Fahrzeugausweise (sämtliche Mutationen betreffend) hat gegenüber dem Vorjahr (214 000 Ausweise) keine Änderung erfahren.

Am 2. April 1990 hat die SVSA-Agentur in Tavannes ihren Betrieb aufgenommen. Grundsätzlich können in Tavannes die gleichen Geschäfte wie in Laufen erledigt werden. Anfallende Geschäfte werden in der Agentur auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben hin überprüft und via Telefax an das SVSA in Bern übermittelt. Hier werden die nötigen Mutationen vorgenommen, die Ausweise hingegen direkt in Tavannes ausgedruckt und dem Kunden ausgehändigt. Auch Kontrollschilder können bei Bedarf direkt in Tavannes bezogen werden. Seit Inbetriebnahme der Agentur wurden 3700 Fahrzeugausweise erteilt.

Der Ertrag der Fahrzeugsteuern fiel mit 169,8 Mio. Franken erneut höher aus als im Vorjahr (162,7 Mio. Fr.). Die Zunahme ist vor allem auf die abermals über den Erwartungen liegende Erhöhung des Fahrzeugbestandes und auf die kürzeren Depotzeiten im Winter 1990/1991 zurückzuführen.

2.6 **Office de la circulation routière et de la navigation**

L'effectif des véhicules à moteur et des remorques a augmenté de 20 000 unités pour atteindre 530 000 (510 000) véhicules. Bien que le taux d'augmentation du nombre des motocycles, 12,8 pour cent, soit moins élevé que celui de l'année précédente (14,7%), l'effectif des motocycles a poursuivi sa progression pour se fixer à 35 000 unités à la fin de l'année (31 200). L'augmentation du nombre des voitures de tourisme et des camions s'est maintenue. Le nombre de voitures de tourisme a augmenté de 11 000 unités et s'élève à 381 000 (370 000) véhicules. Comme l'année précédente, le nombre des camions a augmenté de 200 unités pour atteindre 6100 (5900) véhicules. Les fluctuations restent minimales dans les autres catégories de véhicules.

Le nombre des cyclomoteurs admis à la circulation a de nouveau baissé et avoisine 99 000 unités (environ 3000 véhicules de moins que l'an passé). Le nombre de bicyclettes n'est plus enregistré.

En comparaison des années précédentes, le nombre des permis à cours terme délivrés a fortement augmenté (1990: 4300, 1989: 3800). Ce fait est dû en premier lieu aux exportations de véhicules d'occasion vers les pays de l'Est.

Comparé à celui de l'année passée (214 000), le nombre des nouveaux permis de circulation, toutes mutations comprises est resté inchangé.

L'agence de l'OCRN a ouvert ses portes le 2 avril 1990 à Tavannes. Les mêmes affaires peuvent en principe y être traitées qu'à Laufen. Ces affaires sont contrôlées quant à leur intégralité et à leur conformité et sont transmises par téléfax à l'OCRN à Berne qui se charge d'enregistrer les mutations. Les permis sont par contre imprimés et délivrés à la clientèle à Tavannes. Si nécessaire, des plaques peuvent aussi être retirées directement à Tavannes. 3700 permis de circulation ont été délivrés depuis l'ouverture de cette agence.

Le produit des taxes sur les véhicules se montant à 169,8 millions de francs a dépassé à nouveau celui de l'année passée (162,7 millions). Cette augmentation est attribuée avant tout à l'augmentation de l'effectif des véhicules dépassant à nouveau toutes les prévisions ainsi qu'aux durées plus courtes des dépôts des plaques pendant l'hiver 1990/91.

Les émoluments perçus se sont élevés à 20,4 millions de francs (20,7 millions). Cette diminution est due à la modification du tarif des émoluments.

Die Einnahmen aus Gebühren erreichten im Berichtsjahr den Betrag von 20,4 Mio. Franken (Vorjahr: 20,7 Mio. Fr.). Der Rückgang gegenüber 1989 ist bedingt durch eine Änderung des Gebührentarifes.

Im Berichtsjahr vereinnahmte das Amt Schwerverkehrsabgaben im Umfange von 14,4 Mio. Franken zugunsten der Eidge-nossenschaft (Vorjahr: 13 Mio. Fr.). Die dem Amt zustehende Aufwandsentschädigung belief sich auf ca. 430 000 Franken. Für den Verkauf von Autobahnvignetten wurde dem Amt eine Entschädigung von 332 000 Franken gutgeschrieben (Vorjahr: 300 000 Fr.).

Im Berichtsjahr wurden 25 816 Lernfahrausweise erteilt, was einer Zunahme um 482 oder 1,86 Prozent entspricht. Von den erteilten Ausweisen entfielen 14 997 auf die Kat. B (leichte Motorwagen), 8278 auf die Kat. A1 und A (Motorräder), der Rest auf die übrigen Kategorien.

Im Gegensatz zu den Lernfahrausweisen ging die Zahl der erteilten Führerausweise für Motorfahräder um 1229 auf 2506 zurück. Total 1799 Personen bewarben sich 1990 um den Schiffsführerausweis (Vorjahr: 1708), und insgesamt 30 Personen stellten das Gesuch um Zulassung zur Fahrlehrerprüfung (Vorjahr: 25).

Die Zahl der über 70jährigen Führerausweisinhaber hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen sich diese Personen alle zwei Jahre einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Im Berichtsjahr wurden ca. 13 500 entsprechende Arztzeugnisse einverlangt, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um knapp 4 Prozent entspricht. Ausserdem wurden ca. 6500 vertrauensärztliche Untersuchungen für Berufsschauffeure veranlasst.

Im Administrativverfahren waren 28 410 (Vorjahr: 27 304) neue Anzeigen gegen fehlbare Fahrzeugführer zu beurteilen. In 4645 Fällen wurde der Entzug des Führerausweises bzw. die Aberkennung des Rechts, vom einem ausländischen Führerausweis in der Schweiz Gebrauch zu machen, verfügt (Vorjahr: 4197). Von diesen Massnahmen wurden 1862 oder 40 Prozent angeordnet, weil die betroffene Person in angetrunkenem Zustand gefahren war (Vorjahr: 1785 oder 42,6%). 1124 oder 24 Prozent der Ausweisentzüge bzw. Aberkennungen waren auf das Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zurückzuführen (Vorjahr: 950 oder 22,6%).

Im Anschluss an die Ablehnung der Volksinitiative «Pro Tempo 130/100» durch Volk und Stände am 26. November 1989 hat das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement am 20. März 1990 neue Weisungen zur Festlegung abweichender Höchstgeschwindigkeiten erlassen. Am 23. September 1990 wurde in einer Volksabstimmung das Referendum gegen die Revision des Strassenverkehrsgesetzes abgelehnt. Aus beiden Abstimmungen ergaben sich zusätzliche Informationsbedürfnisse der Gemeindebehörden; sie wurden u. a. durch zwei Informationschriften des Strassenverkehrs- und Schiffs-führerprüfungsamtes abgedeckt. Insbesondere die Freigabe aller Strassen für Fahrzeuge mit einer Breite bis zu 2,50 hat zu zahlreichen Eingaben geführt, mit denen gefordert wurde, dass bestimmte Strecken erneut auf Fahrzeuge mit einer Breite von max. 2,30 m zu beschränken seien.

Im Berichtsjahr wurden auf den Staatsstrassen fünf neue Lichtsignalanlagen und fünf erneuerte Anlagen in Betrieb genommen. Drei Anlagen wurden für die Busbevorzugung (öffentlicher Verkehr) nachgerüstet. Eine Lichtsignalanlage konnte demontiert und durch einen Kreisverkehr ersetzt werden.

Witterungsbedingt ging 1990 die Zahl der Schiffs- und Schiffsführerprüfungen etwas zurück. Insgesamt wurden 3168 Schiffs- und 1898 Schiffsführerprüfungen abgenommen (Vorjahr: 3599 bzw. 2044).

Die Rechtsabteilung des Amtes befindet sich weiterhin in einer Aufbauphase. Im Berichtsjahr sind die von ihr zu erledigenden Geschäfte gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent angestiegen. Zur personellen Verstärkung wurde zusätzlich eine wis-

Notre Office a prélevé 14,4 millions de francs (13 millions) de taxe fédérale sur les poids lourds; ses indemnités pour le travail effectué se sont élevées à environ 430 000 francs. L'indemnisation provenant de la vente des vignettes autoroutières s'est montée à 332 000 francs (300 000 francs).

25 816 permis d'élève-conducteur ont été délivrés, soit une augmentation de 482 ce qui correspond à 1,86 pour cent. 14 997 permis concernaient la catégorie B (voitures automobiles légères), 8278 les catégories A1 et A (motocycles) et le reste les autres catégories.

Contrairement aux permis d'élève-conducteur, le nombre des permis de conduire pour cyclomoteurs a diminué de 1229 et a atteint 2506. 1799 (1708) personnes ont sollicité un permis de navigation et 30 (25) personnes ont demandé leur admission à l'examen de moniteur de conduite.

Le nombre des détenteurs de permis de conduire de plus de 70 ans a augmenté sans discontinuer au cours de ces dernières années. Les prescriptions légales stipulent que ces personnes doivent se soumettre à un examen médical tous les deux ans. Au cours de l'exercice, environ 13 500 certificats médicaux ont été sollicités à cet effet, ce qui représente une augmentation de 4 pour cent en comparaison de l'année précédente. Par ailleurs, environ 6500 examens ont été effectués par des médecins agréés pour les chauffeurs professionnels.

Dans le secteur des procédures administratives, 28 410 (27 304) nouvelles dénonciations déposées contre des conducteurs fautifs ont dû être examinées. Dans 4645 (4197) cas, les décisions prises concernaient le retrait du permis de conduire ou la non-reconnaissance du droit de se servir d'un permis de conduite étranger en Suisse. 1862 ou 40 pour cent (1785 ou 42,6%) de ces mesures ont été prises (950 ou 22,6%) pour cause de conduite en état d'ébriété. 1124 ou 24 pour cent des retraits de permis ou des cas de non-reconnaissance étaient dus au dépassement de la vitesse maximale autorisée.

Faisant suite au rejet de l'initiative populaire «pro vitesse 130/100» par le peuple et les cantons le 26 novembre 1989, le Département fédéral de justice et police a édicté le 20 mars 1990 de nouvelles instructions sur la manière de fixer des dérogations aux limitations générales de vitesse. Lors du vote populaire, le référendum contre la révision de la loi sur la circulation routière a été rejeté le 23 septembre 1990. Ces deux votations ont suscité un besoin accru d'informations de la part des autorités communales qui a été comblé par la parution de deux bulletins d'informations de l'Office de la circulation routière et de la navigation. L'ouverture de toutes les routes aux véhicules ayant jusqu'à 2 m 50 de largeur a notamment occasionné le dépôt de nombreuses interpellations exigeant que l'ouverture de certaines routes soit à nouveau limitée aux véhicules ne dépassant pas 2 m 30 de largeur.

Au cours de l'exercice, cinq nouvelles installations de signaux lumineux et cinq installations modernisées ont été mises en exploitation sur les routes cantonales. Trois installations ont été complétées par l'aménagement de feux indiquant la priorité des bus (transports publics). Une installation de signaux lumineux a été démontée et remplacée par une intersection à sens giratoire obligatoire.

Le nombre des inspections de bateaux 3168 (3599) et celui des examens de conducteurs de bateau 1898 (2044) ont légèrement diminué à cause des conditions atmosphériques.

Le Service juridique de notre Office se trouve encore dans une phase de mise en place. Le nombre des affaires à liquider a augmenté de 40 pour cent en comparaison de l'année précédente. Le personnel a été complété par une fonctionnaire scientifique qui a été chargée des travaux se rapportant à la législation d'exécution de la nouvelle loi sur la navigation.

senschaftliche Beamtin angestellt. In fachlicher Hinsicht übernahm sie die im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Schiffahrtsgesetzes anfallenden gesetzgeberischen Arbeiten.

2.7 Expertenbüro für das Motorfahrzeugwesen

Die weiterhin ungebremste Entwicklung des Strassenverkehrs ist durch die 1990 in der Schweiz erfolgte Inverkehrsetzung von 327 350 neuen Personenwagen belegt. Der Kanton Bern liegt dabei über den gesamtschweizerischen Durchschnittszulassungswerten. Dieser weitere Aufschwung hatte beim Expertenbüro zur Folge, dass einerseits alle Möglichkeiten voll ausgeschöpft und andererseits auf das unbedingt Erforderliche konzentriert werden mussten. Die allgemeine Entwicklung hat uns allen auch bewusst gemacht, dass wir an einer Nahtstelle des Gesamtsystems Autoverkehr angelangt sind, deren Naht in verschiedener Hinsicht brüchig ist. Die Kollision des Autos mit der Umwelt, der allgemeinen Entwicklung, sowie mit den Möglichkeiten der staatlichen Vollzugsinstanzen ist zur Tatsache geworden. Diese Kollision war vorausschaubar und ist erst mit der massenhaften Verbreitung des Produktes entstanden. Trotzdem ist dabei ein immer grösseres Auseinanderdriften der Handlungsmöglichkeiten und der Entwicklung Tatsache geworden. Dass unter solchen Voraussetzungen Qualität und Motivation absinken, belegen auch die Ergebnisse der Führer- und Fahrzeugprüfungen des Jahres 1990. In den letzten fünf Jahren hat die Anzahl der Kandidaten, die eine dritte Führerprüfung ablegen mussten, bei der Teilprüfung Theorie um 35,6 Prozent, bei der Teilprüfung Verkehr um 53,1 Prozent, und bei der Teilprüfung Manöver um 70,7 Prozent zugenommen. Dies ergibt den Schluss, dass einerseits immer mehr Personen zur Ausbildung und zur Führerprüfung gelangen, die als Motorfahrzeugführer wenig oder gar nicht geeignet sind, und dass andererseits die Bereitschaft für eine gute Ausbildung nur noch in geringem Ausmass besteht. Offensichtlich muss daher das Zulassungsverfahren vor der Erteilung des Lernfahrausweises/Führerausweises ganz erheblich umgestellt/verbessert werden und bei der Ausbildung die Motivation einen grösseren Stellenwert erlangen. Zur Verbesserung der Motivation können die Fahrlehrer ganz wesentlich beitragen.

Die Beanstandungsquoten bei den Fahrzeugprüfungen haben sich gegenüber dem Vorjahr nur gering verändert, sind jedoch mit dem Wert von 0,45 Nachprüfungen pro erstmalige Prüfung weiterhin zu hoch. Dar akute Personalmangel in den Werkstätten des Fahrzeuggewerbes wirkt sich hier immer mehr aus. Dies, obschon zweifellos eine ins Gewicht fallende Kompensation durch wartungsfreundlichere Fahrzeuge und wesentlich verlängerte Wartungsintervalle zur Entlastung beigetragen hat. Ursache der Engpässe bei den Fahrzeugprüfungen waren die bereits erwähnten zu vielen Nachprüfungen sowie erheblich zeitaufwendigere Prüfungen (z. B. Abgas-Nachkontrollen im Interesse der Luftschadstoffverminderung), verringerte Kapazitäten wegen ausserordentlich vielen Zivilschutzzeinsätzen, Nichtbetriebsunfällen, Krankheiten und Dienstaltersgeschenkurlaube des Personals, und gänzlicher Wegfall der Verlagerungsmöglichkeiten von Führer- auf Fahrzeugprüfungen. Der bereits bestehende beträchtliche Rückstand insbesondere bei den Fahrzeugprüfungen verunmöglicht eine Verbesserung der Situation in der nächsten Zukunft. Mit der kaum vermeidbaren künftigen Übernahme von EG-Recht oder EWR-Verpflichtungen werden die Fahrzeugprüfungen und zum Teil auch die Führerprüfungen erheblich weiter zunehmen. Für die Bewältigung der dabei anfallenden Aufgaben wären 20 bis 25 zusätzliche Experten und sieben bis acht zusätzliche Kanzleiangestellte erforderlich. Weil die Fahrzeugprüfhallen bereits

2.7 Bureau des experts pour véhicules automobiles

La mise en circulation en Suisse de 327 350 nouvelles voitures au cours de l'exercice illustre la croissance ininterrompue de la circulation routière. La moyenne des mises en circulation dans le canton de Berne est supérieure à la moyenne suisse. L'essor continu du trafic routier s'est soldé pour le Bureau des experts, d'une part, par la pleine utilisation de toutes les possibilités et d'autre part par la concentration des efforts sur le strict nécessaire. La situation générale nous a tous rendus conscients du fait que nous sommes parvenus aux limites du système global de la circulation routière et que ces limites ont, à plusieurs égards, atteint leur point de rupture. Les points de friction de la voiture avec l'environnement, le développement général ainsi qu'avec les possibilités des instances d'exécutions du canton sont devenus une réalité. Cette collision était prévisible et n'est que le résultat de la propagation massive de la voiture. Malgré tout, on ne peut que constater le fossé toujours plus profond entre les possibilités d'action et le développement. Le fait que la qualité et la motivation soient en baisse dans de telles circonstances est démontré par les résultats des examens de conducteurs et des expertises au cours de l'exercice. Au cours des cinq dernières années, le nombre des candidats qui ont dû se présenter une troisième fois à l'examen de conducteur a augmenté de 35,6 pour cent pour l'examen partiel théorique, de 53,1 pour cent pour l'examen partiel de conduite dans le trafic et de 70,7 pour cent pour l'examen partiel de manœuvres. On peut ainsi en conclure que d'une part il y a toujours plus de personnes qui acquièrent une formation de conducteur et se présentent aux examens en n'ayant que peu ou pas du tout les capacités voulues et que d'autre part la volonté d'acquérir une formation solide n'existe plus que dans une mesure réduite. Il est évident que la procédure d'admission avant l'octroi du permis d'élève conducteur/permis de conduire doit être profondément modifiée et améliorée et que la motivation doit prendre une place plus importante au cours de la formation. Les moniteurs de conduite peuvent contribuer dans une large mesure à renforcer la motivation des élèves.

Les taux d'échec des examens de conduite n'ont guère changé en comparaison de l'année précédente et le taux de 0,45 d'examens supplémentaires pour les élèves passant leur premier examen est encore trop élevé. Le manque cruel de personnel dans les ateliers de la branche automobile a des conséquences toujours plus graves bien qu'il ait été sans aucun doute compensé en partie par les facilités d'entretien des voitures qui permettent d'espacer considérablement les services. Les difficultés dans le domaine des expertises de véhicules sont dues au surcroît d'expertises dont il a déjà été fait mention ainsi qu'au temps consacré aux expertises demandant énormément de temps (par exemple les contrôles subséquents des gaz d'émission effectués dans l'intérêt d'une diminution des éléments polluant l'atmosphère), à la réduction des capacités due à un nombre extraordinairement élevé d'engagements dans la protection civile, aux accidents non-professionnels, aux maladies et congés pour ancienneté de service du personnel ainsi qu'à l'impossibilité de déplacer les examens de conducteurs et les expertises de véhicules. Le retard qui est déjà important en particulier dans le domaine des expertises de véhicules empêche une amélioration de la situation dans un proche avenir. L'adoption prochaine du droit de la CE et des obligations de la EEE, quasi inévitable, aura pour conséquence

heute bis zur Kapazitätsgrenze ausgelastet sind, wäre eine Erhöhung des Personalbestandes nur dann möglich, wenn auch neue Prüfbahnen gebaut würden. Zur Erfüllung der Aufgaben wären beträchtliche finanzielle Mittel erforderlich. Die Mehrkosten könnten durch die Mehreinnahmen bei den Prüfungsgebühren nicht gedeckt werden. Für die Finanzierung dieser Auslagen müssten somit die Motorfahrzeugsteuern herangezogen werden. Interne und externe Bearbeitungen zur Reorganisation der Polizeidirektion und ihrer Ämter ergaben zudem, dass für das Vorhaben «weitere Regionalisierung im Strassenverkehr» mit Regionalbetrieben in Thun, Biel und Bützberg pro Regionalbetrieb eine zusätzliche Personalaufstockung von je 8 Experten und 23 Kanzleiangeestellten erforderlich würde. Die finanz- und personalpolitischen Zielsetzungen des Grossen Rates des Kantons Bern lassen eine Realisierung solcher Vorhaben im besten Falle erst in ferner Zukunft zu. Diesen Gegebenheiten steht die Tatsache gegenüber, dass das Expertenbüro bereits heute mit dem derzeitigen Personalbestand und der verfügbaren Infrastruktur die ihm übertragenen Arbeiten/Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Es müssen daher möglichst rasch machbare anderweitige Lösungen verwirklicht werden. Eine dieser Lösungen dürfte die weitgehende Privatisierung der Fahrzeug- und Führerprüfungen mit der Schaffung einer privatwirtschaftlichen Unternehmung sein. Diese Unternehmung könnte den Kanton personell, finanziell und bezüglich Infrastruktur entlasten und die anfallenden Aufgaben flexibel erfüllen. Solche Lösungen bestehen bereits in vielen anderen Ländern.

In der Fahrzeugprüfhalle Bern konnte in der zweiten Hälfte 1990 für die Prüfbahn 3 eine Abgas-Absauganlage beschafft und installiert werden. Diese Anlage ermöglicht ein Absaugen der Auspuffabgase direkt an den Fahrzeugen. Damit werden die Auspuffabgase nicht mehr in die Fahrzeugprüfhalle geblasen, was eine bedeutende Verbesserung der Arbeitsplatzverhältnisse für die Experten ergibt.

Ebenfalls realisiert werden konnte gegen Ende des Jahres 1990 die Erneuerung technischer Anlagen (Prüfstände, elektrische und Druckluftinstallationen) in der Fahrzeugprüfhalle Thun. Mit dem Einbau je eines modernen Rollen-Bremsprüfstandes für leichte bzw. schwere Motorwagen wurde der technische Stand der Prüfhalle erheblich verbessert. Die neuen Bremsprüfstände ermöglichen rationelle Bremsprüfungen nach den heutigen Erfordernissen und Arbeiterleichterungen für die Experten.

1990 sind 89 342 vom Expertenbüro durchgeführte ganze Fahrzeugprüfungen ausgewiesen, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 10 520 Prüfungen entspricht. Dieser Rückgang ist auf zeitaufwendigere Prüfungen und auf verminderte Kapazitäten zurückzuführen. Nachkontrollen von beanstandeten Fahrzeugen erfolgten insgesamt 40 648 (Vorjahr 47 731). Bezogen auf die Anzahl ganzer Prüfungen hat sich die Anzahl der Nachprüfungen von 47,7 Prozent auf 45,5 Prozent verändert.

Im Berichtsjahr wurden 14 438 erstmalige Führerprüfungen (leichte und schwere Motorwagen) abgenommen (Vorjahr: 13 770). Die Zunahme beträgt 668 Prüfungen. Von den Prüfungen wurden 8203 auf Anhieb bestanden, was 56,8 Prozent entspricht (Vorjahr: 58,9%). Bei den praktischen Führerprüfungen ist die Erfolgsquote gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent abgesunken. Die theoretischen Führerprüfungen zeigen gegenüber 1989 eine um 0,5 Prozent höhere Rückstellungsquote von 18,7 Prozent. Wiederum haben zu viele Kandidaten die erste Führerprüfung ohne genügende Ausbildung im Sinne eines Versuches abgelegt.

Theoretische Führerprüfungen der Kategorie Motorfahrrad erfolgten 2615 (Vorjahr: 3936). Der Trend «weg vom Motorfahrrad» hat sich hier ausgewirkt. Zudem wurden 3928 theoretische Führerprüfungen der Kategorie G (landwirtschaftliche Motorfahrzeuge) durchgeführt, gegenüber 3792 solchen Prü-

ne forte augmentation des expertises de véhicules et en partie des examens de conducteurs. Il faudrait alors engager 20 à 25 experts et sept ou huit fonctionnaires de chancellerie en plus pour liquider le travail. Les capacités des halles d'expertise étant déjà utilisées intégralement, une augmentation du personnel ne serait possible qu'à la condition que de nouvelles voies d'expertise soient construites. D'importants moyens financiers seraient nécessaires pour remplir ces tâches. Les dépenses supplémentaires ne pourraient pas être compensées par les recettes supplémentaires provenant des émoluments pour les expertises, il faudrait donc puiser dans les taxes sur les véhicules. Les rapports internes et externes sur la réorganisation de la Direction de la police et de ses offices ont en outre mis en évidence, que, pour réaliser le projet sur «une plus grande régionalisation du trafic routier» comprenant des bureaux régionaux à Thoun, Bienne et Bützberg, il faudrait augmenter le personnel en engageant 8 experts et 23 fonctionnaires de chancellerie en plus par bureau régional. La politique en matière de finances et de personnel du Grand Conseil du canton de Berne ne permettrait, dans le meilleur des cas, la réalisation d'un tel projet que dans un futur lointain. Par ailleurs, il faut tenir compte du fait que le Bureau des experts n'est déjà plus à même de remplir ses tâches avec le personnel et l'infrastructure dont il dispose actuellement. C'est pourquoi, des solutions de rechange pouvant être réalisées rapidement s'imposent. Une de ces solutions consisterait à privatiser dans une large mesure les examens de conducteurs et les expertises de véhicules en créant une entreprise privée. Cette entreprise pourrait décharger le canton dans le domaine du personnel, des finances et de l'infrastructure tout en étant capable d'adapter ses méthodes de travail aux circonstances. De telles solutions existent déjà dans d'autres pays.

Au cours du second semestre, une installation d'aspiration des gaz d'échappement a pu être acquise et installée pour la voie d'expertise 3 de la halle d'expertise des véhicules à Berne. Cette installation permet d'aspirer les gaz d'échappement directement des voitures. Ces gaz ne sont plus expulsés dans la halle d'expertise, ce qui va améliorer nettement les conditions de travail des experts.

Vers la fin de l'exercice, certaines installations techniques (plates-formes d'essai, installations d'air comprimé électriques) ont été également mises en place dans la halle d'expertise de Thoun. Le montage de deux bandes de freinage à rouleaux modernes pour les voitures automobiles légères et lourdes a fortement amélioré la capacité technique de cette halle d'expertise. Elles permettent un contrôle des freins rationnel, adapté aux exigences actuelles, et facilitent le travail des experts.

Le Bureau des experts a procédé à 89 342 expertises complètes, soit une diminution de 10 520 par rapport à l'année précédente. Cette baisse est due aux expertises demandant davantage de temps et à la diminution des capacités. 40 648 (47 731) expertises subséquentes de véhicules défectueux ont eu lieu après réclamation. Par rapport au nombre des expertises complètes, celui des expertises subséquentes est passé de 47,7 à 45,5 pour cent.

14 438 (13 770) examens complets de nouveaux conducteurs ont été effectués (voitures automobiles légères et lourdes), ce qui représente une augmentation de 668 examens. 8203 de ces examens ont été réussis du premier coup, soit 56,8 pour cent (58,9%). Comparé à l'année précédente, le taux de succès aux examens pratiques a baissé de 0,7 pour cent. Le pourcentage d'échecs aux examens théoriques a été de 18,7 pour cent, soit une augmentation de 0,5 pour cent par rapport à l'année précédente. Trop de candidats ont, à nouveau, considéré ce premier examen comme un galop d'essai.

On a enregistré 2615 (3936) examens théoriques pour cyclomoteurs. Ce résultat reflète la tendance à la baisse des achats de cyclomoteurs. 3928 (3792) examens théoriques pour la

fungen im Vorjahr. Die Erfolgsquoten bei den theoretischen Führerprüfungen der Kategorien G und Motorfahrrad lagen bei über 96 bzw. 85 Prozent.

Über die Tätigkeiten der Fahrlehrer und weiterer Ausbildner geben folgende Angaben Auskunft:

	1990	1989
Von autorisierten Fahrlehrern sind 13 222 Schüler (Vorjahr: 12 728) ausgebildet bzw. zur Prüfung gebracht worden. Davon haben 5529 die erste Prüfung nicht bestanden	= 41,8%	39,9%
Von ausserkantonalen Fahrlehrern sowie von Betriebsfahrlehrern kamen 304 Schüler (Vorjahr: 315) zur Prüfung. Von diesen haben 135 die erste Prüfung nicht bestanden	= 44,4%	40,6%
Privatpersonen haben 706 Kandidaten ausgebildet (Vorjahr: 509), von denen 399 die erste Prüfung nicht bestanden	= 56,5%	52,6%
Von 170 schriftlich abgelehnten Kandidaten ¹ (Vorjahr: 175) mussten bei der ersten Prüfung 163 zurückgestellt werden	= 95,8%	93,1%
Von den 36 Schülern (Vorjahr: 43) mit roten Karten (der Fahrlehrer bestätigt damit eine Ausbildung von weniger als 10 Lektionen Fahrunterricht) mussten 9 zurückgestellt werden	= 25,0%	44,2%
Die Rückstellquoten der Teilprüfungen betragen:		
– Theorie	= 18,7%	18,2%
– Manöver	= 15,9%	14,9%
– Verkehr	= 29,0%	28,2%
– Praktischer Teil (Verkehr und Manöver)	= 34,0%	33,3%

¹ Der Fahrlehrer kann die Verantwortung vor der Prüfung schriftlich ablehnen (OV), wenn er die Ausbildung des Kandidaten als ungenügend erachtet, dieser jedoch auf dem Ablegen der Prüfung besteht.

Die Arbeiten des Jahres 1990 entfallen vorwiegend auf folgende Prüfungen:

	1990	1989
Führerprüfungen jeglicher Art: Total 74 365 (Vorjahr: 73 057) bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	338	332
Fahrzeugprüfungen jeglicher Art ¹ : Total 129 990 (Vorjahr: 147 593) bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	591	671
¹ Davon periodische Kontrollen: Total 71 962 (Vorjahr: 80 600) bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	327	366

Insgesamt sind 1990 vom Expertenbüro 204 355 Fahrzeug- und Führerprüfungen jeglicher Art durchgeführt worden, bzw. 16 295 oder 7,39 Prozent weniger als im Vorjahr. Dabei ist bei den Führerprüfungen eine Zunahme von 1308 und bei den Fahrzeugprüfungen eine Abnahme von 17 603 ausgewiesen. Auf die Gründe dieser Entwicklung wurde bereits hingewiesen.

Im Jahre 1990 sind auch folgende Fahrlehrerprüfungen vorbereitet und durchgeführt worden:

Prüfungsart	Frühjahr 1990	Herbst 1990	Total
Vorprüfungen Kat. I	3	8	11
Wiederholungs-Vorprüfungen Kat. I	1	–	1
Vorprüfungen Kat. II	1	2	3
Hauptprüfungen Kat. I	20	–	20
Hauptprüfungen Kat. II	–	18	18
Gesamttotal	25	28	53

Die Einnahmen (Gebühren) decken alle Ausgaben des Expertenbüros (inkl. Kosten für die Erneuerung der Bremsprüfstände in Thun und für die Abgas-Absauganlage der Prüfbahn 3 in Bern). Wie in früheren Jahren ist somit auch wieder 1990 die Eigenwirtschaftlichkeit des Expertenbüros ausgewiesen.

catégorie G (véhicules automobiles agricoles) ont été effectués. Le taux de succès des examens théoriques était de 96 pour cent pour les conducteurs de la catégorie G et 85 pour cent pour les conducteurs de cyclomoteurs.

Le tableau suivant renseigne sur l'activité des moniteurs de conduite et autres responsables de la formation:

	1990	1989
Sur les 13 222 (12 728) élèves formés par des moniteurs de conduite autorisés et présentés à l'examen, 5529 ont échoué au premier examen	= 41,8%	39,9%
Sur 304 (315) élèves présentés à l'examen par des moniteurs d'autres cantons ainsi que par des moniteurs d'entreprise, 135 ont échoué au premier examen	= 44,4%	40,6%
Sur les 706 (509) candidats formés par des particuliers, 399 ont échoué au premier examen	= 56,5%	52,6%
Sur les 170 (175) élèves dont la candidature a été refusée par écrit ¹ , 163 ont échoué au premier examen	= 95,8%	93,1%
Sur les 36 (43) candidats munis de la carte rouge (le moniteur de conduite y confirme par écrit une formation de moins de 10 leçons de conduite), 9 ont échoué au premier examen	= 25,0%	44,2%
Le pourcentage des échecs aux examens partiels se répartit comme suit:		
– théorie	= 18,7%	18,2%
– manœuvres	= 15,9%	14,9%
– circulation	= 29,0%	28,2%
– partie pratique (circulation et manœuvres)	= 34,0%	33,3%

¹ Le moniteur de conduite peut décliner toute responsabilité par écrit avant l'examen s'il considère la formation du candidat comme insuffisante et que celui-ci persiste à passer l'examen.

Les travaux de l'année 1990 portent principalement sur les examens suivants:

	1990	1989
Examens de conducteurs pour toutes les catégories: 74 365 (73 057), soit par journée de travail, en moyenne	338	332
Expertises de véhicules pour toutes les catégories ¹ : 129 990 (147 593), soit par journée de travail, en moyenne	591	671
¹ dont contrôles périodiques: 71 962 (80 600), soit par journée de travail, en moyenne	327	366

204 355 expertises de véhicules et examens de conducteurs au total, regroupant toutes les catégories, ont été effectués au cours de l'année, soit 16 295 ou 7,39 pour cent de moins que l'année précédente. Ce chiffre comprend une augmentation de 1308 examens de conducteurs et une diminution de 17 603 expertises de véhicules. Les motifs de cette évolution ont déjà été mentionnés.

Au cours de l'exercice, les examens suivants pour moniteurs de conduite ont été préparés et effectués:

Genre d'examen	Printemps 1990	Automne 1990	Total
Examens préliminaires cat. I	3	8	11
Répétitions des examens cat. I	1	–	1
Examens préliminaires cat. II	1	2	3
Examens principaux cat. I	20	–	20
Examens principaux cat. II	–	18	18
Total	25	28	53

Les recettes d'émoluments couvrent toutes les dépenses du Bureau des experts (y compris les coûts du renouvellement des bandes de freinage à Thoune et de l'installation d'aspiration des gaz d'échappement pour la voie d'expertise 3 à Berne), ce qui démontre cette année encore l'autonomie financière de notre Bureau.

2.8 **Polizeikorps**2.8 **Corps de police**2.8.1 *Einleitung*2.8.1 *Introduction**Neues Polizeidekret/Organisation*

Die Fortführung und Umsetzung der im Jahre 1987 mit Kreditbeschluss des Grossen Rates ausgelöst und mit der Beraterfirma TC Team Consult durchgeführten Überprüfung der Kantonspolizei Bern in bezug auf Organisation, Führung, Aus- und Weiterbildung, materielle Fragen, Infrastruktur, bildeten auch im Berichtsjahr ein arbeits- und zeitintensives Thema. Als konkretes Ergebnis davon konnte, in enger Zusammenarbeit mit dem Seminar für öffentliches Recht der Universität Bern, ein neues Dekret entworfen werden, das dem Polizeikorps zusammen mit einem neuen Polizeigesetz als rechtliche Grundlage für die Zukunft dienen soll. Hervorzuheben ist, dass im neuen Dekret die Detailorganisation des Korps nicht abschliessend festgelegt wird. Vielmehr steht, sie habe sich unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte nach den polizeitaktischen Erfordernissen zu richten. Die notwendigen Organisationseinheiten sollen künftig durch den Regierungsrat geregelt werden, um auf veränderte Anforderungen zeitgerecht reagieren zu können. Entwurf und Vortrag befinden sich beim Regierungsrat bzw. in der von ihm angeordneten Vernehmlassung.

Aus Sicht des Polizeikommandos und des Polizeikorps wird sehr bedauert, dass die Regierung nicht auf die ursprüngliche Fassung des neuen Dekrets eingetreten ist, sondern den Besoldungsteil ausgesetzt hat. Mit diesem wäre eine wesentlich gerechtere, weil differenzierte, vom Dienstgrad entkoppelte, dafür nach Funktion und Leistung bemessene Entlohnung möglich geworden. Damit bleibt ein wichtiges Postulat aus der Betriebsanalyse unerfüllt, auf das im Rahmen der gegenwärtig laufenden Besoldungsrevision des gesamten Staatspersonals in einem zweiten Schritt unbedingt zurückzukommen ist.

Infrastruktur

Mit der Festlegung der Projektorganisation «Infrastruktur 2000» sind die organisatorischen Voraussetzungen für die schrittweise Planung und Realisierung der Infrastrukturmassnahmen der Kantonspolizei geschaffen worden. Das Investitionsprogramm «Infrastruktur 2000» kann in drei Hauptbereiche unterteilt werden:

- Informatik
- Telekommunikation
- Bauten.

Informatikvorhaben «GEKO» (Gesamtkonzeption)

Die Phase der Vorabklärung ist beendet. Anlässlich der Dezember-Session hat der Grosse Rat die Projektierungsbewilligung erteilt. Im nächsten Schritt müssen die Grundlagen für die Realisierungsphase bereitgestellt werden. Der Antrag zur Erteilung der Realisierungsbewilligung wird dem Grossen Rat 1991 vorgelegt.

Telekommunikation

Der Umbau der Richtstrahlverbindungen des Funknetzes verläuft planmässig. Die Fundamente für die Antennentürme der beiden Relais im Berner-Jura sind fertiggestellt. Sobald die Witterung es zulässt, können die bereitstehenden Antennemaste aufgestellt und montiert werden. Das Gesamtprojekt «LIDIKA» (LINK DIGITAL KAPO BERN) wird 1992 seinen Betrieb aufnehmen. Die Funkausbreitungsmessungen, welche als Grundlage für die weitere Planung dienen, wurden 1990 begonnen und werden 1991 weitergeführt.

In der November-Session hat der Grosse Rat den Realisierungskredit für den Ersatz der ausgedienten Telefonzentrale im Ringhof bewilligt. Dieses direktionsübergreifende Projekt (Poli-

Nouveau décret concernant le corps de police/organisation

En 1987, le Grand Conseil a décidé l'octroi d'un crédit pour l'examen de la police cantonale bernoise par la firme TC Team Consult. La poursuite et la réalisation de ce projet comprenant les volets organisation, conduite, formation et perfectionnement, questions matérielles, infrastructure, ont, cet exercice encore, nécessité beaucoup de travail et de temps. En étroite collaboration avec le séminaire de droit public de l'Université de Berne, il a été procédé à l'élaboration d'un projet pour un nouveau décret qui doit servir à l'avenir, conjointement avec la nouvelle loi sur la police, de base légale au corps de police. Il faut relever que l'organisation du corps de police n'a pas été réglée en détail dans ce nouveau décret, car elle dépend bien plus des exigences découlant de la tactique policière, compte tenu des aspects économiques. Les unités d'organisation nécessaires seront réglées à l'avenir par le Conseil-exécutif afin qu'il soit possible de réagir rapidement aux changements. Le projet et le rapport se trouvent auprès du Conseil-exécutif, c'est-à-dire qu'ils sont l'objet de la procédure de consultation qu'il a ordonnée.

Du point de vue du commandement et du corps de police, il est fort regrettable que le gouvernement ne soit pas entré en matière sur la version initiale du nouveau décret, mais qu'il ait suspendu le chapitre des traitements. La solution présentée aurait permis une rémunération plus équitable, parce que tenant compte des différences, qui aurait été dissociée du grade de service mais aurait tenu compte de la fonction et du rendement. En conséquence, un important postulat de l'analyse n'est pas réalisé; il faudra donc y revenir dans le cadre de la révision des traitements de l'ensemble du personnel de l'Etat actuellement en cours.

Infrastructure

Le projet d'organisation «Infrastructure 2000» a créé les conditions nécessaires au niveau de l'organisation pour une planification et une réalisation par étapes de la structure de la police cantonale. Le programme d'investissements «Infrastructure 2000» peut être subdivisé en trois domaines principaux:

- Informatique
- Télécommunications
- Bâtiments

Projet informatique «GEKO» (conception globale)

La phase des travaux préparatoires est terminée. Au cours de la session de décembre, le Grand Conseil a donné son accord pour le projet d'étude. Il faudra tout d'abord préparer les bases pour la phase de réalisation. La proposition pour l'octroi de l'autorisation de réaliser ce projet sera présentée au Grand Conseil en 1991.

Télécommunications

La transformation des liaisons par ondes dirigées dans le cadre du réseau radio de la police cantonale se déroule comme prévu. Les fondations pour les deux tours d'antenne des deux relais dans le Jura bernois sont terminées. Dès que les conditions atmosphériques le permettront, les pylônes d'antenne qui sont déjà disponibles pourront être montés. Le projet global «LIDIKA» (LINK DIGITAL KAPO BERN) pourra être mis en exploitation en 1992. Les mesures de propagation des ondes radio servant de base pour continuer la planification ont débuté en 1990 et seront poursuivies en 1991.

Durant la session de novembre, le Grand Conseil a autorisé l'octroi du crédit de réalisation pour le remplacement du central

zeikommando, Bezirksverwaltung und weitere Dienststellen) soll bis Anfang 1992 zum Abschluss gebracht werden.

Es zeigt sich, dass mit zunehmendem Alter der finanzielle und personelle Aufwand für die Instandhaltung unserer Pheripheriegeräte und -anlagen des Funknetzes (Funkgeräte für Fahrzeuge und für den portablen Einsatz, Chiffriergeräte, 2m-Ausrüstungen für Relaisstationen, Bezirksfunkgeräte, Fk-Anlagen der Kdo-Stellen usw.) stark in die Höhe steigen. So mussten 1990 einige Funkgeräte und -anlagen ersetzt werden, da keine Ersatzteile für die Reparatur mehr vorhanden waren. Die Einsatztauglichkeit des Netzes konnte durch Neuanschaffung der entsprechenden Geräte aufrechterhalten werden.

Bauten

Der Regierungsrat hat am 5. September 1990 die Baudirektion des Kantons Bern ermächtigt, die Problemanalyse und Studie von Lösungsmöglichkeiten sowie die Grobschätzung der Baukosten für die Realisierung der Polizeieinsatzzentrale der Kantonspolizei einzuleiten. Erste Vorabklärungen haben ergeben, dass die Polizeieinsatzzentrale (PEZ) aus Gründen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit im Gebäudekomplex Ringhof in Bern untergebracht werden soll. Bis Ende 1991 soll die Studie abgeschlossen sein und eine grobe Kostenschätzung für die Projektierung und Ausführung vorliegen.

Neugestaltung der Führungsschulung

Ein weiteres Schwergewicht nach der Erarbeitung des Dekretes und der eingeleiteten Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur hat auf der Neukonzeption der Führungsschulung gelegen. Dazu wurde ein Führungsbrevier geschaffen und an alle Korpsangehörigen abgegeben. Es formuliert das Leitbild, die Ziele der Kantonspolizei und enthält die Leitlinien der Führung, des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens im Polizeikorps. Der Inhalt dieses Breviers ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf jeder Stufe verbindlich. Damit ihm auch tatsächlich nachgelebt wird und es bei der täglichen Arbeit einen hohen Stellenwert einnehmen kann, werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem Schultag aufgebildet. Schliesslich ist auch die Führungsschulung für die Vorgesetzten aller Stufen auf eine neue Basis gestellt und intensiviert worden.

Psychologischer Dienst

Nach einer einjährigen Ausbildung von sechs an Psychologie interessierten und geeignet erscheinenden Angehörigen aus dem Polizeikorps konnte am 1. November bei der Kantonspolizei ein «Psychologischer Dienst» geschaffen werden. Personell besteht dieser aus dem Leiter zu 100 Prozent sowie aus einer Beamtin und zwei Beamten bis zu je 50 Prozent. Die drei teils im psychologischen Dienst arbeitenden Personen stehen daneben im aktiven Polizeidienst. Die Ausbildung und die Begleitung erfolgte durch die Herren Prof. Semmer, Leiter des Psychologischen Institutes der Universität Bern, und seinem Assistenten Urs Jost, diplomierter Psychologe. Letzterer ist für die Aufbauphase und die kontinuierliche Weiterbildung des jungen Teams zu 60 Prozent beim Polizeikommando angestellt. Der Aufgabenbereich des «Psychologischen Dienstes» besteht aus:

- Lehrtätigkeit
- Beratung und Betreuung der Vorgesetzten
- Beratung und Betreuung der Mitarbeiter.

Die erste Kurzbilanz deutet darauf hin, dass mit dem neuen Dienstzweig ein echtes Bedürfnis abgedeckt werden konnte.

Umweltschutz und Lärmbekämpfung

Im Umweltschutz- und Lärmbereich stellt die Kantonspolizei zunehmende Gefahren sowie eine weitere Sensibilisierung und Empfindlichkeit in der Bevölkerung fest. Das sehr breit gefä-

téléphonique hors d'usage au Ringhof. Ce projet, dépassant les limites de la Direction (commandement de police, administration de district et autres services), devrait être terminé d'ici le début de 1992.

L'expérience a montré que plus les appareils et installations périphériques de notre réseau radio (émetteurs-récepteurs pour véhicules et portatifs, appareils de codage numériques, équipements 2 m pour les stations relais, émetteurs-récepteurs pour les districts, installations radio des postes du commandement, etc.) sont anciens, plus leur entretien occasionne des dépenses et du travail. Divers émetteurs-récepteurs et installations radio ont dû être remplacés au cours de l'exercice, faute de pièces de rechange. Ces nouvelles acquisitions ont permis de maintenir la capacité du réseau radio.

Bâtiments

Le 5 septembre 1990, le Conseil-exécutif a chargé la Direction des travaux publics du canton de Berne de commencer l'analyse des problèmes et l'étude des possibilités de solutions et d'établir une estimation approximative des coûts de construction pour la réalisation de la centrale d'engagement de la police cantonale. Les premiers travaux préparatoires ont démontré que cette centrale (CEP) doit être située au Ringhof pour des raisons de sécurité et de rentabilité. L'étude devrait être achevée et une estimation approximative des coûts du projet et de sa réalisation devrait être disponible d'ici la fin de 1991.

Réforme de la formation à la conduite

Après l'élaboration du décret et la mise sur pied des projets pour l'amélioration de l'infrastructure, l'accent a été mis sur la réforme de la formation à la conduite. Un manuel de conduite a été créé et remis à tous les membres du corps de police. Le profil et les buts poursuivis par la police cantonale y sont formulés et il contient les lignes directrices de la conduite, de la cohabitation et de la collaboration au sein du corps de police. Son contenu a force obligatoire pour toutes les collaboratrices et tous les collaborateurs à chaque échelon. Chaque collaboratrice et collaborateur est convoqué à une journée de formation afin que les principes de ce manuel soient appliqués et aient leur place dans le travail quotidien. En outre, la formation des supérieurs à chaque échelon a été revue et intensifiée.

Service psychologique

Un service psychologique a été créé à la police cantonale après que six membres du corps de police intéressés par la psychologie et semblant remplir les conditions nécessaires eurent suivi une formation d'une année. Son personnel est composé du chef à plein temps et de trois fonctionnaires, dont une femme, travaillant chacun jusqu'à 50 pour cent. Les trois personnes à temps partiel travaillent en outre pour le service de police. Le Professeur Semmer, chef de l'Institut psychologique de l'Université de Berne et son assistant, Monsieur Urs Jost, psychologue diplômé, ont assumé la formation, l'accompagnement et le suivi de ces fonctionnaires. Monsieur Jost a été engagé par le commandement de police à raison de 60 pour cent pour collaborer à la phase de mise en place et assurer la formation permanente de cette jeune équipe. Le champ d'activité de ce service comprend:

- Enseignement
- Information et encadrement des chefs
- Information et encadrement des collaborateurs

Le premier bilan succinct des résultats obtenus porte à croire que ce nouveau service répond à un réel besoin.

Protection de l'environnement et lutte contre le bruit

La police cantonale constate des menaces croissantes dans ce secteur ainsi qu'une sensibilité accrue de la population à son égard. Les problèmes de ce domaine aux multiples facettes ne

cherte Gebiet wird erst mit einer neuen Organisationsstruktur effizient angegangen werden können. Trotzdem werden die fachspezifische Aus- und Weiterbildung sowie die spezialisierte Kontrolltätigkeit bereits heute vorangetrieben, sei dies auf dem Gebiet «Transport gefährlicher Güter auf der Strasse (SDR)», Lärmmessungen, Unterstützung der Justizbehörden durch spezialisierte Polizeibeamte usw. Trotz engerer Zusammenarbeit mit anderen im Umweltbereich tätigen Behörden und Verwaltungsstellen wird die Kantonspolizei mittel- oder längerfristig kaum um die Anstellung von wissenschaftlich geschulten Spezialisten herkommen.

2.8.2 *Kommandostab*

Der Personaldienst versandte im Berichtsjahr insgesamt 680 Werbedokumentationen an Interessentinnen (160) und Interessenten. 24 Frauen und 125 Männer bewarben sich in der Folge für eine Aufnahme in die nächste Polizeischule. Nach durchgeführtem Auswahlverfahren konnten davon 8 Frauen und 34 Männer deutscher sowie 4 französischer Zunge berücksichtigt werden. Generell kann gesagt werden, dass im Berichtsjahr zwar noch weniger junge Menschen ihr persönliches Interesse für den Polizeiberuf bekundeten, aber von den Voraussetzungen her mehr geeignete.

Im Vergleich zu den übrigen grösseren Polizeikorps der Schweiz hat die Kantonspolizei Bern das niedrigste Werbebudget. 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (26 vereidigte Beamtinnen und Beamte sowie 3 Zivilangestellte) haben ihre Anstellung beim Polizeikorps des Kantons Bern gekündigt. 18 Polizeibeamte wurden pensioniert, davon 14 vorzeitig, Zivilangestellte 3, davon 2 vorzeitig. 5 aktive Polizeibeamte und 1 Zivilangestellter sind verstorben. Damit waren total 56 Abgänge zu verzeichnen.

Die relativ hohe Zahl an Abgängen von Polizeibeamten musste erneut durch vermehrte Anstellung von Zivilangestellten wettgemacht werden, weshalb sich deren Anzahl im Korps von 93 auf 105 erhöht hat. Der Korpsbestand (inkl. Zivilangestellte) hat im Berichtsjahr um drei auf 1414 zugenommen.

Am Konzept der 15monatigen Grundausbildung in der Polizeischule wurden bloss punktuelle Korrekturen vorgenommen. Insbesondere wurde – in Anpassung an den praktischen Bedarf – das Tatbestandszeichnen auf das Erstellen von Planskizzen reduziert. Die daraus gewonnenen Lektionen dienten für den neu in den Lehrstoffplan aufgenommenen Unterricht über Umweltschutz (Chemie, Gefahrgüter, Gewässerschutz usw.). Das Praktikum wurde von 4 auf 5 Wochen verlängert. In der zusätzlichen Woche leisten die Aspirantinnen und Aspiranten praktischen Polizeidienst bei der Sanitätspolizei der Stadt Bern (Romands beim Sanitätsdienst der Stadt Biel), beim Fahndungs-/Informationsdienst, bei der Einsatzzentrale Bern und beim «Technischen Zug» (Romands bei der Gendarmerie mobile in Moutier) in Form von Stages, welche bisher aus zeitlichen Gründen nicht möglich waren.

Im Frühling konnten 6 Aspirantinnen und 32 Aspiranten der Polizeischule 1989/90 vereidigt und stationiert werden. Die Polizeischule 1990/91 umfasst total 40 Aspirantinnen und Aspiranten (36 Kantonspolizei Bern, 4 Stadtpolizei Thun), wovon 6 Frauen und 5 Romands. Auch der rege besuchten freiwilligen Weiterbildung konnte im Berichtsjahr wieder volles Augenmerk geschenkt werden.

Im Bereich der Polizeiposten und Dienstwohnungen standen 48 gekündigten Mietobjekten 41 neue Vertragsabschlüsse gegenüber. Der unvermindert anhaltende Aufwärtstrend auf dem Hypothekarzinsmarkt blieb auch für die Kantonspolizei Bern nicht ohne Folgen, mussten doch Mietzinserhöhungen von rund 564 000 Franken entgegengenommen werden. Bessere Arbeitsverhältnisse und teilweise Steigerung der Sicherheit konnten durch Verlegung, Erweiterung oder Umbau der

pourront être abordés de manière efficace que par une nouvelle structure d'organisation. Malgré cela, la formation de base et le perfectionnement des spécialistes en la matière ainsi que les contrôles spécialisés sont déjà à l'ordre du jour, qu'il s'agisse des «transports des marchandises dangereuses par route», des mesures du bruit, de l'appui apporté aux autorités judiciaires par les fonctionnaires de police spécialisés, etc. Malgré l'étroite collaboration avec d'autres autorités ou services de l'administration exerçant leur activité dans le domaine de l'environnement, la police cantonale ne pourra pas éviter d'engager, tôt ou tard, des spécialistes scientifiques en la matière.

2.8.2 *Etat-major*

Le service du personnel a adressé sa documentation publicitaire à 680 personnes intéressées, dont 160 femmes. 24 femmes et 125 hommes se sont ensuite portés candidats pour la prochaine école de police. Après la procédure de sélection, 8 femmes et 34 hommes de langue allemande et 4 de langue française ont pu être pris en considération. En général, on peut dire que le nombre des jeunes gens s'intéressant à la profession de fonctionnaire de police a encore diminué au cours de cette année, mais que leur qualification était par contre meilleure.

En comparaison des autres grands corps de police de Suisse, la police cantonale bernoise a le budget publicitaire le plus bas. 29 collaboratrices et collaborateurs (26 fonctionnaires de police assermentés et 3 fonctionnaires civils) ont résilié leur engagement auprès du corps de police. 18 ont été mis à la retraite, dont 14 en retraite anticipée; 3 fonctionnaires civils ont été également mis à la retraite, dont 2 en retraite anticipée. 5 fonctionnaires de police en service actif et 1 fonctionnaire civil sont décédés, ce qui porte à 56 le nombre des départs.

Le nombre relativement élevé de départs de fonctionnaires de police a dû être à nouveau compensé par l'engagement de fonctionnaires civils; c'est la raison pour laquelle leur nombre au sein du corps de police est passé de 93 à 105. L'effectif du corps (personnel civil inclus) a augmenté de trois unités pour passer à 1414 personnes.

Seules quelques modifications ont été apportées à la formation de base donnée à l'école de police pendant 15 mois. Compte tenu des nécessités, les croquis ont remplacé les plans de situation à l'échelle. Les leçons qu'on a pu en tirer ont été utilisées pour l'enseignement se rapportant à l'environnement qui a été introduit dans le programme de formation (chimie, matières dangereuses, protection des eaux, etc.). Les stages ont été prolongés d'une semaine, soit cinq semaines au total. Au cours de cette semaine supplémentaire, les aspirantes et aspirants font des stages pratiques, qui ne pouvaient pas être organisés auparavant par manque de temps, à la police sanitaire de la Ville de Berne (les Romands au service sanitaire de la Ville de Bienne), à la police de sûreté et au service d'information, à la centrale d'engagement de Berne et à la section technique (les Romands à la gendarmerie mobile à Moutier). Au printemps, 6 aspirantes et 32 aspirants de l'école de police 1989/90 ont été assermentés et mis en poste. L'école de police 1990/91 comprend 40 aspirantes et aspirants (32 de la police cantonale bernoise, 4 de la police municipale de Thoun), dont 6 femmes et 5 Romands. Les cours de perfectionnement non obligatoires ont été à nouveau suivis avec beaucoup d'intérêt.

Dans le domaine des postes de police et des appartements de service, 48 baux ont été résiliés et 41 nouveaux baux ont été conclus. La montée incessante des taux hypothécaires a eu également des suites fâcheuses pour la police cantonale, puisque l'augmentation des loyers a été environ de 564 000 francs. Le déplacement, l'agrandissement ou la transformation des locaux de service à Büren a.A., Brügg, Ittigen, du Ringhof/

Dienstunterkünfte in Büren a. A., Brügg, Ittigen, Ringhof/Bern und VZ/Bern erreicht werden. Bauliche und organisatorische Massnahmen erforderte die Erhöhung der Sicherheit in den Bezirks- und Regionalgefängnissen von Wimmis, Thun und Bern.

Im Bereich Uniformierung wurden im Herbst Tragversuche mit einer neuen Kopfbedeckung (Beret) durchgeführt. Die Berichte sind überwiegend positiv ausgefallen. Nach weiteren Abklärungen soll im Frühjahr 1991 ein Entscheid gefällt werden, der vom ganzen Korps getragen wird.

Die Uniform der Polizeibeamtinnen wurde auf Wunsch der Trägerinnen vermehrt wieder der Männeruniform angepasst. Ein Unterschied zwischen den beiden Uniformen besteht kaum mehr. Modetrends sollen zugunsten der Kontinuität zurücktreten.

Nach der Abschaffung des obligatorischen Korpsschiessens mit Karabiner und Sturmgewehr wurde die Rückführung dieser Waffen angeordnet. Diese Demobilisierung ist abgeschlossen, so dass das Polizeikorps heute nur noch die Pistole als persönliche Dienstwaffe besitzt.

Damit die polizeilichen Aufgaben bei einem Chemie- bzw. Atomunfall erfüllt werden können, ist in der Kapo Bern ein Schutzkonzept erarbeitet worden. Es gliedert sich in zwei Hauptteile: das Schutzmaterial- und das Ausbildungskonzept. Das Schutzmaterial soll die Beamten bei einem Unfall mit chemischen bzw. mit radioaktiven Stoffen in der Zone 2 (ab 60 bis 100 m vom Schadenplatz entfernt) schützen. Die Schutzausrüstungen sind nicht persönlich zugeteilt, sondern werden in den Einsatzfahrzeugen mitgeführt. Damit wird sichergestellt, dass zeitverzugslos in der Schutzausrüstung die polizeilichen Aufgaben im Ereignisfall erfüllt werden können. Eine erste Tranche der erforderlichen Schutzausrüstung mit Kombifiltermaske konnte bereits angeschafft werden. Die Handhabung des Schutzmaterials und die Problematik eines solchen Ereignisses werden in der Grund- und Weiterbildung geübt bzw. behandelt. In der laufenden Polizeischule wird bereits gemäss diesem Konzept ausgebildet.

Schwergewichte in der Öffentlichkeitsarbeit waren einerseits der weitere Ausbau der aktiven Information, andererseits die Teilnahme an der BEA-Sonderschau «Berufe rund um den Verkehr» und an der Gewerbeausstellung in Spiez mit der gemeinsam mit dem Strassenverkehrs- und Schiffsverkehrsamt erarbeiteten Wanderausstellung «Sicherheit erleben». Für die zahlreichen Führungen von Besuchergruppen in den einzelnen Abteilungen wurde ein Prospekt «Kantonspolizei Bern – Für Ihre Sicherheit rund um die Uhr» realisiert.

Der harte Konkurrenzkampf der Medien wird für die Polizei vor allem im Bereich der gerichtspolizeilichen Information – die Informationskompetenz liegt beim Untersuchungsrichter – deutlich spürbar.

Die Kantonspolizei will in den nächsten Jahren ihre Beratungstätigkeit in der Verbrechensverhütung und in der allgemeinen Sicherheit ausbauen. In dieser Beziehung sind die ersten Vorarbeiten für eine 1991 zu schaffende Informations- und Beratungsstelle erfolgt, die die bisherigen getrennt laufenden Bestrebungen koordiniert und vorantreibt.

2.8.3 *Bezirksabteilung*

Die Bezirkspolizei beteiligte sich an verschiedenen Schwerpunktaktionen wie gezielten Personen- und Fahrzeugkontrollen, Überwachung und damit Sicherung von Schulwegen, Verhalten von Senioren im Strassenverkehr, Massnahmen gegen Einbruchdiebstähle, sporadische Überwachung von Wohn- und Industriequartieren und andere mehr. Der faktisch kaum messbare Erfolg der präventiven Arbeit gewinnt im Dienstall-

Berne et de la centrale de la circulation/Berne ont amélioré les conditions de travail et augmenté en partie la sécurité. Les mesures prises au niveau de la construction et de l'organisation ont permis d'amplifier la sécurité dans les prisons régionales et de district de Wimmis, Thoun et Berne.

En automne, les essais pour un nouveau couvre-chef (béret) ont eu des résultats positifs. Une décision sera prise au printemps 1991 qui sera soutenue par tout le corps de police.

L'uniforme des fonctionnaires de police féminines a été, sur leur propre demande, adapté davantage à celui de leurs collègues masculins. Il n'existe plus guère de différence entre ces deux uniformes. La mode devrait faire place à la continuité.

Après que le tir obligatoire du corps de police avec les carabines et les fusils d'assaut eut été supprimé, la remise de ces armes a été ordonnée. Cette démobilisation étant terminée, les membres du corps de police ne disposent plus que du pistolet comme arme de service personnelle.

Afin que les tâches policières puissent être remplies en cas d'accident chimique ou atomique, un concept de protection a été élaboré à la police cantonale. Il est divisé en deux parties qui sont le matériel de protection et la formation.

Le matériel de protection doit protéger les fonctionnaires au cours d'un accident chimique ou avec des éléments radioactifs dans la zone 2 (éloigné d'au moins 60 à 100 m du lieu de l'accident). L'équipement de protection n'est pas mis à la disposition personnelle des agents, mais transporté dans les véhicules d'engagement. En cas d'accident, les tâches policières peuvent être ainsi remplies sans retard par la police munie de son équipement de protection. Une première tranche de l'équipement de protection nécessaire avec le masque à filtre combiné à déjà été acquise. La formation de base et de perfectionnement comprend l'exercice du maniement de ce matériel et le traitement des problèmes liés à ce genre d'accidents. Ce concept est déjà utilisé dans l'école de police en cours.

Les points dominants dans le domaine des relations publiques ont été d'une part l'intensification de l'information, d'autre part la participation à l'exposition spéciale de la BEA sur les professions en rapport avec le trafic routier et à l'exposition industrielle de Spiez avec l'exposition itinérante «Vivre en sécurité» réalisée en collaboration avec l'Office de la circulation routière et de la navigation. Le dépliant «La police cantonale bernoise – pour votre sécurité 24 heures sur 24» a été conçu pour les nombreux groupes de visiteurs dans les différents services.

La forte concurrence entre les divers médias se manifeste pour la police particulièrement dans le domaine de l'information sur la police judiciaire bien que la compétence en matière d'information soit du ressort du juge d'instruction.

Au cours de ces prochaines années, la police cantonale va développer son activité dans le domaine touchant les conseils à donner pour la prévention contre la criminalité et dans celui de la sécurité en général. Les premiers travaux préliminaires pour le service d'information et de conseil qui doit être créé à cet effet en 1991 sont déjà effectués. Ce service va coordonner et accélérer les tâches qui, jusqu'à maintenant, ont été remplies séparément.

2.8.3 *Police des districts*

La police des districts a participé à différentes opérations importantes telles que les contrôles méthodiques de personnes et de véhicules, la surveillance et par conséquent la protection des chemins d'école, l'observation du comportement des personnes âgées dans le trafic routier, les mesures prises pour prévenir les cambriolages, la surveillance sporadique de quartiers résidentiels et industriels, etc. Le succès réel de l'activité

tag des uniformierten Beamten immer mehr an Bedeutung. Die Prävention wurde als unverzichtbares Mittel regelmässig in die Instruktionen einbezogen. Zur Entlastung der Kriminalpolizei bearbeitete die stationierte Polizei vermehrt die örtliche und regionale Kleinkriminalität.

Die Tätigkeit der Seepolizei war im abgelaufenen Jahr von 12 zum Teil tragischen Wasserunfällen überschattet. Mehrmals waren Unvorsichtigkeit und Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse die Ursache. In einer grossangelegten Suchaktion mit insgesamt 32 Tauchgängen barg eine acht Mann starke Spezialtruppe in der Bätterich-Unterwasserhöhle bei Sundlauenen zwei tödlich verunfallte Taucher. Die Unwetter des letzten Sommers hatten zur Folge, dass sich im Bielersee grosse Mengen von Schwemmholz stauten, die für die Schifffahrt sowie den Natur- und Uferschutz eine beträchtliche Gefahr darstellten und das Budget des Polizeikorps unerwartet erheblich belasteten. Unter der Leitung der Seepolizei und in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen wurde das Holz geborgen und zur Verwertung abtransportiert.

Anspruch auf geregelte Arbeitszeit, Abwesenheit wegen Sondereinsätzen und daraus resultierende Überzeitkompensation, längere Ferien usw. bewirken, dass zunehmend nur noch mit auf Polizeiwachen konzentrierten Kräften permanente Postenöffnungszeiten garantiert werden können. Um den Bürgerinnen und Bürgern in Gebieten mit Einer- und Zweierposten dennoch in ihrer Nähe dienen zu können, sollen die herkömmlichen, örtlichen Polizeiposten nur noch während einer fixierten, öffentlich bekanntgemachten Tageszeit geöffnet werden. In Absprache mit den zuständigen kommunalen Behörden wird gegenwärtig in Wiedlisbach ein solcher Versuch praktiziert, wo die tägliche Betreuung von der Bezirkswache Wangen a. A. aus erfolgt. Sofern sich diese Lösung auf Dauer bewährt, könnte sie künftig nach Bedarf vermehrt praktiziert werden.

Die «Flucht aus der Uniform» ist ein Trend vieler zumeist junger Mitarbeiter, der durch mehrere Ursachen gefördert wird und uns zunehmend Sorgen und Probleme bereitet.

Das Platzangebot in den Regional- und Bezirksgefängnissen hat sich im Berichtsjahr weiter verschlechtert. Namentlich in den Ballungszentren drohen die Gefängnisse förmlich aus den Nähten zu platzen. Mit 108 265 Verpflegungstagen lag die Belegung um 14,4 Prozent höher als im Vorjahr. Der Vollzug von Halbgefängenschaft wirkt sich in bezug auf die Raumkapazitäten von Jahr zu Jahr problematischer aus. Durch die Einrichtung einer Belegungszentrale wird versucht, die freien Plätze kantonsweit fortlaufend zu erfassen und besser zu nutzen. Bereits heute muss auf Fahndungsaktionen verzichtet werden, weil die nötigen Gefängniszellen fehlen. Vorgesehene bauliche Erweiterungen in Thun, Biel und Moutier, die aus Kostengründen zurückgestellt wurden, dürften bald wieder an Aktualität gewinnen.

2.8.4 Kriminalabteilung

Als Folge des Ergebnisses der Untersuchungen der PUK der eidgenössischen Räte wurde die Staatsschutzfähigkeit im Kanton Bern 1990 auf ein Minimum reduziert. Wie bereits im Jahresbericht 1989 angedeutet, beschränkte sich die Arbeit des Nachrichtendienstes auf die Mithilfe bei gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft. Die Belastung der ND-Mitarbeiter mit Staatsschutzaufgaben war, wie unten-

präventive, qui n'est guère mesurable, prend de plus en plus d'importance dans le travail quotidien des agents en uniforme. La prévention a été régulièrement incluse dans les instructions comme moyen d'action indispensable. Afin de décharger la police judiciaire, la police stationnée s'est occupée dans une plus large mesure de la petite criminalité au niveau local et régional.

La police des lacs a déploré 12 accidents nautiques, dont certains étaient tragiques. L'imprudence et l'ignorance des conditions locales en ont été souvent la cause. Au cours de recherches de grande envergure pendant lesquelles 32 plongées ont été effectuées, une troupe spéciale formée de huit hommes a ramené deux plongeurs mortellement blessés dans la grotte sous-marine de Bätterich près de Sundlauenen. Les tempêtes de l'été passé ont amené de grandes quantités de bois charriés par les eaux qui ont représenté un danger important pour la navigation et la protection de la nature et des rives. Les travaux qui ont été nécessaires ont lourdement grevé le budget d'une manière inattendue. Sous la conduite de la Police des lacs et en collaboration avec des organisations jumelées, ce bois a été ramassé et transporté pour être utilisé.

Le droit à un horaire régulier, les absences pour cause d'engagements spéciaux qui engendrent des compensations d'heures supplémentaires, les périodes de vacances plus longues, etc. ont pour effet que, de plus en plus, les heures d'ouverture permanentes des postes ne peuvent être garanties qu'à la condition que le personnel soit concentré uniquement sur les corps de garde. Pour que la population des régions ne disposant que de postes à un ou deux agents puisse être servie tout de même à proximité, il faudra que ces postes de police locaux ne soient plus ouverts que pendant la journée, à des heures fixes qui auront été publiées. D'entente avec les autorités communales compétentes, un essai est effectué actuellement à Wiedlisbach qui est desservi quotidiennement par les agents du corps de garde de Wangen a.A.. Si cette solution devait donner de bons résultats à la longue, elle pourrait être utilisée dans une plus ample mesure au gré des nécessités.

La «fuite devant l'uniforme» est une tendance qu'on constate chez beaucoup de collaborateurs, jeunes pour la plupart. Les causes en sont multiples et sont source de soucis et de problèmes qui vont en s'augmentant.

L'offre de places dans les prisons régionales et de district s'est encore détériorée au cours de l'exercice. Dans les centres à haute densité de population notamment, les prisons risquent littéralement d'éclater. Avec 108 265 jours de pension, le taux d'occupation a été de 14,4 pour cent plus élevé que l'année précédente. D'année en année, l'exécution des peines sous forme de semi-détention a une répercussion toujours plus défavorable sur les capacités des locaux. En aménageant une centrale, on a tenté d'établir un contrôle permanent des places libres dans les prisons dans tout le canton afin de les utiliser au mieux. On doit, déjà maintenant, renoncer à certaines opérations de recherche, parce que les places nécessaires manquent dans les prisons. L'agrandissement des bâtiments prévu à Thoune, Bière et Moutier, reporté à cause des dépenses, pourrait bientôt être à nouveau d'actualité.

2.8.4 Police judiciaire

Conséquence des investigations de la CEP des Chambres fédérales, l'activité relative à la protection de l'Etat a été réduite au minimum dans le canton de Berne au cours de l'exercice. Comme cela a déjà été mentionné dans le rapport de gestion de l'année 1989, les activités du service de renseignement se sont limitées à une collaboration lors des procédures d'enquête de la police judiciaire du Ministère public de la Confédé-

stehender Statistik entnommen werden kann, somit im Berichts-jahr gering.

Auf kantonaler Ebene wurde die «Fichen-Geschichte» von Regierung und Parlament bewältigt: Im Januar 1990 nahm die vom Regierungsrat eingesetzte «Arbeitsgruppe Staatsschutz» ihre Arbeit auf und lieferte ihren Bericht am 1. Mai ab. Nachdem sich der Gesamtregierungsrat Anfang März über Auftrag, Tätigkeit und Aktenablage des Nachrichtendienstes informiert hatte, nahm eine siebenköpfige Delegation der Staatswirtschaftskommission den Dienstzweig am 28. März 1990, anlässlich einer ganztägigen Inspektion der Register und Dossiers, näher unter die Lupe. Der Abschlussbericht der Delegation wurde in der September-Session des Grossen Rates zusammen mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen im Zusammenhang mit dem Staatsschutz behandelt und genehmigt.

Der Nachrichtendienst in Zahlen: Für die Bundesanwaltschaft wurden 30 (900–1100) Aufträge bearbeitet, davon 17 in Spionageabwehr und 13 in der Terrorismusbekämpfung. In der sog. «Fichenaffäre» sind 10 378 Auskunfts-gesuche eingegangen, welche alle bearbeitet worden sind. Von den Anfragerinnen und Anfragern waren 1579 Personen verzeichnet. Die Eintragungen beziehen sich auf Staatsschutz, Einbürgerungen, kriminalpolizeiliche Vorgänge und Verwaltungsakten. Als Folge des starken Rückganges der nachrichtendienstlichen Aufträge wurde ein Teil der ND-Beamten bei Schwerpunktaktionen der Fahndungspolizei eingesetzt, ein Teil innerhalb der Kriminalabteilung bereits definitiv umstationiert. Es ist vorgesehen, bis zum 1. Mai 1991 den Dienstzweig mit ehemals 16 Beamten auf 7 zu reduzieren.

Ebenfalls mit polizeilichen Daten hat ein weiterer erwähnens-werter, aber durchaus positiver Wendepunkt in der Chronik der Kriminalabteilung zu tun. Am 9. Juli 1990 wurde die Epoche der manuell erfassten Registerkarten im Fahndungsinformationsdienst beendet. Das Zentralregister mit einem Endbestand von rund 550 000 Personenkarten, das während mehr als 50 Jahren wertvoller Informationsträger war, wurde aufgelöst. Im Zuge der Aktualisierung wurden etwa 85 Prozent der Personenkarten vernichtet. Im EDV-System ABI stehen den Benützern nun etwa 81 000 Personendaten zur Verfügung.

Ein weiteres Zahlenbeispiel führt zum Kriminaltechnischen Dienst, dessen Mitarbeiter nebst der ordentlichen Arbeit der Spurensicherung und Spurenauswertung im vergangenen Jahr rund 3000 Asylbewerber in einem Aufnahmезentrum er-kennungs-dienstlich behandelten, wofür dem Bund zirka 115 000 Franken in Rechnung gestellt werden konnten.

Leider muss ganz objektiv festgestellt werden, dass vorwiegend im Bereich der schweren Betäubungsmittelkriminalität, aber auch im übrigen organisierten Verbrechen der Anteil an Tätern ausländischer Herkunft auffallend hoch ist: Interkantonale Schwerpunktaktionen der Spezial- und Kreisfahndungen richteten sich gegen türkische Heroinhändler und in der Schweiz im dunkeln operierende Vietnamesen. Zeitweise waren in derselben koordinierten Aktion bis zu 30 Ausländer in Haft.

Gewerbsmässiger Diebstahl und Hehlerei mussten in Biel, dem Berner Jura und im Raum Bern 25 libanesischen Asylbewerbern angelastet werden, die sich darauf spezialisiert hatten, in Einkaufszentren und Selbstbedienungsläden systematisch Konsumartikel zu entwenden und sie sogleich unter der Hand weiterzuverkaufen. Zu den umfangreichsten koordinierten Fahndungen und Ermittlungen gehörte die «Aktion Benjamin». Diese interkantonale und internationale Aktion richtete sich gegen jugoslawische Staatsangehörige, denen Drogen- und Eigentumsdelikte sowie illegaler Waffenhandel vorgeworfen werden und deren Vorgehen eindeutig die Merkmale des organisierten Verbrechens aufweisen. Es zeigt sich, dass diesen professionellen Verbrechen auch mit heutigen Fahndungsmethoden kaum beizukommen ist. Widerstand erwuchs den

ration. Comme la statistique ci-dessous le démontre, au cours de cette année, les collaborateurs du service de renseignement ont été mis à contribution dans une moindre mesure pour des activités se rapportant à la protection de l'Etat.

Au niveau cantonal, le Gouvernement et le Parlement ont surmonté («l'affaire des fiches»). En janvier, le «groupe de travail pour la protection de l'Etat» institué par le Gouvernement a commencé son travail et a déposé son rapport le 1^{er} mai. Après que la totalité du Gouvernement se fut informée, au début mars, sur le mandat, l'activité et le classement des dossiers du service de renseignement, une délégation de sept membres de la Commission de gestion a examiné de plus près les registres et les dossiers de ce service au cours d'une journée d'inspection organisée le 28 mars 1990. Le rapport final de la délégation ainsi que différentes interventions parlementaires relatives à la protection de l'Etat ont été traités et approuvés au cours de la session de septembre du Grand Conseil.

L'activité du service de renseignement en chiffres: 30 (900–1100) mandats ont été traités pour le Ministère public de la Confédération, dont 17 concernaient le contre-espionnage et 13 la lutte contre le terrorisme. 10 378 demandes de renseignement concernant «l'affaire des fiches» ont été déposées et toutes ont été traitées. 1579 des personnes ayant demandé des renseignements étaient fichées. Les inscriptions concernaient la protection de l'Etat, les naturalisations, les dossiers de la police judiciaire et de l'administration. A la suite de la forte diminution des mandats confiés au service de renseignement, une partie des fonctionnaires de ce service a été engagée dans des opérations de grande envergure de la police de sûreté et une partie a été déjà définitivement intégrée dans la police judiciaire. Il est prévu de réduire ce service de 16 à 7 fonctionnaires d'ici au 1^{er} mai 1991.

Un tournant tout à fait positif en relation avec les données policières a été marqué dans la chronique de la police judiciaire. Le 9 juillet 1990, l'époque où les cartes d'enregistrement du service de recherches et d'information étaient enregistrées manuellement a pris fin. Le registre central comptant environ 550 000 cartes personnelles, qui a contenu des informations importantes pendant plus de 50 ans, a été supprimé. Au cours de cette mise à jour, environ 85 pour cent des cartes personnelles ont été détruites. Les utilisateurs du système TED ABI disposent d'environ 81 000 données personnelles.

D'autres chiffres concernent le service de l'identité judiciaire. En plus du travail ordinaire concernant la sauvegarde et l'analyse des empreintes, les collaborateurs de ce service ont établi l'identité d'environ 3000 demandeurs d'asile. Ce travail a été facturé à la Confédération, à raison de 115 000 francs environ.

Une analyse objective de la situation démontre malheureusement que la part des malfaiteurs étrangers est particulièrement élevée en particulier dans le domaine de la criminalité en rapport avec les stupéfiants, mais également dans les autres formes de crime organisé: Des opérations intercantionales de grande envergure des services spéciaux et d'arrondissement de la sûreté ont été organisées contre des trafiquants d'héroïne turcs et des Vietnamiens opérant en Suisse dans l'ombre. Jusqu'à 30 étrangers ont été incarcérés par moment au cours de la même opération.

A Bienne, dans le Jura bernois et dans la région de Berne, 25 demandeurs d'asile libanais ont été accusés de vol et de recel commis par métier; ils s'étaient spécialisés dans le vol systématique d'articles de consommation dans les grandes surfaces et les magasins libre service et dans leur revente immédiate sous le manteau. «L'action Benjamin» a été une des opérations de recherche et d'investigation coordonnées des plus étendues. Cette opération intercantonale et internationale était dirigée contre des ressortissants yougoslaves à qui on reprochait des infractions contre le patrimoine et en rapport avec les stupéfiants ainsi que le trafic d'armes et dont la

Ermittlern allerdings durch die waffenfreundliche Vereinigung PRO TELL, die Abklärungen bezüglich illegalem Waffenhandel mit einer politischen Intervention faktisch durchkreuzte.

Auf das Konto eines Einzeltäters geht die Erpressung zum Nachteil der SBB: Im Raum Langenthal konnte nach mehrmonatigen Ermittlungen und mit abteilungsübergreifenden Fahndungsmassnahmen ein Bursche aus der Region dingfest gemacht werden, der seinen Geldforderungen durch einen Bombenanschlag auf das Bahnhofgebäude in Langenthal sowie durch Schüsse auf fahrende Züge Nachachtung zu verschaffen suchte.

1990 wurden wiederum mehrere Veruntreuungen abgeklärt, die durch Inhaber öffentlicher Ämter (Gemeindekassiere, Altersheimverwalter usw.) begangen worden waren. Bemerkenswerterweise wurden diese Delikte nicht durch die offiziellen Revisoren festgestellt, sondern kamen eher durch Zufall ans Tageslicht.

2.8.5 Verkehrsabteilung

Nachdem im Jahre 1989 wieder einmal ein Rückgang der Strassenverkehrsunfälle und deren Opfer verzeichnet werden durfte, wiesen bereits die ersten Monate des Jahres 1990 auf eine beunruhigende Zunahme des Unfallgeschehens hin. Am Ende des Geschäftsjahres sieht die Bilanz wie folgt aus:

– Innerorts:	6345 (5973) Unfälle, 2478 (2513) Verletzte, 54 (50) Todesopfer
– Ausserorts:	2010 (1915) Unfälle, 1106 (1170) Verletzte, 71 (51) Todesopfer
– Autobahnen:	1051 (917) Unfälle, 238 (219) Verletzte, 10 (7) Todesopfer

Als Hauptursache wurde einmal mehr das Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die gegebenen Strassen-, Verkehrs- und Sichtverhältnisse – 20,6 Prozent (21,3%) – ermittelt. Weitere hauptsächliche Ursachen sind in der Missachtung des Vortrittsrechts, 20,3 Prozent (21,0%), unaufmerksames Fahren, 13,1 Prozent (12,5%), sowie Fahren in angetrunkenem Zustand, 5,9 Prozent (6,2%), zu suchen. Durch die Polizei (inkl. Stadt- und Gemeindepolizeien) mussten im Kanton Bern 2077 (2072) Führer- und Lernfahrausweise an Ort und Stelle abgenommen werden. Mit rund 90 Prozent stellten offensichtliche Angetrunkenheit oder Übermüdung erneut die hauptsächlichsten Abnahmegründe dar. Die 2656 (2724) gegenüber Verkehrsteilnehmern (inkl. Rad- und Mofafahrer) angeordneten Blutproben belegen dies.

Um der häufigsten Unfallursache entgegenzuwirken, führte die Verkehrsabteilung täglich und teils im 24-Stunden-Betrieb mit mehreren Equipen Geschwindigkeitskontrollen durch. Dabei wurde dem Innerortsbereich ein besonderes Augenmerk geschenkt, weil dort die meisten Verkehrsunfälle verursacht werden. Den Begehren und Anregungen von Gemeinden, Schulbehörden und Privatpersonen wurde dabei im Rahmen der Verhältnismässigkeit sowie der personellen und technischen Möglichkeiten Rechnung getragen. Insgesamt wurden bei den 2623 Radarkontrollen 490298 Fahrzeuge gefasst. Die Überschreitungsquoten betragen innerorts 10,07 Prozent (9,96%), ausserorts 6,62 Prozent (7,07%) und auf Autobahnen 5,92 Prozent (5,98%).

In den Monaten Juli bis September wurden im Rahmen der Aktion «Feuerstuhl» bekannte Motorradstrecken (Passstrassen und «verführerische» Strassenzüge) von der Verkehrs- und Bezirkspolizei und in Zusammenarbeit mit den Verkehrspoli-

manière de faire était caractéristique du crime organisé. Il est manifeste qu'on ne peut pas venir à bout du crime professionnel, même avec les méthodes de recherche dont on dispose actuellement. Les enquêteurs ont à vrai dire éprouvé de la résistance de la part de l'association PRO TELL qui est favorable aux armements et qui a en réalité contrecarré les investigations se rapportant au trafic d'armes par une intervention politique.

Le chantage dont les CFF ont été victimes doit être mis au compte d'un seul auteur: Dans les environs de Langenthal, des investigations qui ont duré plusieurs mois et des recherches effectuées avec la collaboration de différents services ont permis l'arrestation d'un jeune homme de la région. Celui-ci essayait d'obtenir de l'argent par un attentat à la bombe sur le bâtiment de la gare de Langenthal et par des tirs sur des trains en marche.

Plusieurs cas d'abus de confiance commis par les titulaires de postes officiels (caissiers municipaux, administrateurs de maisons de retraite, etc.) ont été à nouveau élucidés au cours de l'exercice. Il est intéressant de noter que ces délits n'ont pas été constatés par les réviseurs officiels, mais découverts plutôt par hasard.

2.8.5 Division de la circulation routière

Après une diminution des accidents de la route et des victimes en 1989, une augmentation inquiétante a été constatée dès les premiers mois de 1990. A la fin de l'exercice, le bilan des accidents est le suivant:

– A l'intérieur des localités:	6345 (5973) accidents, 2478 (2513) blessés, 54 (50) morts.
– A l'extérieur des localités:	2010 (1915) accidents, 1106 (1170) blessés, 71 (51) morts.
– Sur les autoroutes:	1051 (917) accidents, 238 (219) blessés, 10 (7) morts.

Une fois de plus, la cause principale de ces accidents a été la non-adaptation de la vitesse à la configuration de la route et aux conditions de la circulation et de la visibilité – 20,6 pour cent (21,3%). D'autres causes essentielles sont l'inobservation de la priorité de passage, 20,3 pour cent (21,0%), la distraction au volant, 13,1 pour cent (12,5%) ainsi que la conduite en état d'ébriété, 5,9 pour cent (6,2%). 2077 (2072) permis de conduire et d'élève conducteur ont été retirés sur place par la police (y compris les corps de police des villes et des communes). Environ 90 pour cent des retraits de permis ont été à nouveau motivés par des cas d'ébriété manifeste ou de surmenage. Les 2656 (2724) alcootests ordonnés à l'égard de conducteurs (y compris les conducteurs de bicyclettes et de cyclomoteurs) illustrent cette situation.

Afin de lutter contre la cause principale des accidents, notre division a effectué chaque jour et parfois 24 heures sur 24, des contrôles de vitesse avec plusieurs équipes. A cette occasion, l'intérieur des localités a été l'objet d'une attention toute particulière, puisque c'est là que la plupart des accidents se produisent. A cette occasion et toute proportion gardée, on a tenu compte des requêtes et suggestions des communes, autorités scolaires et particuliers dans le cadre des possibilités au niveau du personnel et de la technique. 490298 véhicules ont été observés au cours de 2623 contrôles radar. Le taux d'excès de vitesse a été de 10,07 pour cent (9,96%) à l'intérieur des localités, de 6,62 pour cent (7,07%) à l'extérieur des localités et de 5,92 pour cent (5,98%) sur les autoroutes.

Au cours de l'opération «Feuerstuhl» qui a été organisée de juillet à septembre, la police des routes et de district en collaboration avec les polices des routes des cantons d'Uri et du Valais ont surveillé étroitement certains tronçons jouissant de

zeien der Kantone Uri und Wallis schergewichtig überwacht. Die Besorgnis der Anwohnerschaft und der schwächeren Verkehrsteilnehmer, durch Geschwindigkeitsexzesse bedroht zu werden, ist begründet. In systematischen Radarkontrollen – meist mit einem Zivilfahrzeug und ohne Anhaltemannschaft, um ein objektiveres Bild zu erhalten – wurden zum Teil massive Geschwindigkeitsüberschreitungen von Motorrad-, aber auch Autolenkern erfasst. Die höchsten gemessenen Werte – beide betrafen Motorradfahrer – waren 130 statt 50 km/h innerorts und 206 statt 80 km/h ausserorts. Insgesamt haben im Rahmen der Aktion «Feuerstuhl» von 19 750 kontrollierten Fahrzeugen 727 Autolenker und 233 Motorradfahrer die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschritten. Nicht zuletzt dank dem Echo in den Medien zeigte die Aktion eine erfreuliche Wirkung.

Als Strassenbenützer finden sich nicht nur die jüngsten Verkehrsteilnehmer oft nicht mehr zurecht, sondern auffallend auch die ältere Generation. Besonders die 27 Verkehrsinstrukto- ren der Verkehrsabteilung wurden deshalb angehalten, nebst dem obligaten Verkehrsunterricht in den Schulen auch die Seniorenbetreuung verstärkt zu pflegen. Sie haben deshalb an insgesamt 113 Altersnachmittagen und Elternabenden instruiert und dabei speziell auf die Gefahren der Strassen für Fussgänger aufmerksam gemacht.

Die Autobahnpolizei wurde in dieser Berichtsperiode wiederum mit unverhofft auftretenden Gefahren konfrontiert, welche explizit auf diesen Schnellstrassen lauern. Hiezu ein veranschaulichendes Beispiel: Ein auf dem Pannestreifen abgestellter, vor Stau warnender Patrouillenwagen wurde trotz eingeschalteten Warnblinkern von einem mit übersetzter Geschwindigkeit daherfahrenden Personenauto derart heftig gerammt, dass er Totalschaden erlitt. Dass dabei keine Polizeibeamten verletzt oder getötet wurden, darf als Wunder bezeichnet werden. Eine besondere Ausnahmesituation entstand auch am Montag, 10. Dezember 1990, als sich die Beamten des Autobahnstützpunktes Bern als Folge des über Nacht gefallenen Schnees mit nicht weniger als 31 Verkehrsunfällen zu befassen hatten. Unter den Beteiligten befand sich auch ein Tankanhängerzug, der einen schweren Ölunfall verursachte.

Führerflucht ist ein unbewältigtes Problem. Im Jahr 1990 wurden der Verkehrsabteilung 289 Fälle von pflichtwidrigem Verhalten nach Verkehrsunfall gemeldet. In diesem Bereich gibt es zweifellos noch eine grosse Dunkelziffer, insbesondere was das Zufügen von Parkschäden durch unbekannte Fahrzeuglenker anbetrifft. Soweit Meldung erfolgte, konnte dank dem Vorliegen von genügend Fakten in 83 Fällen ein EDV-gestütztes Suchprogramm erstellt werden. Auf diese Weise konnten 31 Prozent (37%) unfallbeteiligte Fahrzeuge und ihre Lenker ermittelt werden.

Die vor Jahresfrist angekündigte definitive Einführung des in Zusammenarbeit mit der BEDAG-Informatik entwickelten Systems zur EDV-gestützten Abwicklung des Ordnungsbussenverfahrens (OBUZ) ist erfolgt. Das anvisierte Ziel zur Entlastung des Aussendienstes von Administrativarbeiten wie Kontokorrentführung, Lagerkontrolle usw., konnte voll erreicht werden.

Mit der Installation des Vermessungssystems «ELCOVISION 10», zur EDV-gestützten Photogrammetrie- und Planerstellung, ist im Unfalldienst Bern ein neues Zeitkapitel aufgeschlagen worden. Zur vollständigen Inbetriebnahme der Anlage bedarf es noch der Ausbildung und Schulung aller Mitarbeiter. Die ersten Erfahrungen zeigen bereits eine wertvolle Rationalisierung gegenüber der herkömmlichen Arbeitstechnik.

Die bereits im Jahre 1989 in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik begonnenen Entwicklungsarbeiten für die Schaffung eines neuen Unfallaufnahmeprotokolles konnten abgeschlossen werden. Mit insgesamt 42 Vorträgen wurde die Handhabung des neuen Formulars in den Amtsbezirken und

la prédilection des conducteurs de motocycles (routes de col et certaines parties de routes incitant les conducteurs à pousser la vitesse). La crainte d'être mis en danger par les excès de vitesse qui a été exprimée par les riverains et les usagers de la route les plus faibles est fondée. Au cours de contrôles radar systématiques – effectués pour la plupart du temps avec des véhicules civils sans poste d'interception –, on a enregistré des dépassements de vitesse en partie très élevés de la part des conducteurs de motocycles, mais également des automobilistes. Les vitesses mesurées les plus élevées ont été de 130 au lieu de 50 km/h à l'intérieur de la localité et de 206 au lieu de 80 km/h à l'extérieur de la localité; dans les deux cas il s'agissait de conducteurs de motocycles. Dans le cadre de l'opération «Feuerstuhl», 727 automobilistes et 233 conducteurs de motocycles sur les 19 750 véhicules contrôlés ont dépassé la vitesse maximale autorisée. Cette opération a eu des répercussions favorables, également grâce aux médias qui s'en sont fait l'écho.

Les utilisateurs de la route les plus désemparés sont les jeunes et surtout les personnes d'un certain âge. C'est la raison pour laquelle les 27 moniteurs de la circulation de notre division ont été invités à s'occuper dans une plus large mesure des seniors, en plus des leçons d'instruction à la circulation dans les écoles. En conséquence, ils ont organisé 113 après-midi pour les personnes âgées et soirées pour les parents et ont rendu les participants spécialement attentifs aux dangers de la route pour les piétons.

La police des routes a été à nouveau confrontée à des dangers imprévisibles qui la guettent notamment sur les routes à circulation rapide. En voici un exemple: Une voiture de patrouille située sur la bande d'arrêt d'urgence qui rendait les conducteurs attentifs à un embouteillage a été, malgré les clignotants d'avertissement enclenchés, percutée avec une telle force par une voiture de tourisme roulant à pleine vitesse, qu'elle a été totalement endommagée. C'est un véritable miracle qu'aucun fonctionnaire de police n'ait été blessé ou tué. Une autre situation exceptionnelle s'est produite le 10 décembre lorsque les fonctionnaires du centre d'autoroute de Berne ont été confrontés à pas moins de 31 accidents de la circulation dus à la neige tombée pendant la nuit. Parmi les véhicules concernés, se trouvait également un train routier citerne qui a occasionné un grave accident d'hydrocarbures.

Le délit de fuite est un problème encore irrésolu. Au cours de l'exercice, 289 cas de violation des devoirs en cas d'accident ont été annoncés à notre division. Dans ce domaine, il existe certainement une forte proportion de cas échappant à la statistique, particulièrement en ce qui concerne les dégâts de parking causés par des conducteurs inconnus. Pour autant que ces cas aient été annoncés et que des faits suffisamment nombreux aient pu être relevés, un programme de recherche soutenu par le système informatique a pu être établi dans 83 cas, ce qui a permis de trouver les véhicules et leurs conducteurs impliqués dans 31 cas (37%).

Comme annoncé précédemment, le système des amendes d'ordre avec application informatique élaboré en collaboration avec la BEDAG-Informatik a été introduit définitivement. Le but poursuivi, soit la décharge du service externe des travaux administratifs tels que la tenue des comptes, le contrôle des stocks, etc. a été totalement atteint.

La brigade des accidents à Berne est entrée dans une nouvelle époque avec l'installation du système de mensuration «ELCOVISION 10» au système informatique destiné à la photogrammétrie et à l'établissement de plans. Cette installation pourra être mise complètement en service dès que la formation de tous les collaborateurs sera achevée. Les premières expériences montrent déjà une rationalisation importante des travaux. Les travaux préliminaires pour l'élaboration d'un nouveau procès-verbal de constat d'accident entrepris en 1989 en étroite collaboration avec l'Office fédéral de la statistique sont termi-

bei der Verkehrsabteilung instruiert. Die definitive Einführung erfolgt auf 1. Januar 1991. Das Ziel besteht einerseits darin, für die Verkehrsunfallursachen-Auswertung genauere statistische Grundlagen zu erhalten und andererseits die Uniformpolizei auf administrativem Gebiet möglichst zu entlasten.

3. **Parlamentarische Vorlagen und Verordnungen**

3.1 **Gesetze**

Gesetz vom 19. Februar 1990 über die Schifffahrt und die Besteuerung der Schiffe (Schifffahrtsgesetz) – Inkrafttreten am 1. Januar 1991.

3.2 **Dekrete**

Dekret vom 19. Februar 1990 über die Besteuerung der Schiffe (Schiffssteuerdekret) – Inkrafttreten am 1. Januar 1991.

3.3 **Verordnungen**

- Spielapparatenverordnung vom 30. Mai 1990 (SpVO) – Inkrafttreten am 1. Juli 1990
- Verordnung vom 24. Oktober 1990 über die Ausnahmen der Besteuerung in der Schifffahrt (VABS) – Inkrafttreten am 1. Januar 1991
- Verordnung vom 10. Dezember 1975 über die Gebühren der Polizeidirektion des Kantons Bern; Änderung vom 12. Dezember 1990 – Inkrafttreten 1. Januar 1991.

4. **Parlamentarische Vorstösse**

Auf Antrag der Polizeidirektion bzw. des Regierungsrates wurden dem Grossen Rat im Berichtsjahr 15 Motionen, 5 Postulate und 21 Interpellationen zur Behandlung vorgelegt.

4.1 **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

4.1.1.1 Motionen

Motion Schertenleib vom 8. September 1987 betreffend Anpassung des Verzeichnisses der durch 2,5 m breite Fahrzeuge befahrbaren Strassen:

Am 23. September 1990 haben die Stimmbürger der Revision des Eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzes zur generellen Öffnung der Strassen für 2,5 m breite Fahrzeuge zuge-

nés. 42 séances d'instruction se rapportant à l'utilisation de cette nouvelle formule ont été organisées dans les districts et à la Division de la circulation routière. L'introduction définitive est fixée au 1^{er} janvier 1991. Le but poursuivi est d'obtenir des données statistiques fondamentales pour l'analyse des causes d'accidents et de décharger autant que possible la police en uniforme des travaux administratifs.

3. **Projets soumis au Parlement**

3.1 **Lois**

Loi du 19 février 1990 sur la navigation et l'imposition des bateaux (Loi sur la navigation) – entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1991.

3.2 **Décrets**

Décret du 19 février 1990 sur l'imposition des bateaux (DIB) – entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1991.

3.3 **Ordonnance**

- Ordonnance du 30 mai 1990 sur les appareils de jeu (OAJ) entrée en vigueur le 1^{er} juillet 1990
- Ordonnance du 24 octobre 1990 fixant les exonérations de l'impôt sur les bateaux (OEIB) – entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1991
- Ordonnance du 10 décembre 1975 fixant les émoluments de la Direction de la police du canton de Berne; modification du 12 décembre 1990 – entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1991.

4. **Interventions parlementaires**

Sur proposition de la Direction de la police, le Conseil-exécutif a soumis 15 motions, 5 postulats et 21 interpellations au Grand Conseil au cours de l'exercice.

4.1 **Motions et postulats classés**

4.1.1 *Motions et postulats réalisés et classés*

4.1.1.1 Motionen

Motion Schertenleib du 8 septembre 1987 – Adaptation du catalogue des routes utilisables par les véhicules d'une largeur de 2,5 m:

Le 23 septembre 1990, l'électorat a approuvé la révision de la loi fédérale sur la circulation concernant l'admission sur toutes les routes de véhicules d'une largeur de 2,5 m. Cette régle-

stimmt. Die Regelung tritt auf den 1. Februar 1991 in Kraft. Das Begehren des Motionärs ist damit erfüllt.

Motion Boillat vom 28. August 1989 betreffend Errichtung eines Büros des Strassenverkehrs- und Schiffsamtes im Berner Jura:

Die Motion wurde am 19. Februar 1990 durch den Grossen Rat erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben. Die Eröffnung der dezentralen Verarbeitungsstelle in Tavannes erfolgte am 2. April 1990.

Motion Hirschi vom 21. November 1989 betreffend Kantonspolizei: Pilotprojekt und Reorganisation:

2. Das von der Motionärin verlangte Investitionsprogramm im Bereich der technischen Ausstattung wurde vorgelegt, weshalb der Vorstoss in diesem Punkt abgeschrieben werden kann.

4.1.1.2 Postulate

Keine.

4.1.2 *Ausserordentliche Abschreibungen*

4.1.2.1 Motionen

Motion Lutz vom 11. September 1985 betreffend automatische Radaranlagen auf Autobahnen:

Da zweckmassige vollautomatische Radaranlagen erst ab der nächsten Gerätegeneration verfügbar und zudem sehr teuer sein werden, verzichtet die Kantonspolizei Bern nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen darauf, als einziger Kanton vollautomatische Radarmessanlagen auf Autobahnen einzusetzen. Stattdessen wurde im vergangenen Jahr eine neue Messmethode entwickelt und eingeführt, die es erlaubt, mit in Kleinstpersonenwagen fest eingebauten Radargeräten an praktisch jedem beliebigen Ort des Strassennetzes kurzfristig und ohne Installationsaufwand Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Diese Methode hat sich äusserst gut bewährt und ermöglicht es, die Messdichte im gewünschten Sinne zu erhöhen. Dabei profitiert insbesondere auch der Verkehr auf den Autobahnen, entfällt doch durch die äusserst gute Tarnung die sonst übliche Warnerei und lassen sich damit unfallträchtige Schreckreaktionen der Strassenbenutzer fast vollständig vermeiden.

Motion Kirchhofer vom 26. August 1987 betreffend kantonale Gesamtlösung für den Rettungs- und Wehrdienst auf den Nationalstrassen und besonders bezeichneten Staatsstrassenabschnitten:

Die Begehren des Motionärs werden bei der Revision der Wehrdienstgesetzgebung, für welche nicht die Polizeidirektion, sondern die Volkswirtschaftsdirektion federführend ist, Berücksichtigung finden. Die Probleme sind zum Teil bereits gelöst, indem der Bund massive Unterstützung an Feuerwehrtstützpunkte leistet. Im übrigen werden gegenwärtig die Verträge zwischen dem Kanton und den Standortgemeinden vereinheitlicht und neu abgefasst.

4.1.2.2 Postulate

Keine.

mentation entre en vigueur le 1^{er} février 1991. La requête du motionnaire est par conséquent satisfaite.

Motion Boillat du 28 août 1989 – Ouverture d'un bureau de l'Office de la circulation et de la navigation au Jura bernois:

Cette motion a été adoptée et classée par le Grand Conseil le 19 février 1990. Le bureau décentralisé a ouvert ses portes à Tavannes le 2 avril 1990.

Motion Hirschi du 21 novembre 1989 – Police cantonale: projet-pilote et réorganisation:

2. Le programme d'investissements demandé par le motionnaire dans le domaine de l'équipement technique a été déposé, de sorte que le point 2 de la motion peut être classé.

4.1.1.2 Postulats

Aucun.

4.1.2 *Classement extraordinaire*

4.1.2.1 Motions

Motion Lutz du 11 septembre 1985 – Contrôles automatiques par radar sur les autoroutes:

Du fait que les installations radar entièrement automatiques appropriées pour les autoroutes ne seront disponibles qu'à partir de la prochaine génération d'appareils et que leur prix sera très élevé, la police cantonale bernoise renonce, ne serait-ce que pour des raisons de sécurité, à utiliser de telles installations. Le canton de Berne serait sinon le seul à avoir adopté un tel système. A la place, une nouvelle méthode de mesure a été développée et introduite dans le courant de l'année. Elle permet d'effectuer des contrôles de vitesse, à bref délai et sans travail supplémentaire, au moyen de petites voitures de tourisme munies de radar fixes qui peuvent se poster pratiquement à chaque emplacement du réseau routier. Cette méthode a donné d'excellents résultats et permet en plus d'augmenter l'intensité des mesures selon les besoins. La circulation routière sur les autoroutes en profite particulièrement étant donné que l'excellent camouflage de ces voitures empêche que les conducteurs soient avertis; ce qui évite en grande partie les réactions d'effroi et les accidents pouvant en découler.

Motion Kirchhofer du 26 août 1987 – Solution cantonale uniforme pour la réglementation du service du feu et de protection assuré sur les routes nationales et sur certains tronçons des routes cantonales:

Il sera tenu compte des requêtes du motionnaire lors de la révision de la législation sur la défense contre le feu et autres dommages qui n'entre pas dans la compétence de la Direction de la police, mais dans celle de la Direction de l'économie publique. Les problèmes sont en partie déjà résolus du fait que la Confédération accorde un soutien important aux centres d'intervention des sapeurs pompiers. Pour le reste, les conventions entre le canton et les communes concernées sont actuellement uniformisées et révisées.

4.1.2.2 Postulats

Aucun.

4.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

4.2.1 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

4.2.1.1 Motionen

Motion Leibundgut vom 6. Mai 1985 betreffend Begräbniswesen:

Es hat sich gezeigt, dass erst bei Abschluss der Vorarbeiten für ein neues Polizeigesetz die Frage beantwortet werden kann, ob und in welchem Umfange überhaupt noch ein Ortspolizeidekret erforderlich sein wird oder ob – nebst einem Gesetz – z. B. nicht entsprechende Gemeindereglemente genügen werden. Mit bezug auf das Begräbniswesen – als bisher traditionelle Ortspolizeisache – ist im übrigen nach wie vor offen, ob dieses nicht vielmehr in erster Linie eine gesundheitspolizeiliche Angelegenheit darstellt, welche nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion fällt.

Motion BUK vom 26. August 1985 betreffend Vergütung an Polizeibeamte:

a) Der Entwurf eines neuen Dekrets über das Polizeikorps befindet sich in der Vernehmlassung, und er soll dem Grossen Rat im Jahre 1991 vorgelegt werden. Die diesbezüglichen Verordnungen sind in Vorbereitung. Für die Ausarbeitung eines neuen Polizeigesetzes ist eine Expertenkommission vorgesehen, wobei die Vorarbeiten hiezu bereits im Gange sind.

c) + d) Es hat sich gezeigt, dass erst bei Abschluss der Vorarbeiten für ein neues Polizeigesetz die Frage beantwortet werden kann, ob und in welchem Umfange überhaupt noch ein Ortspolizeidekret erforderlich sein wird oder ob – nebst einem Gesetz – nicht z. B. entsprechende Gemeindereglemente genügen werden.

Motion Berthoud vom 2. Februar 1987 betreffend Leumundszugnisse:

Es hat sich herausgestellt, dass die Grundlagen für das Erstellen von Informationsberichten aller Art in einem neuen Polizeigesetz, für dessen Ausarbeitung die Einsetzung einer Expertenkommission vorgesehen ist, zu regeln sind. Weitere Vorschriften wären dann in einem Ortspolizeidekret – soweit ein solches überhaupt noch als nötig erachtet werden wird – oder allenfalls in Dienstbefehlen des Polizeikommandos zu statuieren.

Motion Baumann vom 3. Februar 1987 betreffend Waldschäden:

Verdoppelung der Motorfahrzeugsteuern: Annahme als Postulat. Seit dem Fristverlängerungsbegehren für den Vollzug dieses Vorstosses befasste sich eine grossrätliche Kommission mit der Autoparteiinitiative. Über diese sowie über einen allfälligen Gegenvorschlag dazu wird das Parlament im Jahre 1991 Beschluss fassen. Ein solcher Gegenentwurf wird dann den in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf über Strassenverkehrsabgaben darstellen.

Motion Waber vom 16. Februar 1987 betreffend Massnahmen zur beschleunigten Umstellung auf abgasarme Katalysatorfahrzeuge:

Annahme als Postulat. Seit dem Fristverlängerungsbegehren für den Vollzug dieses Vorstosses befasste sich eine grossrätliche Kommission mit der Autoparteiinitiative. Über diese sowie über einen allfälligen Gegenvorschlag dazu wird das Parlament im Jahre 1991 Beschluss fassen. Ein solcher Gegenentwurf wird dann den in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf über Strassenverkehrsabgaben darstellen.

Motion Schärer vom 18. Februar 1987 betreffend Erhebung einer Umweltabgabe für alle Privatfahrzeuge, welche mit Dieselmotoren betrieben werden:

Annahme als Postulat. Seit dem Fristverlängerungsbegehren für den Vollzug dieses Vorstosses befasste sich eine grossrätliche Kommission mit der Autoparteiinitiative. Über diese sowie über einen allfälligen Gegenvorschlag dazu wird das Parlament

4.2 **Réalisation de motions et de postulats adoptés**

4.2.1 *Motions et postulats avec prolongation du délai*

4.2.1.1 Motions

Motion Leibundgut du 6 mai 1985 – Inhumations:

Il est apparu que ce n'est qu'après la clôture des travaux préparatoires à la nouvelle loi sur la police qu'il pourra être répondu à la question de savoir si et dans quelle mesure un nouveau décret sur la police locale sera somme toute nécessaire ou si – en plus d'une loi – des règlements communaux en la matière pourraient par exemple suffire. En ce qui concerne les inhumations qui ont été, jusqu'à maintenant, une affaire traditionnelle de la police locale, il reste à éclaircir si ce ne serait pas en premier lieu une affaire touchant la police de la santé au quel cas la Direction de la police ne serait plus concernée.

Motion de la Commission spéciale d'enquête du 26 août 1985 – Indemnités en faveur des fonctionnaires de police:

a) Le projet de décret sur le corps de police se trouve en procédure de consultation et sera soumis au Grand Conseil en 1991. Les ordonnances d'application sont en préparation. Il est prévu d'instaurer une commission d'experts qui sera chargée de la rédaction d'une nouvelle loi sur la police; notons toutefois que les travaux préparatoires sont déjà en cours.

c + d) Il est apparu que ce n'est qu'après la clôture des travaux préparatoires à la nouvelle loi sur la police qu'il pourra être répondu à la question de savoir si et dans quelle mesure un nouveau décret sur la police locale sera somme tout nécessaire ou si – en plus d'une loi – des règlements communaux en la matière pourraient par exemple suffire.

Motion Berthoud du 2 février 1987 – Certificats de bonnes vie et mœurs:

Il est apparu que les bases pour l'établissement de rapports d'information de toutes sortes doivent être réglées dans une nouvelle loi sur la police pour laquelle il est prévu d'instaurer une commission d'experts qui sera chargée de sa rédaction. Il faudrait alors établir d'autres prescriptions dans un décret sur la police locale – pour autant qu'il soit encore considéré comme étant nécessaire – ou éventuellement dans des ordres de service du Commandement de police.

Motion Baumann du 3 février 1987 – Dépérissement des forêts:

L'impôt sur les véhicules à moteur doit être doublé: Adoptée comme postulat. Depuis la prolongation du délai d'exécution de cette intervention, une Commission du Grand Conseil s'est occupée de l'initiative du Parti des automobilistes. Le Parlement va statuer en 1991 sur cette initiative et sur un contre-projet éventuel, la loi concernant les redevances de la circulation routière.

Motion Waber du 16 février 1987 – Mesures visant à hâter la conversion aux véhicules équipés d'un catalyseur:

Adoptée comme postulat. Depuis la prolongation du délai d'exécution de cette intervention, une Commission du Grand Conseil s'est occupée de l'initiative du Parti des automobilistes. Le Parlement va statuer en 1991 sur cette initiative et sur un contre-projet éventuel, la loi concernant les redevances de la circulation routière.

Motion Schärer du 18 février 1987 – Taxe d'environnement pour tous les véhicules privés à moteur diesel:

Adoptée comme postulat. Depuis la prolongation du délai d'exécution de cette intervention, une Commission du Grand Conseil s'est occupée de l'initiative du Parti des automobilistes. Le Parlement va statuer en 1991 sur cette initiative et sur un contre-projet éventuel, la loi concernant les redevances de la circulation routière.

Motion Ducommun du 25 juin 1987 – Modification de l'ordonnance portant exécution de la loi fédérale du 8 juin 1923 sur les loteries et les paris professionnels:

im Jahre 1991 Beschluss fassen. Ein solcher Gegenentwurf wird dann den in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf über Strassenverkehrsabgaben darstellen.

Motion Ducommun vom 25. Juni 1987 betreffend Abänderung der Verordnung betreffend das Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 über die Lotterien und berufsmässigen Wetten:

Annahme als Postulat. Die Begehren werden im Rahmen der im Gange befindlichen Neuregelung des gesamten Lotteriewesens geprüft.

4.2.1.2 Postulate

Postulat Siegenthaler vom 20. November 1986 betreffend Altersgrenze für Zivilstandsbeamte:

Das Begehren wird erst bei der Totalrevision des Dekretes über den Zivilstandsdienst Berücksichtigung finden. Die Untersuchungen über die Entschädigungsfrage der Zivilstandsbeamten sind aufwendig und zeigen – je länger je mehr – die Komplexität der Materie. Gespräche mit der Versicherungskasse, dem Personalamt sowie mit dem Verband bernischer Zivilstandsbeamten erfordern wesentlich mehr Zeitaufwand als vorgesehen. Die Schwierigkeit besteht darin, die durch die historische Entwicklung verzerrte Entschädigungssituation in eine zeitgemässe Besoldungslösung zu überführen. Es ist beabsichtigt, dem Grossen Rat noch im kommenden Jahr einen Revisionsentwurf zu unterbreiten.

4.2.2 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist nicht abgelaufen ist*

4.2.2.1 Motionen

Motion Probst vom 31. August 1988 betreffend Freizeit und Sport an Sonn- und Feiertagen:

Die Revision der Sonntagsruhegesetzgebung ist im Gange.

Motion Hofer vom 1. September 1988 betreffend Revision des Gesetzes vom 6. Dezember 1964 über die öffentlichen Feiertage und die Sonntagsruhe:

Die Revision der Sonntagsruhegesetzgebung ist im Gange.

Motion Seiler vom 7. September 1988 betreffend Massnahmen gegen Missbräuche bei Werbe-Car-Fahrten:

Die überwiesenen Punkte 1 (Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Bekämpfung von Missbräuchen bei Werbe-Car-Fahrten), 2.2 (Zustimmung der Grundeigentümer von Einsteigestellen) und 2.4 (Detaillierte Angaben in der Werbung) sind bei der laufenden Revision des Gewerbegesetzes zu berücksichtigen.

Motion Houriet vom 17. November 1988 betreffend Schliessungszeiten und Unfallgefahren:

Annahme als Postulat. Unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion ist eine Revision der Gastgewerbegesetzgebung im Gange. In deren Rahmen wird zu überprüfen sein, wie weit dem Begehren des Motionärs Rechnung getragen werden kann.

Motion Schürch vom 23. November 1988 betreffend Reduktion der Motorfahrzeugsteuern im Kanton Bern:

Annahme als Postulat. Gegen Ende des laufenden Jahres befasste sich eine grossräthliche Kommission mit der Autoparteiinitiative. Über diese sowie über einen allfälligen Gegenvorschlag dazu wird das Parlament im Jahre 1991 Beschluss fassen. Ein solcher Gegenentwurf wird dann den in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf über Strassenverkehrsabgaben darstellen.

Motion Schertenleib vom 23. November 1988 betreffend Anpassung der Lotto-Bestimmungen:

Annahme als Postulat. Die Begehren werden im Rahmen der im Gange befindlichen Neuregelung des gesamten Lotteriewesens geprüft.

Adoptée comme postulat. Les requêtes de cette motion seront examinées dans le cadre de révision de la réglementation des loteries qui est actuellement en cours.

4.2.1.2 Postulats

Postulat Siegenthaler du 20 novembre 1986 – Limite d'âge des officiers d'état civil:

Il ne sera tenu compte de la requête de ce postulat qu'au cours de la révision totale du décret sur le service de l'état civil. L'examen de la question touchant aux indemnités des officiers d'état civil demande beaucoup de travail et montre de plus en plus la complexité de la matière. Les entretiens avec la Caisse d'assurance, l'Office du personnel et l'Association bernoise des officiers d'état civil demandent beaucoup plus de temps que prévu. La difficulté consiste à convertir un système d'indemnités déformé par l'histoire en un système de traitements répondant aux conditions actuelles. Il est prévu de soumettre un projet de révision au Grand Conseil l'année prochaine.

4.2.2 *Motions et postulats dont le délai de deux ans n'est pas encore expiré*

4.2.2.1 Motions

Motion Probst du 31 août 1988 – Loisirs et activités sportives les jours fériés et les jours de repos dominical:

La révision de la législation sur le repos dominical est en cours.

Motion Hofer du 1^{er} septembre 1988 – Révision de la loi du 6 décembre 1964 sur les jours fériés officiels et le repos dominical:

La révision de la législation sur le repos dominical est en cours.

Motion Seiler du 7 septembre 1988 – Mesures contre les abus en matière de tours organisés:

Les points adoptés 1 (création de bases législatives visant à combattre les abus en matière de tours organisés en car), 2.2 (accord du propriétaire du lieu où est prévu l'embarquement) et 2.4 (indications détaillées dans la publicité) doivent être pris en considération dans la révision en cours de la loi sur l'industrie.

Motion Houriet du 17 novembre 1988 – Heures de fermeture et risques d'accidents:

Adoptée comme postulat. La révision de la législation sur l'hôtellerie et la restauration est en cours sous la responsabilité de la Direction de l'économie publique. A cette occasion, il faudra examiner dans quelle mesure il peut être tenu compte de la requête du motionnaire.

Motion Schürch du 23 novembre 1988 – Réduction des impôts sur les véhicules à moteur dans le canton de Berne:

Adoptée comme postulat. Vers la fin de l'année en cours, une commission du Grand Conseil s'est occupée de l'initiative du Parti des automobilistes. Le Parlement va statuer en 1991 sur cette initiative et sur un contre-projet éventuel, la loi concernant les redevances de la circulation routière.

Motion Schertenleib du 23 novembre 1988 – Adaptation de la réglementation sur les lotos:

Adoptée comme postulat. La requête du motionnaire devra être prise en considération dans les travaux en cours pour une nouvelle législation sur les loteries.

Motion Schertenleib vom 10. Mai 1989 betreffend Verminderung der Lärmbelastigung auf der Rundstrecke von Lignièrè: Der Vorstoss wurde entgegen dem Antrag des Regierungsrates noch nicht abgeschlossen. Zwischen dem Polizeidirektor und dem zuständigen Departementsvorsteher des Kantons Neuenburg wird nun im kommenden Jahr eine konferenzielle Erörterung der fraglichen Lärmimmissionen stattfinden.

Motion Boillat vom 16. Mai 1989 betreffend Strassenkreuzung in Sonceboz:

Annahme als Postulat. Im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau im Berner Jura (Tunnel Pierre-Pertuis) wurde die Errichtung einer Lichtsignalanlage in Sonceboz durch das Tiefbauamt in Zusammenarbeit mit dem Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt geprüft. Die technische Realisierung der Anlage erfolgt im Mai 1991.

Motion Suter vom 23. Februar 1989 betreffend Beseitigung von Doppelpurigkeiten auf der Polizeidirektion:

Die Vorarbeiten für eine Zusammenlegung von Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt und Expertenbüro für das Motorfahrzeugwesen sind bereits weit fortgeschritten, und sie wird im Rahmen der neuen Organisationsvorschriften der Direktionen zu realisieren sein.

Motion Houriet vom 23. Mai 1989 betreffend Änderung des Verfahrens für die Verlängerung der Polizeistunde in öffentlichen Lokalen:

Annahme als Postulat. Unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion ist eine Revision der Gastgewerbegesetzgebung im Gange. In deren Rahmen wird zu überprüfen sein, wie weit dem Begehren des Motionärs Rechnung getragen werden kann.

Motion Joder vom 2. August 1989 betreffend Verkehrsanordnungen im Raume Wabern-Kehrsatz:

Annahme als Postulat. Auf die ursprünglich vorgesehenen Verkehrsmassnahmen wurde vorläufig verzichtet. Im Verlaufe des Jahres 1991 werden Versuche mit einer geänderten Lichtsignalsteuerung, die im laufenden Jahr bereits vorbereitet worden sind, stattfinden.

Motion Boillat vom 20. November 1989 betr. Revision des Gesetzes über die Vorführung von Filmen (1966):

In Zusammenarbeit mit der Jugendfilmkommission wird zur Zeit ein Revisionsentwurf erarbeitet, der im ersten Halbjahr 1991 in ein verwaltungsinternes Mitberichtsverfahren gehen soll.

Motion Schaer vom 20. Februar 1990 betreffend Parlamentarische Kontrolle der Staatsschutzstätigkeiten:

Im Rahmen des vorliegenden Verwaltungsberichts wird der Grosse Rat über den Bereich Staatsschutz orientiert (s. Ziff. 2.8.4).

Motion Hirschi vom 21. November 1989 betreffend Kantonspolizei: Pilotprojekt und Reorganisation:

1. a) Der Entwurf eines neuen Dekrets über das Polizeikorps befindet sich in der Vernehmlassung.

1. b) Annahme als Postulat: Die Besoldungslösung wird in Koordination mit der BEREBE (Besoldungsrevision des Kantons Bern) zu treffen sein.

Motion Steiner vom 13. Februar 1990 betreffend Totalrevision des Gesetzes über die Hundetaxe:

Die Revisionsarbeiten sind im Gange.

4.2.2.2 Postulate

Postulat Chablais vom 23. Februar 1989 betreffend Kampf gegen den Drogenmissbrauch:

Das neue Dekret über das Polizeikorps wird eine generelle Umstrukturierung des Korps zur Folge haben, welche es erlauben sollte, vermehrt Prioritäten im Kampf gegen die schwere Drogenkriminalität freizusetzen.

Motion Schertenleib du 10 mai 1989 – Réduction des nuisances du circuit de Lignièrès:

Contrairement à la proposition du Conseil-exécutif, cette intervention n'a pas encore été classée. Les problèmes posés par ces nuisances seront débattus au cours d'une conférence qui sera organisée l'année prochaine entre le Directeur de la police et le chef du département concerné du canton de Neuchâtel.

Motion Boillat du 16 mai 1989 – Carrefour de Sonceboz:

Adoptée comme postulat. En corrélation avec la construction des routes nationales dans le Jura bernois (tunnel de Pierre-Pertuis), l'Office des ponts et chaussées, en collaboration avec l'Office de la circulation routière et de la navigation, a examiné la possibilité d'installer des signaux lumineux. Cette installation sera réalisée en mai 1991.

Motion Suter du 23 février 1989 – Eliminer les doubles emplois à la Direction de la police:

Les travaux préparatoires pour une fusion de l'Office de la circulation et de la navigation et du Bureau des experts pour véhicules automobiles sont déjà très avancés et elle devra être réalisée dans le cadre de la réforme administrative.

Motion Houriet du 23 mai 1989 – Modification du système des prolongations d'ouvertures des établissements publics:

Adoptée comme postulat. La révision de la législation sur l'hôtellerie et la restauration est en cours sous la responsabilité de la Direction de l'économie publique. A cette occasion, il faudra examiner dans quelle mesure il peut être tenu compte de la requête du motionnaire.

Motion Joder du 2 août 1989 – Mesures prises en matière de circulation dans le secteur Wabern-Kehrsatz:

Adoptée comme postulat. On a renoncé provisoirement à exécuter les mesures touchant au trafic qui avaient été prévues à l'origine. Au cours de 1991, des essais seront effectués avec un réglage des signaux lumineux qui vient d'être modifié au cours de cette année.

Motion Boillat du 20 novembre 1989 – Révision de la loi sur la projection des films (1966):

En collaboration avec la Commission cantonale du film pour la jeunesse, un projet de révision est actuellement en élaboration qui devra être soumis à la procédure de consultation interne de l'administration au cours du premier semestre 1991.

Motion Schaer du 20 février 1990 – Contrôle parlementaire des activités liées à la sûreté de l'Etat:

Le Grand Conseil va donner les informations sur le domaine touchant à la sécurité de l'Etat dans le cadre du présent rapport de gestion (voir chiffre 2.8.4).

Motion Hirschi du 21 novembre 1989 – Police cantonale: projet-pilote et réorganisation:

1. a) Le projet d'un nouveau décret sur la police cantonale se trouve en procédure de consultation.

1. b) Adoptée comme postulat: La solution du problème des traitements devra être trouvée en coordination avec le projet BEREBE (révision des traitements des fonctionnaires du canton de Berne).

Motion Steiner du 13 février 1990 – Révision totale de la loi sur la taxe des chiens:

Les travaux de révision sont en cours.

4.2.2.2 Postulats

Postulat Chablais du 23 février 1989 – Lutte contre la drogue:

Le nouveau décret sur la police cantonale va amener une restructuration générale du corps de police qui devrait permettre de mettre davantage l'accent sur la lutte contre la criminalité en rapport avec les stupéfiants.

Postulat Wenger vom 22. Mai 1989 betreffend Zusatzbewilligungen für Motorschiffe:

Die Frage der Beibehaltung bzw. Aufhebung der Motorbootkontingentierung soll durch den Grossen Rat im Rahmen des Dekretes über die Beschränkung der Schifffahrt geregelt werden. Der Dekretsentwurf wurde durch eine aus Vertretern der zuständigen Behörden sowie der betroffenen Kreise zusammengesetzte Arbeitsgruppe bereits vorbereitet und soll demnächst in die Vernehmlassung geschickt werden.

Postulat Boillat vom 24. Mai 1989 betreffend Lotto: Gegen unnötige administrative Umtriebe:

Annahme als Postulat. Das Begehren wird im Rahmen der im Gange befindlichen Neuregelung des gesamten Lotteriewesens geprüft.

Postulat Joder vom 23. Februar 1990 betreffend Verbesserung der Rechtsgrundlagen für die polizeiliche Tätigkeit im Bereiche des Staatsschutzes:

Im Rahmen der laufenden Gesetzgebungsarbeiten wird das Postulat realisiert werden können. Der Entwurf eines neuen Dekretes über das Polizeikorps befindet sich in der Vernehmlassung. Für die Ausarbeitung eines neuen Polizeigesetzes wird eine Expertenkommission eingesetzt, wobei die Vorarbeiten hierzu bereits im Gange sind.

4.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

4.2.3.1 Motionen

Keine.

4.2.3.2 Postulate

Keine.

Bern, im März 1991

Der Polizeidirektor: *Widmer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 24. April 1991

Postulat Wenger du 22 mai 1989 – Autorisation complémentaire pour les bateaux à moteur:

La question concernant le maintien ou la suppression du contingentement des bateaux à moteur doit être réglée par le Grand Conseil dans le cadre du décret sur les restrictions de la navigation. Le projet de décret a déjà été élaboré par un groupe de travail constitué par des représentants des autorités compétentes et des cercles concernés et sera soumis prochainement à la procédure de consultation.

Postulat Boillat du 24 mai 1989 – Lotos: pour la suppression de tracasseries administratives inutiles:

Adopté comme postulat. La requête sera examinée dans le cadre de la nouvelle réglementation générale des loteries actuellement en cours.

Postulat Joder du 23 février 1990 – Amélioration des bases légales régissant les activités de la police dans le domaine de la sûreté de l'Etat:

Le postulat pourra être réalisé dans le cadre des travaux législatifs en cours. Le projet pour un nouveau décret sur la police cantonale se trouve en procédure de consultation. Une commission d'experts sera constituée pour l'élaboration d'une nouvelle loi sur la police; notons toutefois que les travaux préparatoires sont déjà en cours.

4.2.3 *Motions et postulats dont le délai prorogé est expiré*

4.2.3.1 Motions

Aucune.

4.2.3.2 Postulats

Aucun.

Berne, en mars 1991

Le directeur de la police: *P. Widmer*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 24 avril 1991

Anhang

Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern

Allgemeines – Arbeitsaufwand

Die Anzahl der vom Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt verfüigten Führerausweisenzüge liegt mit 4153 etwas über derjenigen des Vorjahres (3873). Deutlich weniger, d.h. 3958 (4481) Verwarnungen wurden im Berichtsjahr verfügt als 1989. Die (strengere ?) Praxis des Amtes wirkte sich jedoch nicht auf die Anzahl der zur Hauptsache gegen Führerausweisenzüge gerichteten Beschwerden aus. Bei der Rekurskommission sind 204 (208) Rekurse eingereicht worden. Weitere statistische Angaben sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen (in Klammern Vergleichswerte aus dem Vorjahr):

Annexe

Commission de recours en matière de mesures à l'égard des conducteurs de véhicules

Généralités, travail investi

Le nombre des retraits de permis décidés par l'Office de la circulation routière et de la navigation a été de 4153; il est par conséquent légèrement supérieur à celui de l'année précédente (3873). 3958 avertissements ont été prononcés, soit nettement moins qu'en 1989 (4481). La pratique (plus sévère?) de l'OCRN n'a cependant eu aucune influence sur le nombre des recours concernant principalement des retraits de permis. 204 (208) recours ont été déposés auprès de la Commission de recours. Les données numériques de ces recours sont contenues dans le tableau ci-dessous (entre parenthèses les valeurs comparatives de l'année dernière):

1990 eingegangene Beschwerden Am 1. Januar 1990 hängige Beschwerden	204 (208) 68 (98)		
Total zu behandelnde Beschwerden		272	
Zuständigkeitshalber an das SVSA überwiesen	1 (2)		
Zuständigkeitshalber an die Polizeidirektion überwiesen	1 (-)		
Formlose Erledigung	7 (1)		
Präsidialverfügungen – Abschreibungen	40 (48)		
Von der Rekurskommission behandelt und 1990 eröffnet			
– Nichteintreten	2 (-)		
– ganze oder teilweise Gutheissungen	11 (11)		
– Abweisungen	144 (174)		
– Rückweisungen an das SVSA zur Neubeurteilung	- (-)	157 (185)	
1990 erledigte Beschwerden Am 31. Dezember 1990 (1989) hängige Beschwerden; davon 27 (29) von der Rekurskommission entschieden, Anfang 1991 (1990) eröffnet	206 (238) 66 (68)		
		272	

An elf Tagessitzungen entschied die Rekurskommission über 151 Beschwerden. Sechs Fälle mussten an einer ersten Sitzung zurückgestellt werden, damit genauere Abklärungen zum Sachverhalt getroffen werden konnten. Die meisten dieser Beschwerden (146) richteten sich gegen den Entzug des Führerausweises für Motorfahrzeuge; hievon 39 (44) als Folge eines Alkoholdelikts (erstinstanzliche Verfügungen: 1760 gegenüber 1711 im Vorjahr) und 35 (46) als Folge übersetzter Geschwindigkeit bzw. einer Geschwindigkeitsüberschreitung (erstinstanzliche Verfügungen 1324 gegenüber 1167 im Vorjahr).

Ihre zweite Sitzung im Berichtsjahr widmete die Rekurskommission ganz der Schaffung eines neuen Geschäftsreglementes, in Anpassung an das neue Verwaltungsverfahrensgesetz. Es wurde am 28. März 1990 verabschiedet und trat sogleich in Kraft. Auf den Geschäftsablauf hatte dies insofern keine Auswirkungen, als nur bestehende und bewährte Praxis bei der Behandlung von Beschwerden normiert wurde.

Personelles

In personeller Hinsicht hat sich im Berichtsjahr nichts geändert.

Finanzielles

Für abgewiesene und nur teilweise gutgeheissene Beschwerden sowie für Abschreibungsverfügungen und Nichteintretensentscheide wurden den Beschwerdeführern im Berichtsjahr Verfahrenskosten in der Höhe von 76 660 Franken (71 350 Fr.) auferlegt. An die Rekurskommissionsmitglieder sind gemäss Dekret vom 11. Dezember 1985 betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen in der Gerichts- und Justizverwaltung pro 1990 58 205.60 Franken (60 780.60 Fr.) ausbezahlt worden.

Im Namen der Rekurskommission des Kantons Bern für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern

Der Präsident: *Christen*

Recours interjetés en 1990	204 (208)		
Recours en suspens au 1 ^{er} janvier 1990	68 (98)		
Total des recours à vider		272	
Transmis à l'OCRN pour des raisons de compétence	1 (2)		
Transmis à la Direction de la police pour des raisons de compétence	1 (-)		
Traitement sans formalités	7 (1)		
Décisions du président – recours rayés des rôles	40 (48)		
Recours vidés par la Commission et notifiés en 1990			
– irrecevabilité	2 (-)		
– admis intégralement ou en partie	11 (11)		
– rejetés	144 (174)		
– retransmis à l'OCRN pour une nouvelle appréciation	- (-)	157 (185)	
Recours liquidés en 1990	206 (238)		
Recours en suspens au 31 décembre 1990 (1989), dont 27 (29) ont été tranchés par la Commission et notifiés au début de 1991 (1990)	66 (68)		
		272	

La Commission de recours a statué sur 151 recours au cours de onze séances. Six cas ont dû être ajournés après une première séance afin d'effectuer des recherches plus poussées. La plupart des recours (146) concernaient le retrait du permis de conduire pour véhicules à moteur; dans 39 (44) cas, il s'agissait de délits dus à l'alcool 1760 (1711) décisions de première instance et dans 35 (46) cas, à cause d'une vitesse trop élevée ou d'un dépassement de la limite de vitesse 1324 (1167) décisions de première instance.

Au cours de sa seconde séance, la Commission de recours s'est consacrée entièrement à l'élaboration d'un nouveau règlement adapté à la nouvelle loi sur la procédure et la juridiction administratives. Celui-ci a été adopté le 28 mars 1990; il est entré immédiatement en vigueur. Il n'avait aucune influence sur le déroulement des affaires dans la mesure où seule la pratique en cours qui a fait ses preuves pour le traitement des affaires a été standardisée.

Personnel

Aucun changement à signaler au niveau du personnel.

Aspects financiers

Des frais de procédure totalisant 76 660 (71 350) francs ont été mis à la charge des requérants pour les recours rejetés et admis en partie ainsi que pour les décisions de recours rayés des rôles et celles d'irrecevabilité. En vertu du décret du 11 décembre 1985 concernant les indemnités journalières et de déplacement dans l'administration de la justice et des tribunaux, 58 205 francs 60 (60 780 fr. 60) ont été versés aux membres de la Commission de recours.

Au nom de la Commission de recours du canton de Berne en matière de mesures à l'égard des conducteurs de véhicules.

Le président: *Christen*